

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Christoph Bertram

Aufgaben und Perspektiven der Sicherheitspolitik
Westeuropas in den neunziger Jahren

Karl Lamers

Konventionelle Abrüstung in Europa

Karsten Voigt

Konventionelle Stabilisierung und strukturelle
Nichtangriffsfähigkeit

Ein systematischer Vergleich verschiedener Konzepte

Franz H. U. Borkenhagen

Der europäische Pfeiler der westlichen Allianz

B 18/88

29. April 1988

Christoph Bertram, Dr. jur., geb. 1937; Studium der Rechte und der politischen Wissenschaft; erstes juristisches Staatsexamen 1962, zweites juristisches Staatsexamen 1967; 1967—1982 Mitarbeiter des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London (1974—1982 Direktor); 1982—1985 Ressortleiter der Politischen Redaktion der ZEIT; seit 1986 diplomatischer Korrespondent der ZEIT.

Veröffentlichungen u. a.: Mutual Balanced Force Reductions in Europe, London 1972; Arms Control and Technological Change — Elements of a New Approach, London 1978; (Hrsg.) Prospects of Soviet Power, London 1980; (Hrsg.) The Future of Strategic Deterrence, London 1981; (Hrsg.) Third World Conflict and International Security, London 1982; (Hrsg.) America's Security in the 1980's, London 1982.

Karl Lamers, geb. 1935 in Königswinter; Studium der Rechtswissenschaft und Politologie an den Universitäten Bonn und Köln; 1966 bis 1980 Leiter einer politischen Akademie; 1986 Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelrhein der CDU; Mitglied des Landesvorstandes der CDU NRW; Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages; Obmann des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestages.

Veröffentlichungen zu sicherheits- und deutschlandpolitischen Themen.

Karsten D. Voigt, geb. 1941; Studium der Geschichte, Germanistik und Skandinavistik in Hamburg, Kopenhagen und Frankfurt; Mitglied des SPD-Parteivorstandes und des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion; Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages; Generalberichterstatler des Militärausschusses der Nordatlantischen Versammlung.

Veröffentlichungen u. a.: Wege zur Abrüstung, Frankfurt 1981; zahlreiche Aufsätze zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Franz H. U. Borkenhagen, geb. 1945; Referent, Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik — SAS.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Bundeswehr — Demokratie in Oliv? Streitkräfte im Wandel, Bonn-Berlin 1986; Militärische Defensivkonzepte in einem System der Kollektiven Sicherheit (SKS), in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Kollektive Sicherheit in und für Europa — Eine Alternative?, Baden-Baden 1985.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Aufgaben und Perspektiven der Sicherheitspolitik Westeuropas in den neunziger Jahren

I.

In die Zukunft zu schauen, heißt vor allem: den Flug der Spekulation zu bremsen. Aus der Rückschau wissen wir, wie langsam die Geschichte sich bewegt. Aber wenn es an die Vorausschau geht, dann plötzlich sollen die Veränderungen mit Sieben-Meilen-Stiefeln daherkommen. Alle Erfahrung zeigt: Sie tun es nicht, im Gegenteil, sie lassen in der Regel sehr lange auf sich warten. Das Beharrungsvermögen der Geschichte ist größer als menschliche Ungeduld.

Das gilt für die Sicherheitspolitik nicht weniger und vielleicht sogar mehr als für andere Bereiche der Politik. Denn der Wunsch nach Sicherheit ist – wenigstens für die Länder auf der nördlichen Halbkugel der Welt – ein konservativer Antrieb: erhalten, was man hat, nichts unnötig aufs Spiel setzen, keine Experimente. Die Tatsache, daß diese Sicherheit auf der gegenseitigen Angst vor der Atombombe gegründet ist – dieser großen „Verlangsamerin der Geschichte“ in dem schönen Bild von Raymon Aron – ist ein zusätzliches Element der Beständigkeit: Seit der Krieg im atomaren Zeitalter als Mittel des Wandels ausgeschlossen ist, müssen politische Friktionen, Gegensätze und Konflikte durch Ausgleich überwunden oder wenigstens erträglich gemacht werden. Und das braucht eben seine Zeit.

Deswegen ist Ausgangspunkt jeden Nachdenkens über die sicherheitspolitischen Perspektiven Westeuropas in den neunziger Jahren die Kontinuität, nicht der abrupte Wechsel. Und dennoch kann es sich darauf nicht beschränken. Denn es geht ja um Perspektiven – nicht nur um die jeweiligen Realitäten, sondern auch darum, wie sie zu bewerten, ob sie zu akzeptieren oder zu überwinden sind. Und in der Tat wird die heutige Diskussion in Westeuropa, vor allem aber in der Bundesrepublik von letzterem zumindest so geprägt wie von den „objektiven“ Umständen unserer Sicherheit.

Vor zwanzig Jahren setzte sich in London am Institut für Strategische Studien eine Gruppe von Europäern zusammen, um über die sicherheitspolitische Zukunft Europas nachzudenken. Das Ergebnis ih-

rer Bemühungen war ein kleines Buch, das in der Bundesrepublik unter dem Titel erschien „Europas Zukunft – Europas Alternativen“. Keine Prophezeiung des Kommenden wurde hier gewagt, sondern eine Prüfung alternativer Modelle, wie denn die Zukunft aussehen könnte und welche Auswirkungen dies haben werde.

Wer heute nachliest, was die Autoren damals dachten, wird vor allem von zweierlei beeindruckt: Wie wenig das, was damals Zukunft war, an Überraschungen gebracht hat, und wie wenig Westeuropa, trotz vieler Aufrufe und Aufbrüche, seither der eigenen Handlungsfähigkeit nähergerückt ist. Wir sind heute von dem Modell eines „Unabhängigen Europa“ so weit entfernt wie damals; das einzige Modell, das auch heute die beste Basis zur Voraussage bietet, ist das „Evolutionäre Europa“.

Und dennoch fällt im Vergleich zu damals, dem Ende der sechziger Jahre, eins ins Auge: Die Erwartungen an die Zukunft waren, im großen Ganzen, zuversichtlicher und stärkten so den Mut zum politischen Handeln. Zugleich schien der Konsens im Westen – in Europa, aber auch über den Atlantik hinweg – fester, der Rückhalt der Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung des demokratischen Westens gesicherter als heute. Die Zukunft erschien pragmatisch-konstruktiv, eine Herausforderung an praktische Politik.

Heute dagegen fällt ein anderes ins Auge: das Nebeneinander von visionären Slogans und zaghaftem Festhalten am Vertrauten. Die Realität unserer sicherheitspolitischen Bedingungen hat sich kaum gewandelt. Und dennoch – oder vielleicht gerade deshalb – regt sich Sehnsucht nach fundamentalen Veränderungen: nach einem Abschied von Atomwaffen, einem Europa zwischen den Blöcken, einer Alternative zur herkömmlichen Verteidigung. Zugleich aber sind die Konstanten des sicherheitspolitischen Problems Westeuropas unvermindert sichtbar: die Fortdauer der militärischen Bedrohung, der Mangel an Männern und Geld für die Streitkräfte, die schwelenden Krisenherde in der Dritten Welt, die Differenzen zwischen den Verbündeten,

besonders zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Was die gegenwärtige Stimmungslage Westeuropas auszeichnet, ist nicht das Gefühl, es müsse sich etwas ändern — das gab es auch schon vor zwanzig Jahren —, sondern eine Diskrepanz zwischen gängigen Visionen und praktischen Problemlösungen, die zur Untätigkeit anhalten könnte.

Deshalb ist es für die Vorausschau unerlässlich, die Kristallkugel sauber zu halten. Der erste Teil dieses Beitrages gilt der Frage: Was bleibt in den neunziger Jahren? Der zweite Abschnitt untersucht, welche heute zu erkennenden Veränderungen die Sicherheitspolitik der nächsten Jahre entscheidend beeinflussen werden. Die abschließende Frage lautet: Was ist zu tun?

II.

Was bleibt? Je nach der Einstellung des Betrachters beruhigend viel, enttäuschend viel: die Gefährdung durch die Sowjetunion; die atomare Abschreckung; der atlantische Verbund.

Es bleibt die Gefährdung durch die sowjetische Supermacht in Europa. Dabei ist der Begriff „Gefährdung“ sehr bewußt gewählt. Die „Bedrohung“ mag sich ändern: Die Absichten und Pläne sowjetischer Führer, so wie im „worst case“-Denken gefangene westliche Analysen sie interpretieren, sind natürlich Wandlungen unterworfen. Und wahrscheinlich wäre es schon längst richtig gewesen, den Begriff der Bedrohung durch den der Gefährdung abzulösen.

Denn in dem ersteren verbirgt sich eine Vorstellung, die heute schon fragwürdig erscheint und es in den nächsten Jahren noch mehr zu werden verspricht: das Szenario eines absichtlichen, vorsichtig geplanten und entschlossen durchgeführten Großangriffes der Sowjetunion auf Westeuropa. Dieses Szenario ist jedoch von allen denkbaren Gefährdungen Westeuropas das unwahrscheinlichste. Einmal wäre ein solcher Angriff, solange der Angreifer nicht mit Gewißheit den eskalierenden Einsatz von Atomwaffen ausschließen kann, ein Akt des Selbstmordes. Zum anderen hat die Sowjetunion ohnehin alle Hände voll zu tun, mit ihren eigenen Problemen und denen ihrer Bundesgenossen fertig zu werden.

Das Besondere an der Politik Michail Gorbatschows liegt ja gerade hier: Die sowjetische Führung hat endlich erkannt, daß die Sowjetunion ihre Rolle in der Welt und in Europa nur halten kann, wenn sie sich der Probleme im Innern des letzten Reiches der Geschichte mit Vorrang annimmt. Die Innenpolitik hat für die Sowjetunion Priorität vor der Außenpolitik. Und das heißt auch, was im und mit dem Westen geschieht, ist für die Sowjetunion auf absehbare Zeit weniger wichtig als das Geschick der Reformbemühungen zuhause. Von „Bedro-

hung“ zu sprechen, ist heute noch altmodischer und abwegiger als es vor Jahren schon war.

Aber damit ist die Gefährdung Westeuropas durch die Sowjetunion nicht aus der Welt. Sie liegt in zweierlei begründet: in der fortbestehenden militärischen Diskrepanz zwischen der Supermacht Sowjetunion und allen anderen europäischen Staaten sowie in der inherenten Instabilität des osteuropäischen Teils des Sowjetimperiums.

Der Schatten sowjetischer Militärmacht wird weiterhin über Westeuropa fallen. Gewiß, Abrüstungsvereinbarungen, auch der finanzielle Druck werden in Ost und West die Zahl der Truppen und die Arsenale der Rüstungen vermindern. Aber daß die Weltmacht Sowjetunion je bereit sein könnte, ihre militärischen Optionen auf das Maß einer europäischen Mittelmacht zurückzustutzen, ist undenkbar: Das militärische Ost-West-Gefälle wird andauern. Nun ist es durchaus denkbar, daß ein Zuwachs an politischem Vertrauen die politische Auswirkung dieses Gefälles zu normalen Zeiten neutralisiert. Aber in Krisenzeiten kann es um so stärker ins Gewicht fallen. Dazu bedarf es nicht der Unterstellung sonderlich aggressiver sowjetischer Absichten. Die Realität des militärischen Machtunterschiedes hat ihre Eigendynamik.

Diese Eigendynamik würde sich zumal in der immer noch wahrscheinlichsten europäischen Krise auswirken: Wenn die Instabilitäten Osteuropas offen aufbrechen sollten. Die Geschichte lehrt, daß es für den Krieg keines politischen Angriffsplanes bedarf; man kann auch in den Konflikt „hineinschlittern“. Wie in der Vergangenheit innere Umstürze und Revolutionen oft der Auslöser für militärische Weiterungen waren, so liegt hier auch für Europa in den nächsten Jahrzehnten die wahrscheinlichste Gefahr. Die Ursache dafür ist nach wie vor in der Art sowjetischer Machtausübung in Osteuropa begründet, die demokratische Willensbildung, Meinungsfreiheit und staatliche Souveränität verbietet.

Dies kann kein Zustand von Dauer sein, und darin liegt die entscheidende Ungewißheit europäischer Sicherheit. Wenn die Sowjetunion es nicht versteht, den freiheitlichen und nationalen Impulsen in Osteuropa zu genügen, dann kann Europa und die Welt in einen neuen Konflikt hineinrutschen. Diese Gefahr kann nur der unterschätzen, der die osteuropäischen Aufstände von 1953 bis 1968 und die Gratwanderung Polens in den Jahren 1980/81 verdrängt hat.

Es gibt Anzeichen, daß die Sowjets sich dieser Gefahr bewußt sind. Sie haben aus Erfahrung gelernt. Das erklärt, warum die Rote Armee trotz manchen Säbelrasselns 1981 nicht in Polen einmarschierte; ebenso, warum die Moskauer Zentrale die „eigenen Wege“ der osteuropäischen Regime duldet, solange die Führungsrolle der Partei unangetastet bleibt. Und wenn Michail Gorbatschow mit seiner Politik Erfolg hat, die Sowjetunion wirtschaftlich und geistig zu modernisieren, dürfte dies auch dem Zusammenhalt des Warschauer Paktes zugute kommen.

Dennoch ist eine grundsätzliche Beseitigung der potentiellen Gefahr osteuropäischer Instabilitäten nicht in Sicht. Die Systembarrieren werden auch von der neuen Moskauer Führung nicht abgebaut werden. So ermutigend die neuerliche Betonung des Prinzips gemeinsamer Sicherheit in Moskauer Erklärungen ist, so unbefriedigend muß auf die Dauer ein Sicherheitskonzept bleiben, das die gesellschaftlichen und ideologischen Aspekte des Friedens ausspart. Zudem: Gerade Zeiten der Modernisierung können, wie Erfahrungen in Entwicklungsländern zeigen, zu politischen Explosionen führen, die jenen Aufmarsch der Panzer, Kanonen und Soldaten in Bewegung setzen könnten, vor dem Europa sich seit vierzig Jahren fürchtet.

So bleibt denn die Gefährdung Westeuropas bestehen. Auch das andere zentrale Element westeuropäischer Sicherheit, die atomare Abschreckung wird fort dauern. Weder kann die Bombe gänzlich abgeschafft werden, noch läge der Verzicht auf atomare Abschreckung im Sicherheitsinteresse Europas — auch im 21. Jahrhundert nicht.

Die Vorstellung einer nuklear-freien Welt — wie sie etwa in dem Vorschlag des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow vom 15. Januar 1986 auf das Jahr 2000 projiziert wird — ist ein Trugbild. Die Technik der Bombe ist bekannt, die Trägerwaffen sind vorhanden, die Doktrinen sind entwickelt. Der atomare Geist kann nicht mehr in die Flasche zurückgezwungen werden, auch nicht durch noch so großzügige (und deshalb irrealen) Abrüstung. Und eine nuklear-freie Zone, die alle außer den Kernwaffenstaaten umfaßt? Sie würde an der Existenz und an der abschreckenden Wirkung atomarer

Waffen nichts ändern, allenfalls Illusionen nähren, es könne ein Teil der Welt aus dem nuklearen Zeitalter aussteigen.

Ein Abschied von der atomaren Abschreckung wäre aber auch nicht im Interesse all jener, die — in Ost und West — weiterhin einen militärischen Konflikt in Europa verhindern wollen. Denn Atomwaffen dienen nicht nur (und am wenigsten) dem Ausgleich für Schwächen in der konventionellen Verteidigung, sie sind vor allem eine Entmutigung des militärischen Angriffs überhaupt. Selbst wenn NATO und Warschauer Pakt einander in konventioneller Verteidigungskraft in keiner Weise nachstünden, wäre dieses Gleichgewicht ohne Atomwaffen doch unvergleichbar labiler als der heutige Zustand, der konventionelle Ungleichgewichte und atomare Abschreckung miteinander verbindet. Denn atomare Abschreckung bewirkt, was konventionelle Abschreckung nie leisten kann: Der Angreifer muß sich ausrechnen, daß ein Sieg unmöglich ist. Hat er lediglich die konventionelle Abwehr des Verteidigers zu überwinden, dann hat ein Sieg Chancen — sogar, wie die Geschichte zeigt, bei zahlenmäßiger Unterlegenheit des Angreifers. Konventionelle Abschreckung kann daher die atomare Abschreckung nicht ersetzen.

Das alles heißt gewiß nicht, Westeuropa müsse mit Bausch und Bogen sämtliche Entwicklungen nuklearer Rüstung und nuklearer Einsatzdoktrinen unterstützen; es gibt stabile und weniger stabile Strukturen der Abschreckung, und nur an den ersteren kann uns gelegen sein. Aber es bedeutet doch, daß die atomare Allergie, die einen großen Teil der öffentlichen Meinung erfaßt hat, keine Richtschnur für die Sicherheitspolitik der nächsten Jahrzehnte sein kann.

Und schließlich wird auch der atlantische Rahmen westeuropäischer Sicherheit bestehen bleiben. Zwar wird es innerhalb dieses Rahmens vielfältige Verschiebungen geben. Davon wird noch weiter unten zu sprechen sein. Aber der atlantische Zugschnitt westlicher Verteidigung entspricht zu sehr den Interessen Westeuropas und der Vereinigten Staaten, als daß sein Verfall in diesem Jahrhundert wahrscheinlich wäre. Das liegt einmal an der Binsenwahrheit, daß nach wie vor die Staaten Westeuropas den militärischen Machtvorsprung der Sowjetunion nur mit amerikanischer Unterstützung politisch erträglich halten können. Es liegt zum anderen an der atomaren Verknüpfung der atlantischen Sicherheit: Solange die Vereinigten Staaten bereit sind, ihr Überleben irgendwie — gewiß nicht automatisch, wie manche in Europa fordern, aber doch im Risikoverbund — an Europa zu knüpfen,

wird keine westeuropäische Regierung die Allianz aufkündigen. Die NATO-Mitgliedschaft wird in jedem der Partnerländer immer noch von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, auch wenn dies mit allen möglichen Einschränkungen verbunden sein mag. Und immer wieder hat dieses

nun nachgerade vierzigjährige Bündnis es verstanden, seinen Mitgliedern ein Gefühl gemeinsamer Sicherheit zu vermitteln, auf das sie auch in Zukunft kaum werden verzichten wollen. Der Rahmen wird bleiben — auch wenn es nötig sein wird, ihn anders als bisher auszufüllen.

III.

In den zentralen Bedingungen westeuropäischer Sicherheit gilt die Kontinuität: die Gefährdung durch das sowjetische Übergewicht, verbunden mit systemarer Instabilität in Osteuropa wird bleiben; eine Alternative zur atomaren Abschreckung ist nicht in Sicht; und das atlantische Bündnis wird auch noch seinen fünfzigsten Geburtstag feiern können. Die Bausteine dessen, was die sicherheitspolitischen Realitäten Westeuropas seit Ende des zweiten Weltkrieges ausmacht, verschieben sich nur sehr langsam. Was sind dann die Veränderungen? Sie lassen sich auf einen Punkt bringen: Die sicherheitspolitische Aufgabe wird diffuser.

Einmal wird die Gefährdung unklarer. Es ist eines, der Sowjetunion bestimmte militärische Invasionspläne zuzumuten und sich dagegen zu wappnen. Es ist ein ganz anderes, das politische Gewicht sowjetischer Militärmacht als mögliche Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit zu empfinden und dementsprechend einzugrenzen zu versuchen — zumal Wandlungen in der Außenpolitik der Sowjetunion die Chancen für kooperative Ansätze in den nächsten Jahren noch verstärken können. Zudem werden andere Gefährdungen, die nicht nur oder sogar gar nicht im Ost-West-Gegensatz begründet und häufig mit militärischen Mitteln nicht erfaßbar sind, zunehmen: Konflikte in der Dritten Welt werden die Sicherheit Westeuropas in stärkerem Maße als bisher berühren und möglicherweise direkt in Mitleidenschaft ziehen.

Bisher ist diese Gefahr gering geblieben. Im Vergleich zur Dritten Welt ist Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Insel der Krieglosigkeit gewesen — wahrscheinlich auch, weil die gegenseitige atomare Abschreckung die Weltmächte dazu anhielt, Krisen und Konfrontationen andersorts nicht auf Europa durchschlagen zu lassen. Die Kriege im Nahen Osten, der lange Konflikt in Vietnam, der nun in sein siebentes Jahr tretende Golfkrieg und der fortschwellende Afghanistan-Konflikt haben die Sicherheit zwischen Ost und West entweder gar nicht oder nur marginal beeinträchtigt, auch wenn sie die politische Atmosphäre belastet haben. Eine Ausnahme von dieser Regel waren nur die

seltenen Fälle, in denen durch nukleare Aktionen einer Supermacht die Gefahr eines direkten militärischen Zusammenstoßes mit der anderen wuchs: 1962 in Kuba, 1973 im Nahen Osten.

Wird das in den neunziger Jahren anders sein? Von den beiden Weltmächten ist kaum zu erwarten, daß sie sich leichtfertig in militärische Abenteuer jenseits der Peripherie ihrer Einflußsphären einlassen; die Lektionen, die Amerika in den sechziger und siebziger Jahren in Südostasien und die der Sowjetunion in den siebziger und achtziger Jahren in Afrika und Südwest-Asien zuteil wurden, werden nicht so bald vergessen sein. Beide haben erfahren, daß militärische Macht zwar unerläßlich ist, daß sie dennoch nur unter besonderen Umständen und mit oft erheblichem Risiko in politische Einflußmehrung umgesetzt werden kann. Für Westeuropa bedeutet das Zusammenfallen von fortdauernden Konflikten und wachsender Weltmachtabstinenz in der Dritten Welt ein politisches Dilemma: Soll es versuchen, politischen (und nicht nur wirtschaftlichen) Einfluß jenseits der eigenen Grenzen auszuüben, auf die Gefahr hin, zwar wenig zu bewirken, aber doch in ferne Krisen verwickelt zu werden? Oder soll Westeuropa sich, so gut es geht, von der „unordentlichen“ Dritten Welt abschotten, auf die Gefahr hin, politischer Glaubwürdigkeit nach innen wie nach außen verlustig zu gehen?

Das Dilemma wird nicht durch den — gewiß richtigen — Hinweis aufgelöst, daß die „Dritte Welt“ keine Einheit, sondern eine Vielfalt darstellt und deshalb differenziert und relativiert werden muß; es kommt wie immer auf den Einzelfall an. Dennoch scheint es möglich, zwei generelle Trends für die Zukunft auszumachen.

Der erste ist, daß die Vereinigten Staaten ihr Drängen nach erhöhtem westeuropäischen Engagement „out of area“, das schon in den vergangenen Jahren spürbar war, in Zukunft noch verstärken werden, zumal ihre eigene Bereitschaft und Fähigkeit zu militärischer Intervention in Drittwelt-Krisen abnehmen wird. Bisher konnten die Westeuropäer auch deshalb häufig so tun, als sei militärische

Machtanwendung in solchen Situationen durchweg ohne Nutzen, weil sie damit rechnen konnten, Amerika werde notfalls schon handeln. Was aber, wenn dies nicht mehr die Regel sein sollte — im Nahen Osten etwa oder am Golf?

Der zweite generelle Trend: Westeuropa wird schon wegen seines wirtschaftlichen und politischen Gewichts in Konflikte in der Dritten Welt hineingezogen. Mit 66 Staaten ist die Europäische Gemeinschaft durch Assoziierungsabkommen formell verbunden. Mit vielen sind Mitgliedsländer der Gemeinschaft durch die koloniale Geschichte verknüpft. Beides schafft besondere Einwirkungsmöglichkeiten, aber auch besondere Ansprüche. Natürlich kann Westeuropa sich beidem entziehen, indem es sich einfach für nicht betroffen erklärt und der Welt Moralpredigten hält. Das wäre eine bequeme, aber keine attraktive Option — wie die Debatte um Sanktionen gegen Südafrika zeigt. Europäische Entrüstung ohne europäisches Handeln würde draußen als Verzicht auf politische Mitwirkung ausgelegt, drinnen — von den Bürgern der Gemeinschaft — als Eingeständnis politischer Impotenz gewertet. In dem Maße, in dem die Staaten Westeuropas sich als politisch handlungsfähige Union verstehen, wird die Bereitschaft zu einem auch sicherheitspolitisch relevanten Engagement in der Dritten Welt zunehmen müssen.

Als Folge dieser Entwicklung, in der die sicherheitspolitische Gefährdung weniger akut, die sicherheitspolitischen Abwehrmaßnahmen weniger präzise sind, wird die Sicherheitspolitik schwieriger werden. Denn es ist immer einfacher, auf eine präzise, den Bürgern bewußte Gefahr eine sicherheitspolitische Antwort zu geben: Da richtet sich das notwendige Maß der Verteidigung nach der Stärke des Gegners, da gilt das „worst case“-Denken als nützliche Richtschnur, da wirken das Bündnis als unerläßlich und Verteidigungsausgaben als selbstverständliche Opfer. Wenn diese Klarheit fehlt, ist es schwieriger, Politik zu begründen, in der politischen Kontroverse durchzufechten und auf Dauer durchzuhalten.

Nun ist in der Geschichte der Bedrohungen und Ängste die präzise Gefahr in der Regel die Ausnahme gewesen. Staaten haben sich dennoch militärisch gewappnet, als allgemeine Rückversicherung gegen eine ungewisse Zukunft. Vieles spricht dafür, daß dies auch für die westlichen Länder in den neunziger Jahren gelten wird. Sie werden ihre Verteidigung nicht aufgeben, auch wenn Kürzungen wahrscheinlich sind. Und sie werden das Atlantische Bündnis nicht aufkündigen.

Die entscheidende Gefahr der „neuen Unklarheiten“ in der Sicherheitspolitik liegt nicht in einseitig

ger Abrüstung oder Neutralisierung. Sie liegt vielmehr in dem zusätzlichen und entscheidenden Anstoß, den sie der wachsenden Entfremdung zwischen den beiden Seiten des Atlantik geben könnte. Hier liegt die strategisch wichtigste Folge der neuen sicherheitspolitischen Entwicklung.

Es ist ja nur natürlich, daß sich im Westen Interessenunterschiede zurückmelden, die von der Sorge vor der gemeinsamen Gefahr lange in den Hintergrund gedrängt waren. Dies scheint auch das Schicksal des Atlantischen Bündnisses zu bestimmen. Für das Bewußtsein seiner Mitglieder wird insbesondere ein Umstand in Zukunft sehr viel prägender werden, nämlich der Unterschied der Geographie.

Die geographische Lage eines Landes ist gemeinhin der bestimmende Faktor seiner Strategie. Aber in den vierzig Jahren des westlichen Bündnisses wurde er in seiner Relevanz neutralisiert, weil Amerikaner wie Europäer überzeugt waren, daß ihre Sicherheit in erster Linie durch sowjetische Agressionsabsichten in Europa gefährdet sei. Selbst als Ende der fünfziger Jahre die Reichweite moderner Raketen es Amerika erlaubte, die Sowjetunion von eigenem Boden mit atomarer Vergeltung zu bedrohen, hielt das Bewußtsein gemeinsamer, präziser Gefährdung die beiden Teile des Bündnisses weiterhin so verklammert, als gäbe es zwischen ihnen den weiten Atlantik nicht.

Aber mit der neuen, diffuseren Sicherheitslage kommt die Geographie wieder zu ihrem strategischen Recht. Für die Europäer heißt das: Auch in der Ära ost-westlicher Entspannung unter Michail Gorbatschow bleibt die Sorge vor der sowjetischen Übermacht in Europa bestehen. Für die Amerikaner jedoch heißt dies: Die Sicherheit Nordamerikas ist weniger als bisher vom Kräfteverhältnis in Europa geprägt. Für Amerika bedeutet die Entspannung mit der Sowjetunion, daß Amerika sein militärisches Hauptaugenmerk nicht länger auf Europa richten muß.

Verwunderlich ist diese Entwicklung gewiß nicht. Im Gegenteil: Die Langlebigkeit des Atlantischen Bündnisses ist die eigentliche Überraschung, nicht das Aufkommen von Zweifeln an der Identität der Sicherheit zwischen Amerika und Westeuropa. Jetzt zeigt sich auch, wie selbstgefällig viele Europäer argumentiert haben, wenn sie — gerade während der Reagan-Jahre — so taten, als sei Europa ein natürlicher Befürworter, Amerika ein unverbesserlicher Gegner der Entspannung. Die Wirklichkeit ist komplizierter. Die Entspannung kann den Europäern die Sorge um ihre Sicherheit nicht abnehmen; sowjetisch-amerikanisches Einvernehmen kann dagegen amerikanische Sicherheitsbe-

dürfnisse weitgehend befriedigen. In dem Maße, in dem die sowjetische Diplomatie unter Gorbatschow vor allem auf die Zusammenarbeit mit Washington setzte und amerikanischen Vorstellungen in der Rüstungskontrolle entgegenkam, schwand in Amerika das Gefühl unvermeidbarer, geschichtsgewollter Rivalität mit der Sowjetunion. Und alte, voratlantische Vorstellungen, daß Amerika seine Sicherheit nicht in Bündnissen mit Europa suchen, sondern auf sich allein gestellt sein sollte, erhalten neues Gewicht.

Diese Entwicklung wird durch wirtschaftliche und finanzielle Sachzwänge noch verstärkt. Wer immer im nächsten Jahr in Washington die Nachfolge Ronald Reagans antritt, wird seine politische Energie vor allem der Aufgabe widmen müssen, die Hypothesen der Reagan-Jahre abzutragen — das hohe Haushaltsdefizit und die massive Auslandsverschuldung. Zwangsläufig werden daher auch die wirtschaftlichen Spannungen und Irritationen mit den

Bündnispartnern in Fernost und Europa wachsen. Amerika hat heute weniger Angst vor der militärischen Bedrohung durch den sowjetischen Rivalen als vor der Wirtschaftsbedrohung seiner Partner. Die ohnehin vielen Amerikanern liebgewordene Vorstellung, die Europäer täten nicht genug für die eigene Verteidigung und nutzten nur die amerikanische Großzügigkeit aus, wird an politischer Schärfe gewinnen und zu den transatlantischen Irritationen beitragen.

Die neue Phase sicherheitspolitischer Beruhigung ist, geschichtlich gesehen, ein beachtlicher Fortschritt. Auch wenn die Gefährdung zwischen Ost und West nicht verschwunden ist, so werden doch Möglichkeiten zur Zusammenarbeit eröffnet, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren. Aber diese Entwicklung hat ihren Preis. Im Westen wird der Atlantik breiter. Europa und Amerika driften, wenn nichts geschieht, langsam aber stetig auseinander.

IV.

Was also ist zu tun? Worin liegen die wichtigsten Aufgaben westeuropäischer Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren? Sie liegen — auch insofern hat die Geschichte sich nicht beschleunigt — unverändert dort, wo der Harmel-Bericht der NATO sie vor fast genau zwanzig Jahren ausmachte: im Erhalten von Abschreckung und Entspannung, Zusammenhalt im Westen und Zusammenarbeit mit dem Osten. Allerdings scheint heute die Zusammenarbeit mit dem Osten weniger gefährdet als der Zusammenhalt im Westen. In der Entspannung haben sich Formen des ständigen Dialogs, Praktiken des begrenzten Miteinanders und Übungen pragmatischer Beziehungen herausgebildet, die ihre Belastbarkeit gerade in den Jahren des langen Machtwechsels in Moskau und der Entspannungsskepsis in Washington erwiesen haben. Seither haben gerade Washington und Moskau die Möglichkeiten der Zusammenarbeit erkannt und ausgeweitet. Im Bündnis jedoch ist der Konsens brüchig geworden.

Gewiß, problemlos kann und wird das Ost-West-Verhältnis nie werden, gerade weil es neben der militärischen Gefährdung auch die Entspannung mit ihren oft destabilisierenden Auswirkungen erfährt. Trotz des Abklingens der Abenteuerlust der Großen in der Dritten Welt ist nach wie vor nicht auszuschließen, daß die Supermächte in künftige Krisen hineingezogen werden, und trotz der wirtschaftlichen Probleme der ersten und der zweiten

Welt wird das Wettrüsten nicht beendet, allenfalls verlangsamt werden. Die Aufgabe, die Rüstung unter Kontrolle zu bringen, wird sich weiter und drängend stellen, weniger wegen quantitativer Aufrüstung als wegen qualitativer Veränderungen, die die immer noch beachtliche Stabilität der Abschreckung aushöhlen könnten.

Entspannung und Rüstungskontrolle bleiben eine wesentliche Aufgabe westlicher und westeuropäischer Sicherheitspolitik. Aber den Vorrang muß haben, was in der Geschichte des Bündnisses immer wieder als selbstverständlich empfunden worden ist, aber heute nicht mehr für alle selbstverständlich ist: der Zusammenhalt des Westens, der Verbund zwischen Amerika und Europa. Dies bleibt die entscheidende Bedingung dafür, daß Westeuropa sich sicher fühlen kann. Und ohne den Zusammenhalt im Westen würde die Abschreckung zum hohlen Bluff und die Entspannung zum Appeasement verkommen.

Drei Dinge gilt es für Westeuropa zu tun, um den atlantischen Zusammenhalt wieder zu festigen:

Erstens: Westeuropa muß den Weg aus der Situation des Abhängigen in die Rolle des Partners Amerikas finden. So paradox es klingt: Die transatlantische Misere kann nicht überwunden werden durch Liebedienerei gegenüber dem mächtigen Verbündeten, sondern nur durch selbstbewußte Mitgestaltung im gemeinsamen Bündnis. Konfliktvermei-

dung durch eilfertige Zustimmung zu amerikanischen Plänen würde den Regierungen Westeuropas den Rückhalt im eigenen Land, aber auch die Glaubwürdigkeit in Washington nehmen; Vasallentreue bekommt dem Bündnis nicht. Nach innen – für die eigenen Bürger – gibt das Bündnis nur Sinn, wenn die Regierungen sagen: „Wir wollen“, nicht wenn sie sagen: „Die Amerikaner wollen“. Und auf Rücksichtnahme in Washington kann Westeuropa nur zählen, wenn es weiß, was es will, und bereit ist, sein Gewicht in die gemeinsame Verantwortung einzubringen.

Die Aufgabe ist zugleich leichter und schwerer, als manche Sonntagsreden über die Selbstbehauptung Europas vermuten lassen. Sie ist leichter, weil die Vereinigten Staaten von der Struktur ihres Regierungssystems her beeinflussbar sind: Eine entschlossene, von den westeuropäischen Regierungen gemeinsam vertretene Position hätte im amerikanischen Entscheidungsprozeß Gewicht nicht als Vorhaltung von außen, sondern als Kristallisationspunkt für die interne Willensbildung. Alastair Buchan, einer der besten Amerika-Kenner Großbritanniens, hat das Regierungssystem der Vereinigten Staaten einem Bündnisystem gleichgestellt: Nicht nur der Präsident hat zu entscheiden, die führenden Ministerien, die beiden Häuser des Kongresses, die Lobbies und die Medien wirken mit. Die Chance zur Einflußnahme, die diese Struktur bietet, nehmen amerikanische Interessengruppen mit Selbstverständlichkeit und Geschick wahr; die Politiker Westeuropas dagegen, die allzu oft das amerikanische Regierungssystem als Spiegelbild ihres eigenen mißverstehen, haben immer noch nicht gelernt, es ihnen gleichzutun.

Aber das läßt sich lernen. Viel schwieriger dagegen ist die andere, entscheidende Komponente westeuropäischer Mitgestaltung im Bündnis: das Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung für das Ganze.

Das große Übergewicht der Vereinigten Staaten in der westlichen Allianz – an militärischer Stärke, wirtschaftlichen Ressourcen, Ideen und politischem Durchsetzungswillen – hat die meisten westeuropäischen Regierungen dazu verleitet, Bündnispolitik auf folgende Weise zu betreiben: Amerika wird kritisiert, das eigene nationale Interesse wird übergeordnet („Was das Bündnis tun sollte, ist nicht unsere Sache“), und wenn der amerikanische Druck zu stark wird, gibt man ihm eben nach. Damit jedoch ist in Washington kein Staat zu machen. Beispiel Libyen 1986: Die Verbündeten der Vereinigten Staaten mochten sich nicht zu gemeinsamen Schritten gegen die mutmaßlichen Terroristenhelfer in Tripolis verstehen; erst als Amerikas Navy im

April 1986 zuschlug, bequerten die Westeuropäer sich zu Sanktionen – obgleich sie durch entschlosseneres Handeln zuvor das Bombardement möglicherweise überflüssig gemacht hätten. Beispiel SDI: Obwohl keinem der Verbündeten der Vereinigten Staaten die Star-Wars-Pläne Reagans behagten – sie waren vor der Ankündigung einer angeblich grundsätzlichen Abkehr von der bisherigen Abschreckungsdoktrin der NATO nicht einmal befragt worden –, konnte Westeuropa sich nicht zu einer gemeinsamen Position aufraffen. Auf die zumeist heftige amerikanische Debatte über Sinn und Zweck strategischer Verteidigung haben die Europäer deshalb auch keinen Einfluß nehmen können; die Mehrzahl der westeuropäischen Regierungen wollte dem Präsidenten nicht widersprechen und bemühte sich statt dessen um möglichst viele Pentagon-Aufträge für das SDI-Programm!

Damit läßt sich weder der Hauptverbündete Europas beeindrucken noch Westeuropa zu gemeinsamem Handeln anspornen. Die erste (und oft letzte) Reaktion westeuropäischer Regierungen ist die des Rentiers, der von der Allianz profitiert, auch seinen Obulus entrichtet, aber die Geschäfte gern anderen überläßt.

Von dieser Mentalität muß Westeuropa endlich Abschied nehmen, wenn das Bündnis mit neuem Elan gefüllt werden soll. Die entscheidende Frage allerdings ist, ob es das auch will. Denn so gern die verschiedenen Regierungen von der besonderen Verantwortung Europas reden, so wenig scheinen sie sich zur Zeit unter Druck zu fühlen, die Worte mit Taten auszufüllen. Die Kosten des Nichtstuns scheinen in Bonn und London, Rom und Paris gering. Die Regierungen sind im großen Ganzen mit der internationalen Lage nicht unzufrieden, sie spüren „keinen Handlungsbedarf“, vor allem wenn dies ihnen eine Abkehr von liebgewonnener Bequemlichkeit abverlangt. Sie müssen sich dann allerdings nicht wundern, wenn das Allianzgebäude langsam verfällt – und sie dies nicht, wie so oft in der Vergangenheit, nur Versäumnissen der Politik Amerikas anlasten können.

Zweitens gilt es, die Bereitschaft Westeuropas zu angemessener Verteidigung auch in den Jahren finanzieller und personeller Engpässe glaubwürdig zu bekräftigen. Denn was immer die Rüstungskontrolle an Kürzungen für Waffen und Truppen zwischen Ost und West bereithält – und dies wird im Zweifel bescheidener ausfallen, als mancher heute glauben mag –, die Beschränkungen durch Geburtenrückgang und Geldmangel werden noch weit tiefer in die Arsenale einschneiden. Das deutlichste Beispiel ist die Bundeswehr, die ab Mitte der neun-

ziger Jahre mit der Hälfte ihres jetzigen Aufkommens an Wehrpflichtigen und — angesichts der dann allenthalben, auch bei Industrie und Verwaltung angespannten Personallage — mit sehr viel weniger Längerdienenden als heute rechnen muß. Aber die Streitkräfte anderer Verbündeter und mancher mutmaßlicher Gegner sind nicht viel besser dran. Die Finanzschränken sind überall errichtet — in Europa wie in den Vereinigten Staaten, und eine Neuauflage amerikanischer Rückzugswünsche aus Europa scheint für die neunziger Jahre wahrscheinlich.

Wie soll der Westen — und Westeuropa — dieser Herausforderung begegnen? Am sinnvollsten wären gemeinsame Erwägungen im Bündnis, wie durch neue Strukturen der Zusammenarbeit die zu erwartenden Defizite in ihrer Wirkung aufgefangen werden könnten. Die Bereitschaft zu derartigen Lösungen fehlt bisher noch. Statt dessen wartet jedes Land ab, daß ein anderes als erstes mitteilt, die Allianzverpflichtungen nicht mehr voll einhalten zu können — nur um dann das gleiche Recht für sich zu begehren. Dies ist auch der entscheidende Grund, warum die Bundesregierung bisher so getan hat, als ob sich trotz des zu erwartenden Einbruchs in die Personalressourcen der Gesamtumfang der Bundeswehr in den neunziger Jahren nur geringfügig ändern werde.

Das ist taktisch verständlich. Als Grundlage für eine verlässliche Bündnisstrategie ist es jedoch untauglich. Wenn die Westeuropäer den Test ihrer Glaubwürdigkeit bestehen wollen, müssen sie rasch mit dem Bau von potemkinschen Dörfern aufhören. Für die Bundeswehr heißt das, die strukturellen Konsequenzen des Bevölkerungsschwundes deutlich zu machen, um mit den Partnern Lösungen für die gemeinsamen Probleme zu finden. Wundermedizinen — wie etwa technische Durchbrüche — sind nicht zu erwarten. Die „alternativen Strategien“, die in den jüngsten Jahren gerade in der Bundesrepublik propagiert worden sind, sind in der Regel in militärische Reformvorstellungen verkleidete Alternativen zur Bündnisintegration — und daher kaum brauchbar, wenn es gilt, diese Integration zu wahren.

Ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der konventionellen Truppenpräsenz könnte auch die Vorstufe zu einer gründlicheren Überprüfung der NATO-Strukturen insgesamt sein. Langfristig bleibt zu wünschen, daß die europäische Mitverantwortung für die Sicherheit Westeuropas auch nach außen deutlicher hervortritt. Eine Intensivierung bilateraler westeuropäischer Arrangements — zwischen Bonn und Paris etwa in der konventionellen,

zwischen Paris und London in der atomaren Rüstung — hat gewiß praktischen und symbolischen Wert. Aber zugleich haftet derartigen Absprachen doch der Geruch der Verlegenheitslösungen an. Eine umfassendere Form der NATO, die die europäische Mitwirkung auch in den Institutionen der Allianz unübersehbar macht — etwa die Einsetzung eines europäischen Oberbefehlshabers mit einem für atomare Planung zuständigen amerikanischen Stellvertreter — sollte nicht jenseits des europäischen Ehrgeizes liegen.

Drittens kommt es darauf an, die öffentliche Meinung in Westeuropa wieder für einen nüchternen Konsens in der Sicherheitspolitik zurückzugewinnen. Die Nachrüstungsdebatte hat Bürger und Politiker gleichermaßen verunsichert. So hat sich trotz des formellen Abschlusses der Nachrüstungsentscheidung die Unsicherheit nicht verflüchtigt. Der Konsens ist allenfalls an der Oberfläche wiederhergestellt, soweit es um den Abbau atomarer Fähigkeit geht; die Grenze, von der ab die atomare Abrüstung für Europa nachteilig werden könnte, wird nirgendwo aufgezeigt. Manche Politiker mögen sie zwar erkennen, aber sie wollen den Bürgern nur ungerne den sauren reinen Wein einschenken. Was tut's, so könnten sie meinen, wo doch ein Ausstieg aus der atomaren Abschreckung ohnehin unrealistisch ist.

Das ist keine verlässliche Basis, um den Veränderungen der nächsten Jahre mit europäischem Selbstvertrauen und Lösungsbewußtsein zu begegnen — nicht wohlklingenden Initiativen aus dem Osten (die es gewiß ernsthaft zu prüfen gilt) und nicht Reduzierungs- oder atomaren Neuerungswünschen aus den Vereinigten Staaten. Der neue Konsens kann nur auf der ehrlichen Überzeugung aufgebaut werden, daß konventionelle Verteidigung auch weiterhin trotz der hohen Kosten notwendig ist und ihre Ergänzung durch stabile atomare Abschreckung für die Sicherheit Westeuropas erforderlich bleibt. Erst wenn diese Grundlage steht, kann Westeuropa auf die Ausgestaltung der Modalitäten entscheidenden Einfluß nehmen. Das ist gewiß keine leichte Aufgabe, aber unmöglich ist sie nicht: Immerhin haben die Bundesrepublik und Belgien in jüngster Zeit die Verlängerung des Wehrdienstes beschlossen und damit gezeigt, daß die öffentliche Meinung auch für Opfer gewonnen werden kann, solange das Einfordern glaubwürdig ist.

Auf Westeuropa kommt eine Phase der Verantwortung zu — im Bündnis, im Ost-West-Verhältnis, in der Dritten Welt. Die Versuchung wird groß sein, sich dieser Verantwortung zu entziehen; die

Gründe dafür wären nicht einmal weit hergeholt: daß Westeuropa noch lange nicht gemeinsam handlungsfähig ist, daß die Möglichkeiten jedes einzelnen Landes beschränkt sind, daß die öffentliche Meinung noch nicht darauf vorbereitet sei. Aber

wenn Westeuropa in den neunziger Jahren seine Sicherheit wahren und mitgestalten will, dann gibt es wohl keine andere Wahl, als sich der Verantwortung nüchtern, aber auch zuversichtlich zu stellen.

Konventionelle Abrüstung in Europa

Die Gefahren einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Ost und West sind gering. Doch wenn es zu einer solchen käme, würde sie in Europa stattfinden und mit konventionellen Waffen beginnen. Nachdem die zahllosen Krisen im Ost-West-Verhältnis in Europa seit 1945 nicht kriegsauslösend gewirkt haben, wurde zeitweilig befürchtet, Dritte-Welt-Krisen könnten zum Anlaß eines militärischen Konflikts zwischen den Supermächten werden. Die USA und die Sowjetunion hüten sich jedoch, in eine Konfrontation in der Dritten Welt hineingezogen zu werden. Die Gefahr eines von der Dritten Welt ausgehenden Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion mitsamt der Wahrscheinlichkeit eines Übergreifens auf Europa bestand ernsthaft nur einmal während der Kuba-Krise. Seitdem kann sie als gebannt betrachtet werden. Ein direkter atomarer Schlagabtausch mit strategischen Waffen zwischen beiden Supermächten wäre keine Angriffshandlung, sondern eine bewußte Selbstmordinszenierung. Es bleibt die Tatsache, daß sich hier in Europa, und zwar nur hier, außergewöhnlich große, auf das modernste konventionell und atomar bewaffnete Streitkräfte der beiden Bündnisse und Truppen der beiden Supermächte unmittelbar gegenüberstehen und damit hier auch die Möglichkeit einer unmittelbaren Konfrontation beider Gruppierungen gegeben ist, gleich, für wie groß oder gering man diese Gefahr einschätzt.

Diese Ausgangslage ist für die konventionellen Abrüstungsverhandlungen aus zwei Gründen von größtem Belang. Zum einen wird die konkrete psychologisch-politische Bedeutung der Lage in Europa schlagartig durch die Vorstellung ihres Gegenteils erleuchtet: keine extrem hohe, sondern eine im Vergleich zu heute sehr viel niedrigere Streitkräftekonzentration; nicht nur keine Absichten zum Angriff, sondern auf beiden Seiten auch keine Fähigkeit hierzu. Offenkundig würde eine solche Lage das Ost-West-Verhältnis in seiner Gesamtheit grundlegend verändern.

Zum anderen findet das Nebeneinander von außergewöhnlich hohen und zerstörerischen Kriegsmitteln einerseits und der Abwesenheit von Krieg in Europa seit mehr als vierzig Jahren andererseits unterschiedliche Erklärungen und Schlußfolgerungen, welche die Akzeptanz westlicher Verteidi-

gungsanstrengungen betreffen. Die einfachste Sichtweise ist die, welche etwa folgendermaßen argumentiert: Es mag sein, daß dieser große militärische Aufwand einmal notwendig war, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Aber nachdem er seit mehr als vierzig Jahren seinen Zweck erfüllt hat, und selbst die Führer der beiden Weltmächte die richtige Feststellung treffen, daß Kriege nicht mehr führbar und gewinnbar sind, und niemand mehr der jeweils anderen Seite eine Kriegsabsicht unterstellt — weshalb dann nicht ganz oder zumindest zum größten Teil auf dieses Potential verzichten und die dadurch eingesparten Ressourcen anderweitig sinnvoller verwenden? Ein anderes Erklärungsmuster neigt dazu, dem militärischen Potential in Europa (und darüber hinaus) die wohlthätige Wirkung der Kriegsverhinderung abzusprechen. Im Gegenteil weisen seine Anhänger darauf hin, daß das unmäßige Anwachsen des militärischen Instrumentariums auch die Bedrohungsvorstellungen hat anwachsen lassen. In dieser Sichtweise haben sich die Bedrohungsvorstellungen gewissermaßen von einem hinter den Bedrohungspotentialen stehenden Bedrohungswillen abgelöst und beziehen sich verselbständigt auf die Existenz der Potentiale als solche, auch — und manchmal sogar besonders wie bei den GRÜNEN und der Friedensbewegung — auf die der eigenen Seite. Das gilt vor allem für die nuklearen Waffen.

Gegenüber beiden Betrachtungsweisen bleibt festzuhalten, daß die Kombination konventioneller und nuklearer Waffen und die darauf fußende Abschreckungsstrategie *conditio sine qua non* für den Zustand des Nicht-Krieges in Europa seit 1945 war und ist. Natürlich gab und gibt es auch andere Faktoren, die zu diesem relativen Frieden beigetragen haben. Dazu gehören sicherlich die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und bessere Einsicht. Aber auf alle Elemente wirkt seit Hiroshima und Nagasaki der atomare Schrecken ein. Allerdings läßt sich nicht übersehen, daß sowohl das übermäßige Anwachsen der militärischen Potentiale als auch die Quantität und Qualität der Waffen die wechselseitigen Bedrohungsvorstellungen haben größer werden und die Rüstungsspirale sich immer weiter drehen lassen. Das hat weder zu mehr Stabilität beigetragen noch die Einsicht der Bevölkerung im Westen in die Notwendigkeit militärischer Anstrengungen gefördert.

Aus beiden Gründen muß versucht werden, künftig Sicherheit wesentlich stärker durch politische Anstrengungen einschließlich Abrüstung und Rüstungskontrolle herzustellen. Die sicherheitspolitische Welt in Europa und im Ost-West-Verhältnis insgesamt ist zwar keineswegs so besorgniserregend, wie manche Stimmen in der Bundesrepublik

glauben oder glauben machen möchten. Aber sie ist auch keineswegs die beste aller vorstellbaren Welten. Außerdem stehen die ständig steigenden Rüstungsausgaben in keinem Verhältnis zu den innen- und außenpolitischen Aufgaben vor allem in der Dritten Welt.

Bei konventioneller Abrüstung geht es auch um atomare Waffen

Atomare Waffen sind nicht zur Anwendung, sondern zur Abschreckung gedacht. Sie sollen den Ausbruch eines mit konventionellen Mitteln geführten Krieges verhindern. Die Situation des konventionellen Ungleichgewichtes zu Gunsten des Ostens bestimmt Zahl und Struktur der atomaren Bewaffnung der NATO; nach Meinung mancher aber nicht nur das „Wie“, sondern auch das „Ob“. So ist es angesichts der leidenschaftlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über den Sinn und die ethische Vertretbarkeit der atomaren Abschreckung nicht verwunderlich, daß hier — schon bevor überhaupt ein Mandat für eine Konferenz über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) erreicht worden ist — eine Auseinandersetzung über mögliche und wünschenswerte Folgen eines erfolgreichen Verlaufs dieser Verhandlungen für die atomare Bewaffnung und Strategie begonnen hat.

Gemeint ist vor allem die Frage, was mit den nuklearen Systemen von einer Reichweite bis 500 km (Artillerie, Flugkörper, Flugzeuge) geschehen soll, falls es bei der KRK gelänge, konventionelle Stabilität auf der Basis eines Gleichgewichtes herzustellen. Dieses Problem ist auch der Hintergrund für den Dissens zwischen der Bundesrepublik und ih-

ren westlichen Alliierten. Es geht darum, ob, wann und wie in Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion parallel zu denen in der KRK diese Waffen einbezogen werden sollen oder nicht. Dieser Punkt wird später näher zu erörtern sein. Die hier zur Verhandlung stehenden Kurzstreckensysteme haben im Rahmen der westlichen Nuklearstrategie die Funktion, östliche Streitkräftekonzentration solcher Art durch Abschreckung zu verhindern, aus denen heraus ein (konventioneller) Angriff gestartet werden kann, oder, wenn diese Aufgabe verfehlt worden sein sollte, durch ihren selektiven Einsatz den Angriff zum Stehen und den ausgebrochenen Konflikt wieder unter Kontrolle zu bringen. Solche Truppenzusammenballungen, und damit die Fähigkeit zum Angriff durch eine Reihe abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen unmöglich zu machen, ist aber auch das Ziel des westlichen Konzeptes für die Wiener Verhandlungen. Sollte es erfolgreich sein und konventionelle Stabilität tatsächlich verwirklicht werden, dann — so schlußfolgern vor allem, aber nicht nur, SPD-Sicherheitspolitiker — könnte auf die weitere Stationierung solcher Nuklearsysteme in der Bundesrepublik verzichtet werden, sei doch ihr Zweck anderweitig erfüllt.

Regional beschränkte Atomwaffenfreiheit ist unsinnig

Diese Logik hat weiterreichendere Konsequenzen, als ihre Anhänger wahrnehmen oder offen bekennen wollen. Wenn das Kriterium für den Verzicht auf nukleare Kurzstreckensysteme konventionelle Stabilität in Europa ist, dann gilt dies nicht nur für die Bundesrepublik, sondern selbstverständlich für ganz Europa und natürlich für alle Reichweiten nuklearer Trägerwaffen. Wenn die östlichen Streitkräfte zum Angriff nicht mehr fähig wären, weshalb müßten sie dann davon abgeschreckt werden? Mit anderen Worten: Nicht nur auf die amerikanischen Nuklearwaffen in der Bundesrepublik und in Europa, sondern selbstverständlich auch auf die fran-

zösischen und britischen müßte verzichtet werden, weil natürlich nur ein beidseitiger, also auch sowjetischer Verzicht Sinn machte und die Sowjetunion hierzu ohne Entsprechung durch Frankreich und Großbritannien nicht bereit wäre. Die Denuklearisierung ganz Europas ist die Konsequenz der Auffassung, daß die Notwendigkeit oder die Verzichtbarkeit nuklearer Waffen in der Bundesrepublik vom Bestehen oder Nicht-Bestehen konventioneller Stabilität abhängig sei. Ja, bei näherem Hinsehen können die Befürworter dieser Ansicht nicht stehenbleiben, sondern müssen auch das gesamte Ost-West-Verhältnis miteinbeziehen. Denn es gibt

nur in Europa ein konventionelles Ungleichgewicht zugunsten der Sowjetunion. Logischerweise würde mit seinem Verschwinden die Notwendigkeit atomarer Abschreckung überhaupt entfallen. Zudem wäre eine Beschränkung auf Europa praktisch nicht handhabbar, denn atomare Waffen der Sowjetunion, die zwar in ihrem asiatischen Teil stationiert wären, aber eine Reichweite hätten, die es ermöglichen, die USA zu erreichen, würden selbstverständlich auch ganz Westeuropa bedrohen.

Man mag dennoch in einer atomarwaffenfreien Zone, die nur auf die Bundesrepublik, die DDR und die CSSR oder auf Teile dieser Staaten beschränkt ist, den Vorteil erblicken, das Risiko der Verwicklung in einen atomaren Schlagabtausch für diesen Bereich vermindert und auf die atomarwaffenbesitzenden Staaten verlagert zu sehen. Für manche Anhänger dieser Idee ist diese einseitige Risikoverteilung eine Kompensation für das Nichtverfügbarwerden der Bundesrepublik Deutschland über Atomwaffen. Sie setzen konsequenterweise nicht nur die Entfernung aller Atomwaffen, sondern auch die aller alliierten Truppen voraus, deren Länder über atomare Waffen verfügen oder unter dem Schirm atomarer Abschreckung solcher Staaten stehen. Das heißt: Alle alliierten Truppen müßten die Bundesrepublik verlassen, denn daß sie ohne atomare Waffen hier blieben, ist nicht nur schwer vorstellbar, weil der Verzicht auf atomare Waffen den Ansichten der Alliierten diametral widerspricht, sondern auch in der Konzeption atomarwaffenfreier Zonen nicht sinnvoll, weil bei der Verwicklung atomarwaffenbesitzender Staaten in einen Konflikt ihre Truppen, ob mit oder ohne Atomwaffen stationiert,

das Opfer eines sowjetischen atomaren Schlags zu werden drohen. Selbst dann aber wäre die Vorstellung, ein atomarer Schlagabtausch könnte über die Köpfe der Deutschen hinweg stattfinden, kaum nachvollziehbar. Kurzum, das ist eine Traumidee, und zudem eine mit gefährlichen politischen Implikationen. Der politische Neutralismus ist die zwangsläufige Folge des atomaren Eskapismus.

Die Gründe im einzelnen aufzuführen, derentwegen die Hoffnungen auf mehr Sicherheit in einer atomarwaffenfreien Zone illusionär sind, ist hier nicht der Platz. Das Wunschbild einer nuklearfreien Bundesrepublik und DDR ist das Abrüstungspolitische Spiegelbild zur Angstvorstellung eines singularisierten Schlachtfeldes Deutschland. Demgegenüber ist festzuhalten, daß die atomare Abrüstungslogik entweder nur weltweit Sinn macht oder gar nicht, ebenso, wie die atomare Abschreckung entweder zwischen den Gegnern insgesamt funktioniert oder im ganzen versagt. Die Verfechter von Singularisierungsthesen und atomarwaffenfreien Zonen machen im übrigen den Fehler, sich fortwährend in ihrer Argumentation auf die Ebene der Anwendung dieser Waffen zu begeben. Sie scheinen dabei zu vergessen, daß Atomwaffen nicht zur Führung eines Krieges, sondern zur Verhinderung eines solchen gedacht sind. Natürlich muß eine Strategie, die sich dieser Waffen bedient, paradoxerweise auch Anwendungselemente enthalten, um glaubhaft zu sein, und das widerstrebt dem Wunsch der Menschen nach widerspruchsfreiem Denken und Tun, vor allem in einer solchen existentiellen Frage. Aber dieses paradoxe System war und ist bis heute erfolgreich.

Die atomaren Kurzstreckensysteme gehören in den Abrüstungsprozeß

Bundeskanzler Kohl hat am 4. Juni 1987 in seiner Regierungserklärung festgestellt, daß „... (die) Rolle (der Atomwaffen) auf das quantitativ und qualitativ erforderliche absolute Mindestmaß beschränkt werden“ solle. Dieses Mindestmaß aber läßt sich nur im Rahmen von konventioneller Abrüstung und Rüstungskontrolle festlegen.

Dazu müssen auch die hier in Rede stehenden atomaren Systeme unter 500 km Reichweite in den Zusammenhang der „Herstellung eines stabilen und sicheren Niveaus konventioneller Streitkräfte in ganz Europa“ (Ministerratstagung der NATO vom 12. Juni 1987) gestellt werden. Wenn es jedoch zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Alliierten Meinungsverschiedenheiten über die Frage gibt, ob, wann und wie diese Waffen in den Abrüstungsprozeß einbezogen werden sollen, dann

hat dies als eine Ursache im Hintergrund die erwähnte Diskussion in der Bundesrepublik mit ihren bedachten oder unbedachten Konsequenzen und dem damit zusammenhängenden Streit über eine Modernisierung dieser Systeme.

Dabei ist die deutsche Forderung nach einer Einbeziehung dieser Waffenkategorie — in welcher Form auch immer — aus zwei Gründen logisch und zwingend. Erstens sind diese Waffen (Artillerie, Flugzeuge, Raketen) alle zweifach verwendungsfähig, das heißt auch mit konventioneller Munition bestückbar. Wie soll man das Ziel der Wiener Verhandlungen eines konventionellen Gleichgewichts erreichen, wenn man eine ganze Waffenkategorie, die Kurzstreckenraketen, bei denen der Osten sein Übergewicht von 1 365:88 und dazu am liebsten auch noch die Flugzeuge aus dem Verhandlungs-

prozeß heraushalten will, gleichzeitig aber „im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts . . . deutliche und überprüfbare Reduzierungen amerikanischer und sowjetischer bodengestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite, die zu gleichen Obergrenzen führen“, fordert, wie es in dem erwähnten Ministerrats-Kommuniqué von Reykjavik heißt? Diese Position ist um so unlogischer, als gleichzeitig

im Westen Einigkeit über die Notwendigkeit der Einbeziehung der ebenfalls zweifach verwendbaren Artillerie in die Verhandlungen besteht. Der zweite Grund ist der oben erwähnte Zweck dieser Systeme im Rahmen der Strategie der „flexible response“. Er ist derselbe wie der, der den Abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Zielsetzungen der NATO in den konventionellen Abrüstungsverhandlungen zu Grunde liegt.

Eine Modernisierungsentscheidung gehört in den Gesamtzusammenhang von Verteidigung und Abrüstung

Den westlichen Gegnern einer Einbeziehung dieser Waffen in den Abrüstungsprozeß muß man zugestehen, daß die Verhandlungsposition des Westens bei den Kurzstreckenraketen angesichts des gewaltigen östlichen Übergewichts schlecht ist. So erscheint das Risiko nicht gering, der Westen könne angesichts der öffentlichen Meinung vor allem in der Bundesrepublik einen sowjetischen Vorschlag zur völligen Abschaffung dieser Systeme, also einer sogenannten dritten Null-Lösung, nur schwer widerstehen. Dem kann man zwar entgegenhalten, daß die Sowjetunion eine dritte Null-Lösung nie vorgeschlagen hat. Die Sowjetunion erweckt allerdings den Eindruck, als wolle sie dies, offensichtlich, um damit eine vor Mitte der neunziger Jahre anstehende Entscheidung des Westens zur Modernisierung der dann veralteten LANCE zu verhindern und so eine einseitige Null-Lösung auf westlicher Seite zu erreichen. So bleiben angesichts des Streites in der Bundesrepublik über die Frage der Modernisierung die alliierten Befürchtungen bestehen. Die bloße Aufforderung an die Sowjetunion, ohne Verhandlungen ihre Systeme zu reduzieren, erscheint nicht als eine aussichtsreiche Strategie. Aber dieser Hinweis wird die Alliierten nicht zu sehr beeindrucken, weil ihnen die Fortdauer der jetzigen Lage allemal weniger schlecht erscheint als eine dritte Null-Lösung.

Die Befürchtungen der Alliierten werden wahrscheinlich erst nach einem Modernisierungsentscheid schwinden. Ohne diesen gäbe es in der Tat eine einseitige Null-Lösung für Raketen im Westen, und die Struktur der verbleibenden atomaren Waffen (Bomben und Artillerie) wäre alles andere als sinnvoll. So drängt sich Einsicht auf, daß Modernisierungsentscheidung und westliche Einigung über die Behandlung dieser Systeme im Abrüstungsprozeß einander bedingen. Diese Entscheidung muß

allerdings unbedingt eingebunden sein in ein Gesamtkonzept zur Neustrukturierung der nuklearen Abschreckungspotentiale nach dem INF-Abkommen und in den Zusammenhang des erstrebten Abrüstungspolitischen Ergebnisses der Wiener Verhandlungen gestellt werden. Die sowjetische Forderung nach Einbeziehung dieser Systeme ohne ihre nukleare Komponente als Verhandlungsgegenstand in das Mandat für konventionelle Abrüstungsverhandlungen zwischen Atlantik und Ural ist zwar im Augenblick noch eine der wenigen strittigen Fragen der Wiener Verhandlungen, aber ein Kompromiß wird allgemein als wahrscheinlich angesehen. Doch wird man es der Sowjetunion nicht verwehren können, das Thema zu einem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt bei den möglicherweise noch in diesem Jahr beginnenden Hauptverhandlungen zur Sprache zu bringen. Deswegen darf die westliche Einigung in dieser Frage nicht zu lange auf sich warten lassen.

Das Ergebnis der bisherigen Überlegungen ist:

— Es geht bei den Verhandlungen über konventionelle Abrüstung nicht nur um konventionelle, sondern zugleich um atomare Waffen.

— Die Logik ebenso wie praktische Überlegungen verbieten es, das Kriterium „konventionelle Stabilität“ für die Notwendigkeit oder die Verzichtbarkeit atomarer Waffen auf einen bestimmten Raum zu beschränken.

— Die Frage nach der Einbeziehung der nuklearen Systeme bis 500 km Reichweite in den Abrüstungsprozeß wird konkret und definitiv erst in einem Gesamtkonzept beantwortet werden, das auch eine Entscheidung über die Modernisierung dieser Systeme enthält.

Die Auswirkungen von konventionellem Gleichgewicht und „struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit“

Die Frage ist noch nicht beantwortet, welche Auswirkungen ein erfolgreicher Abschluß der konventionellen Abrüstungsverhandlungen auf Substanz, Struktur und Strategie der nuklearen Waffen haben könnte, ob man ganz oder teilweise auf sie verzichten und/oder ihre Funktion verändern könnte. Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, zu fragen, wie das wünschenswerte Ergebnis dieser Verhandlungen theoretisch aussehen könnte.

Als Ziel der konventionellen Abrüstungsverhandlungen haben die NATO-Regierungschefs auf ihrer Tagung in Brüssel am 2./3. März 1988 die „Herstellung eines sicheren und stabilen Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte auf niedrigem Niveau“ bezeichnet. Dies soll vor allem durch die „Beseitigung von Ungleichgewichten, die sich nachteilig auf Sicherheit und Stabilität auswirken“ und durch die „Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive“ erreicht werden. Weiter heißt es: „Das konventionelle Ungleichgewicht zu Gunsten des Warschauer Paktes ist nicht der einzige Grund für die Präsenz nuklearer Waffen in Europa.“

Das bedeutet: Auch wenn das von ihnen proklamierte Ziel bei den Verhandlungen in Wien erreicht sein sollte, halten die NATO-Regierungschefs nukleare Waffen nach wie vor für erforderlich. Sie können sich in dieser Überzeugung auf die geschichtliche Erfahrung berufen, daß ein Gleichgewicht der (konventionellen) Kräfte in den ungezählten Fällen, in denen Staaten Krieg gegeneinander geführt haben, entweder nie oder niemals über einen ausreichend langen Zeitraum existiert hat oder jedenfalls als solches von den Beteiligten nicht wahrgenommen wurde. Ja, es läßt sich nachweisen, daß in vielen Fällen sogar der an sich Unterlegene in der Annahme einer ihn augenblicklich begünstigenden Situation einen Krieg vom Zaun gebrochen hat in der Hoffnung, diesen durch überraschende und schnelle Schläge siegreich zu beenden, bevor der Gegner seine Kräfte gesammelt hat. Das ist ebenso die Grundstruktur der Überlegungen Hitlers wie in jüngster Zeit die des Irak beim Ausbruch des Golfkrieges gewesen.

Konventionelles Gleichgewicht, Stabilität, jede Art von militärischer Konstellation sind Phänomene, bei denen es entscheidend auf die Wahrnehmung durch den Gegner ankommt. Als subjektive Wahrnehmung, die nicht allein durch objektive Gegebenheiten bestimmt ist, sondern ebenso durch die Art der Wahrnehmung, durch Wahrnehmungsfehler sowie durch den Willen, die immer interpretierte,

gedeutete Wirklichkeit ist, ist diese labil, Veränderungen und Irrtümern ausgesetzt. Das gleiche gilt natürlich für die objektive Seite, selbst wenn das Gleichgewicht das Ergebnis abrüstungspolitischer Vereinbarungen ist und kontrolliert wird.

Wie überall, so gibt es auch gerade in der Waffenentwicklung keinen Stillstand. Schon im innerstaatlichen und zivilen Bereich der Technologie ist es bisher nicht gelungen, unerwünschte Entwicklungen zu kontrollieren. Zwischenstaatliche Rüstungskontrolle steht vor einer noch sehr viel schwierigeren Aufgabe. Stabil heißt nicht statisch, jedes Gleichgewicht zwischen Gesellschaften ist labil, es wird durch Bewegung aufrechterhalten. Eine Veränderung kann sich übrigens auch dadurch ergeben, daß eine Seite das vereinbarte Niveau des konventionellen Gleichgewichts nicht mehr aufrechterhalten kann oder will, oder eine Seite glaubt, das Gleichgewicht habe sich zu Gunsten des Gegners etwa dadurch verändert, daß er Bundesgenossen hinzugewonnen hat. Die denkbaren Fälle ließen sich beliebig fortsetzen.

Die NATO-Regierungschefs haben also die historische Erfahrung wie die Erkenntnisse logischen Durchdenkens auf ihrer Seite, wenn sie konventionelles Gleichgewicht nicht als ausreichenden Grund für einen Verzicht auf atomare Abschreckung ansehen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat vor allem die SPD die Idee der „strukturellen Nicht-Angriffsfähigkeit“ entwickelt und hierzu einen Beschluß auf ihrem Nürnberger Parteitag vom 25.–29. August 1986 gefaßt. Die Einführung dieses Begriffes kann als der Versuch verstanden werden, der konventionellen Stabilität ein objektives Korsett zu verpassen, die schwankende Unsicherheit der subjektiven Wahrnehmung durch eine Sicherheit zu beenden, die ebenso zwingend ist wie die Wahrnehmung von der Wirkung atomarer Waffen, die dann überflüssig würden. Daher ist es das „Ziel der SPD . . . die schrittweise Schaffung eines von Atomwaffen freien Europas“ (zit. nach: Unser Weg zu Abrüstung und Frieden. Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Parteitag in Nürnberg). Voraussetzung dafür ist, wie es an anderer Stelle des Parteitagbeschlusses heißt, daß „Struktur und Bewaffnung der NATO-Streitkräfte . . . unverwechselbar der Verteidigung dienen“.

Es braucht an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen zu werden, wieso die NATO-Streitkräfte dieser Forderung insofern bereits entsprechen, als sie lediglich die Fähigkeit zum taktischen Gegenangriff besitzen, nicht aber zur raumgreifenden Offen-

sive wie die des Warschauer Paktes und daß zwischen beiden Arten von Angriff ein prinzipieller Unterschied besteht. Auch die Bereitschaft des SPD-Parteitag, der NATO diese Fähigkeit nötigenfalls durch einseitige Maßnahmen zu nehmen und weitere, im einzelnen beschriebene Umrüstungen vorzunehmen, um „strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit“ zu erzielen, ohne dies abhängig zu machen von gleichzeitigen Schritten des Warschauer Paktes, nur von der Hoffnung beflügelt, dieser werde dem guten Beispiel folgen, soll an dieser Stelle nicht näher kommentiert werden, so problematisch — vorsichtig formuliert — sie auch ist. Der Nürnberger Parteitagbeschuß hat auch Kritiker in den eigenen Reihen der SPD gefunden wie z. B. Karsten Voigt (Europa-Archiv, 14/87). Es genügt, auf das geschichtliche Beispiel der Maginot-Linie hinzuweisen, um die Unsinnigkeit einer solchen asymmetrischen Konstellation von reiner Verteidigungsstrategie und -struktur einerseits und hochmobiler Offensivität andererseits aufzuzeigen. Aber wäre es denn vorstellbar und wünschenswert, daß beide Seiten eine moderne Maginot-Linie errichteten? Eben das bedeutete „strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit“ in letzter Konsequenz, und es ist ein probates Mittel zur Prüfung der Tragfähigkeit eines Gedankens, ihn bis zur letzten Konsequenz zu Ende zu denken.

„Strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit“ bedeutet, die Mobilität der Streitkräfte so zu beschneiden, daß sie ausschließlich auf dem eigenen Territorium einsatzfähig sind. Das hat die Gefechtsführung genau dort zur Folge. Auch muß die Einwirkung auf das Territorium des Gegners durch weiterreichende Waffen auf seine vorderste Linie beschränkt werden. In diese Richtung zielen die Vorschläge der Verfechter „struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit“.

Um Chancen und Grenzen dieser Idee zu werten, muß man sich bewußt machen, daß die heutige Bewaffnung entsprechend der allgemein technolo-

gischen Entwicklung geradezu eine gegenteilige Struktur und Tendenz aufweist: Mobilität, Schnelligkeit und Reichweite nehmen ständig zu. Zudem ist fast jede neuere Waffenentwicklung sowohl zur Verteidigung als auch zum Angriff brauchbar. Ihre tatsächliche Verwendung hängt im wesentlichen von der Strategie ab, in deren Rahmen sie eingesetzt ist. Das hat gerade die Diskussion um SDI gezeigt. Die strategische Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten hat von der grundsätzlichen Idee her eine nicht zu übersehende Ähnlichkeit mit dem Gedanken „struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit“, obwohl die Verfechter der letzteren alle entschiedene Gegner von SDI sind. In beiden Fällen geht es darum, durch militärtechnische Maßnahmen die Kriegsführungsmöglichkeit zu bannen und die atomare Abschreckung zu überwinden. Natürlich gibt es Unterschiede; aber gemeinsam ist beiden die Überzeugung, durch konventionelle bzw. technologisch neuartige Waffen die atomaren Waffen obsolet machen zu können: in dem einen Fall, indem beide Seiten nicht angreifen können, in dem anderen dadurch, daß sie nicht angegriffen werden können. In je eigener Verkleidung ist es derselbe Traum mit der von ihm ausgehenden suggestiven Kraft.

Der letzte Realitätsgehalt der „strukturellen Nicht-Angriffsfähigkeit“ wird durch die Vorstellung erhellt, welche Überlegungen sich zwangsläufig einstellen, wenn das Ziel absoluter Nicht-Angriffsfähigkeit auf beiden Seiten entgegen aller Wahrscheinlichkeit als tatsächlich gegeben imaginiert würde, das heißt, wenn beide Seiten von der Möglichkeit überzeugt wären und sie auch verwirklichen wollten. Es würde sich dann die Frage aufdrängen, wozu man denn überhaupt noch kostspielige Streitkräfte unterhalten solle: Wer weder angreifen will noch angegriffen werden kann, der kann nicht nur auf atomare Waffen zur Abschreckung eines Angriffes verzichten, sondern die Waffen überhaupt aus der Hand legen.

Der Frieden muß auf politischem Willen und militärischen Strukturen beruhen

Diese natürlich überspitzte Schlußfolgerung aus der Idee „struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit“ soll lediglich deutlich machen, daß utopische Erwartungen an abrüstungspolitische Konzepte nicht gestellt werden dürfen. Umrüstungen können immer nur in begrenztem Maße Angriffsfähigkeit mindern und ausschließliche Verteidigungsfähigkeit bewirken. Der Frieden läßt sich nicht durch Technik erzwingen. Der politische Wille, Waffen, die so gut zum

Angriff wie zur Verteidigung dienen können, nur zur Verteidigung zu nutzen, muß hinzukommen. Das heißt: Die Streitkräfte müssen im Rahmen einer Strategie eingesetzt sein, die der Verteidigung dient.

Natürlich ist es nicht damit getan, auf die eigene friedliebende Natur und friedlichen Absichten hinzuweisen und zu behaupten, daraus ergebe sich

auch der reine Verteidigungscharakter der eigenen Militärdoktrin und -strategie, wie das der Warschauer Pakt in seiner Berliner Erklärung vom 29. Mai 1987 getan hat. Diese Behauptung steht sowohl im Widerspruch zur militärischen „hardware“ des Warschauer Paktes als auch zu anderen Aussagen desselben Dokumentes. Darauf wird noch kurz einzugehen sein. Deshalb zielt auch das Konzept der Bundesregierung zur konventionellen Abrüstung auf die Strukturelemente der Warschauer-Pakt-Streitkräfte. Eine Verständigung über friedliche Absichten ist wohlfeil, so lange diese sich nicht niederschlagen im militärischen Vermögen. Wer bereit ist, seine militärischen Fähigkeiten im wesentlichen auf Verteidigung umzustellen, wird auch bereit sein, seine Strategie umzustellen.

Wesentliche Elemente des deutschen Konzeptes sind daher das Prinzip gleicher Höchststärken, was in allen entscheidenden Waffenkategorien eine stark asymmetrische Abrüstung des Ostens zur Folge haben müßte, eine regionale Untergliederung des Gesamttraumes zwischen Atlantik und Ural, um den zum Teil stark unterschiedlichen regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen, eine Konzentration auf die den Kern von Invasionsfähigkeit ausmachenden Gerätekategorien und eine Kombination von Reduzierung, Re-Dislozierung und Präsenzverminderung, um vor allem die im Vergleich zur NATO sehr viel schnellere Aufwuchsgeschwindigkeit der Warschauer-Pakt-Streitkräfte im Krisenfall zu vermindern. Daneben sind

begleitende Maßnahmen vorgesehen, die eine Umgehung erschweren und die umfassende und genaue Verifikation der genannten Schritte überwachen und garantieren sollen.

Die Annahme dieser Vorschläge würde die Fähigkeit des Warschauer Paktes zur raumgreifenden Offensive und zum Überraschungsangriff in entscheidender Weise herabsetzen. Sie setzt auf östlicher Seite die Bereitschaft zur Änderung der geltenden Strategie voraus. Ein solches Ergebnis der Wiener Verhandlungen — gewiß nicht in kurzer Zeit erreichbar — hätte natürlich auch Auswirkungen auf Struktur und Zahl der atomaren Waffen und die Strategie, der sie dienen. Alles, was sich heute zu dieser Frage sagen läßt, ist notwendigerweise spekulativ. Vorstellbar ist jedoch eine drastische Reduzierung der atomaren Waffen in Europa schon, vor allem dann, wenn die strategischen atomaren Systeme der USA und der Sowjetunion zunächst — wie vorgesehen — um 50 Prozent und später vielleicht noch darüber hinaus reduziert werden. Eine solche Lage hätte natürlich auch Bedeutung für den Stellenwert der britischen und vor allem der französischen Nuklearsysteme, die an relativer Bedeutung gewinnen. Sie könnten dann sehr wohl komplementär zu dem amerikanischen Nuklearschirm — eindeutiger und direkter, als das bislang der Fall ist — eine europäische Rolle übernehmen. Die kürzlich geäußerten Überlegungen des französischen Präsidenten Mitterrand zur Nuklearstrategie könnten sich in einer solchen Situation als realistisch erweisen.

Die Aussichten auf einen Erfolg der KRK

Der sowjetische Verteidigungsminister Jazov hat mehrfach, zuletzt in einem ausführlichen Prawda-Artikel vom 8. Februar 1988, behauptet, es gebe in einzelnen Bereichen bei den konventionellen Streitkräften Ungleichgewichte zwischen Ost und West. Die eine Seite habe hier, die andere dort einen Vorsprung, „aufs Ganze aber gibt es eine ungefähre Parität bei den konventionellen Waffen“. Die Sichtweise der NATO ist bekanntlich eine ganz andere. Nicht nur, daß es bei den für eine raumgreifende Offensive entscheidenden Großgeräten wie Panzer, Schützenpanzer und Artillerie eine zum Teil sogar von der Sowjetunion nicht bestrittene gewaltige Überlegenheit des Ostens gibt. Auch die gesamte Struktur, ihre Dislozierung sowie die Manöver und Ausbildung der Warschauer-Pakt-Streitkräfte lassen erkennen, daß die sowjetische Strategie offensiv und infolgedessen auf Überlegenheit angewiesen ist. Sie steigert daher notwen-

digerweise und bis zu einem gewissen Grade unabhängig vom Streit über Zahlen in einzelnen Bereichen und deren qualitative Gewichtung die Bedrohungsverstellung des Westens.

Daß sich an der sowjetischen Strategie trotz gegenteiliger Behauptungen bislang nichts geändert hat, belegt eine höchst aufschlußreiche, wiederum von Jazov verfaßte Broschüre, die im Herbst vergangenen Jahres in Moskau erschien („Auf Wacht für den Sozialismus und den Frieden“). In ihr führt der sowjetische Verteidigungsminister aus, daß die „Nicht-Zulassung des Krieges — sowohl eines nuklearen als auch eines konventionellen —“ Aufgabe der sowjetischen Militär-Doktrin sei. Die Militär-Doktrin der Sowjetunion sei also defensiv. Da aber die Möglichkeit einer Aggression durch die NATO bestehe, müsse eine Verteidigungsbereitschaft der Streitkräfte aufrechterhalten werden, die es erlaube, dem Aggressor eine „vernichtende Ab-

fuhr“ zu erteilen. Es müsse mit der „Möglichkeit der Entfesselung sowohl eines nuklearen als auch eines konventionellen Krieges“ gerechnet werden. Ein Nuklearkrieg sei nicht auf einen Schauplatz zu begrenzen, sondern sei global. „Unabhängig von den Mitteln, die der Aggressor einsetzt“, müßten die Streitkräfte einen Angriff abwehren können und „zu Handlungen sowohl in einem nuklearen als auch in einem konventionellen Krieg“ bereit sein.

Jazov hält also das Postulat der Führbarkeit eines Nuklearkrieges aufrecht: „Als Hauptart der Kriegshandlungen bei der Abwehr einer Aggression betrachtet die sowjetische Militärdoktrin die Verteidigung.“ Sie müsse zuverlässig und aktiv sein und dürfe „einen Verlust des Territoriums nicht zulassen“. „Allein mittels Verteidigung ist es jedoch nicht möglich, den Aggressor zu zerschlagen, daher müssen die Truppen- und Flottenkräfte nach der Abwehr des Angriffes fähig sein, einen entschlossenen Angriff zu führen.“ Es sei jedoch eine Verfälschung durch die westliche Propaganda, von dieser Fähigkeit her auf den Offensivcharakter der sowjetischen Doktrin zu schließen. Die technische Ausrüstung der Streitkräfte sei durch die Interessen der Verteidigung bestimmt, die „aufgezwungenen, antwortenden Charakter“ hätten. Die Ausstattung der Streitkräfte entspreche dem Prinzip der Hinlänglichkeit.

Die Botschaft Jazovs ist klar: Strategie und Struktur der sowjetischen Streitkräfte sind entsprechend der Forderung der Doktrin defensiv. Dieser Charakter ergibt sich aus der Motivation der Kampfhandlungen, nicht aus ihrer Art. Diese Behauptung steht in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu dem Kriegsziel, den Angreifer zu „zerschlagen“ oder – wie es auch in der Berliner Erklärung heißt – ihm eine „vernichtende Abfuhr“ zu erteilen. Jazov kann sich somit auf die höchste politische Autorität des Warschauer Paktes berufen. Da ein Verlust des eigenen Territoriums nicht zugelassen werden soll, kann natürlich das Ziel der Zerschlagung des Gegners nur auf dessen eigenem Gebiet stattfinden. Das Prinzip der Hinlänglichkeit, von dem ebenfalls in der Berliner Erklärung die Rede ist, hat im Lichte dieser Zielsetzung natürlich eine ganz andere Bedeutung, als wenn ausschließlich Verteidigungsoperationen erforderlich sind. Mit einem Satz: Die Forderung nach Sieg in der sowjetischen Doktrin hat notwendigerweise den Offensivcharakter der Strategie zur Folge. Das entsprechende Ziel der NATO-Doktrin ist hingegen nur, den Gegner von einem Angriff abzuschrecken oder die Integrität des Bündnisgebietes wieder herzustellen. Dementsprechend sind ihre Streitkräfte strukturiert, und nur dafür reichen sie hin. Doktrin und Strategie sind defensiv.

Bemerkenswerterweise gibt es in der Sowjetunion auch eine andere Sicht der eigenen Strategie, die aus einem Aufsatz hervorgeht, der im August 1987 unter den Namen von V. Larionov und A. Kokoshin, dem stellvertretenden Leiter des USA- und Kanada-Institutes, in der Zeitschrift MEMO erschien („Die Kursker Schlacht im Lichte der heutigen Verteidigungsdoktrin“). Larionov und Kokoshin gehen offensichtlich davon aus, daß der von der Berliner Erklärung geforderte Defensivcharakter der Strategie auf sowjetischer Seite noch nicht gegeben ist, denn sie sprechen von der „Realisierung des defensiven Charakters der Militärdoktrin“. Diese setze entsprechende Maßnahmen in all den Bereichen voraus, die auch das westliche Abrüstungskonzept anspreche und erfordere eine Verringerung der Streitkräfte „bis zur Grenze von vernünftiger Hinlänglichkeit“, was bedeutet, daß sie diese heute überschreitet. „Die bisher vorhandene Überzeugung, daß nur ein entschlossener Angriff zum Sieg führt“, wird von den Autoren zwar explizit nur für den Nuklearkrieg zurückgewiesen, aus dem Gesamtzusammenhang ihrer Ausführungen geht jedoch unzweideutig hervor, daß sie für eine Defensivstrategie in jeder Art von Krieg eintreten.

Um die Bedeutung dieser Auseinandersetzung richtig einzuordnen und um die Chancen für einen Erfolg der konventionellen Abrüstungsverhandlungen abzuschätzen, muß man sich darüber im klaren sein, was es für die Sowjetunion bedeutete, wenn sie ihre militärische Überlegenheit in Europa aufgäbe. Diese hat für sie immer die politische Funktion gehabt, ihre geo-strategisch bedingte globale Unterlegenheit durch eine regional-strategische Überlegenheit in Europa auszugleichen. Neben der Parität bei den strategischen Waffen macht diese Position in Europa gewissermaßen die Hälfte der sowjetischen Weltmachtrolle aus, die – was man nicht übersehen darf – nur auf dem Militärischen beruht. Das Prinzip gleicher Sicherheit in Zukunft für Europa anzuerkennen und zu praktizieren, setzt also die Bereitschaft der Sowjetunion voraus, ihre Weltmachtrolle und ihre europäische Rolle bzw. das Verhältnis zwischen diesen beiden Rollen neu zu bedenken und zu gestalten. Übrigens müßte das auch im Westen entsprechende Überlegungen zur Folge haben.

Unverkennbar gibt es Gründe für die sowjetische Führung, einen solchen Prozeß einzuleiten. Es reicht auf Dauer nicht, nur eine Militärmacht zu sein, um eine moderne Weltmacht zu sein. Wirtschaftlich-technologische Potenz wird immer wichtiger. Wenn es der Sowjetunion nicht gelingt, ihre Leistungskraft auf diesem Felde zu steigern, läuft sie Gefahr, auch ihre militärische Stärke auf Dauer

nicht aufrechterhalten zu können. Die gewaltigen Rüstungslasten drücken, zumal diese, gemessen am Bruttosozialprodukt, 2,5—3mal höher sind als die der USA, und das sowjetische Bruttosozialprodukt zudem um etwa die Hälfte geringer ist als das amerikanische. Doch auch den Westen bedrückt die finanzielle Last. Die USA sind hoch verschuldet, nicht zuletzt wegen ihrer hohen Rüstungsausgaben in den vergangenen acht Jahren. Die Bundeswehr hat Probleme mit der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Zudem wächst der Druck der öffentlichen Meinung.

So ist die Versuchung für die Sowjetunion nicht gering, ihre derzeitige Überlegenheit in Europa auf niedrigerem Niveau mit geringeren Kosten und mit

anderen Mitteln, das heißt mit denen der Abrüstung, einer geschmeidigeren Diplomatie und der Beeinflussung der öffentlichen Meinung des Westens perpetuieren zu wollen.

Ob die Sowjetunion sich für diese oder die andere Option wirklich gleicher Sicherheit in Europa entscheidet, hängt nicht nur von ihr ab, sondern ebenso davon, ob der Westen eine konstruktive, schöpferische Antwort auf die Herausforderung des sowjetischen Wandels findet, ob er Festigkeit mit Bereitschaft zum Entgegenkommen zu verbinden vermag und vor allem davon, ob es den Europäern gelingt, ihre Kräfte — ihre politischen wie ihre militärischen — zu vereinen.

Konventionelle Stabilisierung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

Ein systematischer Vergleich verschiedener Konzepte

I. Einleitung: Konventionelle Stabilisierung als Lernprozeß

Die doppelte Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen kann den Weg öffnen zu einer grundlegenden Veränderung der militärischen Beziehungen in Europa in Richtung auf die Entmilitarisierung des Ost-West-Konfliktes. Die nächste große Aufgabe wird dabei die Herstellung *konventioneller Stabilität* in Europa sein. Dabei geht es darum, die Streitkräfte von NATO und Warschauer Vertrag so umzustrukturieren, daß sie zwar der militärischen Abhaltung dienen, aber nach Organisation, Struktur, Bewaffnung und Strategie erkennbar zu einer militärischen Aggression unfähig sind. Eine solche „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ auf beiden Seiten würde auch die politischen Beziehungen in Europa auf eine neue Grundlage stellen.

Konventionelle Stabilisierung in Europa stößt auf folgenden Widerspruch: Beide Seiten haben inzwischen gelernt, sich nicht mehr gegenseitig Angriffsabsichten zu unterstellen. Dies dürfte die wichtigste Veränderung im Vergleich zu den fünfziger und wohl auch noch den sechziger Jahren im militärischen Denken in Ost und West sein. Wenn aber die Kriegsgefahr aufgrund von Aggressions- und Gewinnabsichten heute beiderseitig als gering eingestuft wird, dann muß die Aufmerksamkeit zwangsläufig der Reduzierung des Kriegsrisikos aufgrund von (ungewollten) Eskalationsprozessen gelten. Das Paradoxe der heutigen Situation liegt darin, daß dieser Lernprozeß zwar in der deklaratorischen Politik von NATO und Warschauer Vertragsorganisation (WVO) zum Ausdruck kommt, die Organisation ihrer jeweiligen Militärpotentiale davon aber praktisch unberührt geblieben ist. Nach wie vor stehen sich in Europa zwei konventionell (und – trotz doppelter Null-Lösung – nuklear) hochgerüstete Blöcke gegenüber, deren Militärpotentiale auf die Abwehr eines Angriffs aus Gewinnabsicht hin optimiert sind. Beide Seiten – die NATO weniger, die WVO mehr – unterhalten darüber hinaus Verbände, die zu (gegen-) offensiven Operationen geeignet sind. Die Folge ist ein Teufelskreis: Man versichert sich gegenseitig, keinen Angriff zu beabsichtigen, rüstet aber so, daß Bedrohtheitsvorstellungen entstehen können.

An dieser Stelle setzt die Diskussion um konventionelle Stabilisierung und „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ politisch an. Ginge es lediglich um eine Effizienzsteigerung der Verteidigung, dann könnte man diese Debatte getrost den Panzerzählern unter den Militärs, Strategieexperten und Friedensforschern überlassen. Denn wichtiger als alle Details militärischer Planung ist allemal die Veränderung des politischen Ost-West-Verhältnisses. Damit der militärische Faktor aber nicht weiter dominiert, muß er eingehegt werden. Entmilitarisierung der Beziehungen in Europa und Repolitisierung des Ost-West-Konfliktes sind deshalb zwei Seiten der gleichen Medaille. Christian Potyka hat in diesem Zusammenhang eine Rüstungskontrolle als Zivilisationsprozeß beschrieben, in dem beide Seiten gewaltfreie Konfliktaustragung allmählich lernen. Um einen solchen Lernprozeß handelt es sich auch bei der Diskussion um „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“. Schon die Debatte selbst verändert Einstellungen und Perzeptionen, sie zivilisiert. Dabei geht es um folgende Probleme:

- Entwicklung gemeinsamer Kriterien für die Streitkräfteplanung;
- Kommunikation und Veränderung von Bedrohtheitsvorstellungen;
- Orientierung des militärischen Bedarfs am Prinzip der Hinlänglichkeit statt am schlimmsten Fall;
- schließlich Veränderung dessen, was Hinlänglichkeit meint, wenn sich beide Seiten an diesem Prinzip orientieren.

Der folgende Vergleich verschiedener Konzepte und Modelle, die unter dem Stichwort „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ gehandelt werden, steht in diesem Kontext der Organisation konventioneller Stabilisierung als politischem Lernprozeß zwischen Ost und West. Dazu werden nach einer Kurzcharakterisierung der Modelle Kriterien konventioneller Stabilisierung entwickelt, anhand derer die einzelnen Konzepte anschließend miteinander verglichen werden können.

II. Alternative Verteidigungskonzepte

Im Gegensatz zur geltenden NATO-Strategie ist den Alternativ-Konzepten ein Charakteristikum gemeinsam: Alle hier vorgestellten Modelle verzichten auf landgestützte Nuklearwaffen. Die atomare Komponente wird auf eine seegestützte Minimalabschreckung reduziert. Die militärische Rolle von Nuklearwaffen wird drastisch vermindert und auf eine gesicherte Vergeltungsfähigkeit gegen Nuklearwaffeneinsätze des Gegners beschränkt. Gleichzeitig soll auf die Drohung mit dem nuklearen Ersteinsatz verzichtet werden, wobei diese Politik im Hinblick auf den Gefechtsfeldeinsatz implementiert wird. Lediglich Horst Afheldt will den Einsatz von Nuklearwaffen als letztes, verzweifeltes Signal nicht völlig ausschließen.

Was die Struktur und Zusammensetzung der konventionellen Komponente angeht, so unterscheiden sich die einzelnen Konzepte allerdings zum Teil drastisch.

1. „Raumdeckende Verteidigung“ (Jochen Löser)

Das Grundprinzip des Modells von Jochen Löser besteht in einer Kombination aus eher statischen infanteristischen und Sperrverbänden mit hoher Feuerkraft („Schildkräfte“) und herkömmlichen beweglichen und schwer gepanzerten Verbänden („Schwertkräfte“). Das Verhältnis der infanteristischen zu den gepanzerten Verbänden beträgt 1 : 1. An der Grenze wird in einem 40 bis 60 km breiten Streifen mittels vorbereiteter Sperren und feuerstarker Jagdbrigaden eher statisch verteidigt, um den Gegner abzunutzen und Konzentrationen zu verhindern. Dazwischen und dahinter (in der „Raumverteidigungs-Zone“) führen herkömmliche mechanisierte Verbände Gegenangriffe zur Wiedergewinnung verlorengangenen Territoriums durch. Der rückwärtige Raum soll durch milizähnliche Heimatschutzverbände in Verbindung mit umfangreichen Zivilschutz-Einrichtungen gesichert werden. Löser sieht ausdrücklich Gegenangriffe auf gegnerisches Territorium vor, und zwar sowohl durch Waffenwirkung (100 km) als auch durch Landstreitkräfte (40 km).

2. „Integrierte Vorne-Verteidigung“ (Albrecht C. von Müller)

Auch dieses Konzept beruht auf der Kombination von leichter Infanterie und schweren gepanzerten Verbänden, allerdings ist der Anteil der letzteren im Vergleich zu den Vorstellungen von Löser erheblich reduziert. An der Grenze befindet sich ein 5 km breiter „Feuer- und Sperrgürtel“ mit einem Sensornetz, Minen und intelligenter (zielgenauer) Pas-

sivmunition. Dahinter kämpft leichte Infanterie mit Panzer- und Fliegerabwehrwaffen in einem 25 km breiten „Fangnetz“. Die in einem daran anschließenden 60km-Streifen stationierten gepanzerten Verbände haben die Funktion, durchgebrochene Einheiten des Gegners zu bekämpfen und an den Hauptangriffsachsen zu verteidigen. Sollte der Angriff des Gegners im „Fangnetz“ zum Stillstand gekommen sein, schließt von Müller Gegenangriffe auf WVO-Territorium auch mit Heeresverbänden nicht aus. Außerdem wirken die Waffen des „Feuergürtels“ ca. 40 bis 60 km in gegnerisches Territorium hinein.

3. „Bundeswehrstruktur der 90er Jahre“ (Andreas von Bülow)

Ein weiteres Mischkonzept wurde von Andreas von Bülow vorgelegt. Allerdings ist das Verhältnis von infanteristischen zu gepanzerten Verbänden gegenüber Lösers Vorschlag erheblich reduziert (ungefähr 1 : 2,3 nach dem Personalumfang). Auch von Bülows Modell enthält eine vordere Verteidigungszone (40 bis 60 km), in der leichte Infanterie, ins Gelände eingegraben, mit Panzer- und Luftabwehrwaffen kämpft. Sie wird ergänzt durch bewegliche und gepanzerte Verbände herkömmlichen Typs, die zu einem geringeren Teil vor, in der Mehrheit hinter der vorderen Verteidigungszone stationiert sind. Ihnen kommen die gleichen Funktionen wie in den Konzepten Lösers und von Müllers zu. Auch von Bülow schließt Gegenangriffe auf WVO-Territorium nicht aus. Waffenwirkung jenseits der Landesgrenze durch Luftwaffe und Heeresartillerie ist auf 50 bis 100 km Tiefe vorgesehen. Von Bülow bezeichnet sein Konzept als Übergangsmodell. Die beweglichen Verbände könnten um so eher verhindert werden, je mehr auch die WVO ihre Streitkräftestrukturen verändere.

4. „Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik“ (SAS)

Das Modell der „Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik“ ist dasjenige Mischkonzept, das am meisten auf bewegliche und insbesondere schwergepanzerte Einheiten verzichtet (Verhältnis bewegliche zu reaktiven Verbänden 1 : 3,9, bezogen auf den Personalumfang). Das Hauptgewicht der Verteidigung liegt auf eher statischen Verbänden der leichten Infanterie („Fangnetz“), die mittels Sperren und aus vorbereiteten Kampfständen heraus einem Angreifer die Initiative rauben und ihn verzögern sollen. Dabei haben „Module“ von je 28 Soldaten auf jeweils 60 km² (vorderer Teil des 80 km breiten „Fangnetzes“) bzw. acht km² (im rück-

wärtigen Teil) zu decken. Das „Fangnetz“ wird ergänzt und überlagert durch teils leichte, teils schwer gepanzerte und bewegliche Verbände („Feuerwehr“). Die leicht gepanzerten Einheiten sollen vor allem in bedecktem Gelände kämpfen, die schwer gepanzerten in offenem Gelände und zugleich verlorengegangenes Territorium zurückerobern. Die beweglichen Einheiten sind logistisch und informationell so stark auf die statischen „Module“ angewiesen, daß sie zu Operationen außerhalb des „Fangnetzes“ kaum in der Lage wären. Ergänzt wird das Verteidigungskonzept der SAS durch leichte Infanterie und bewegliche Jagdverbände zum Objekt- und Raumschutz in den hinteren Verteidigungszonen.

Das SAS-Modell verzichtet auf jede Waffenwirkung gegen gegnerisches Territorium, die Aufgaben der Luftverteidigung sind auf die Bekämpfung eingedrungener Flugzeuge und Raketen mittels bodengestützter Luftabwehr und leichter Jagdflugzeuge reduziert.

5. „Verteidigungswall“ (Norbert Hannig)

Dieses Konzept verzichtet völlig auf bewegliche Elemente der Verteidigung. Es handelt sich um ein rein reaktives, statisches Modell konventioneller Feuersperren, die mit passiver und aktiver Munition ausgerüstet sind. Bewegung soll durch Feuerkraft ersetzt werden. Das Grenzgelände wird in einer 4km-Zone durch passive Munition (Minen u. a.) gesperrt. In diese Zone wirken zusätzlich aktive Lenk Waffen hinein, die von im Gelände eingegrabenen Infanterie-Kampfwagen und von Artillerie-Raketenwerfern aus abgeschossen werden. Die Artillerie-Raketen haben 20,5 und 200 km Reichweite, die Lenk Waffen der Infanterie zwischen 50 und 6000 m. Die Raketenwerfer sind entsprechend ihrer Reichweite von der Grenze entfernt disloziert. Sie decken nicht nur die Grenzzone mit Feuer ab, sondern sie sollen auch den dahinterliegenden Raum verteidigen (Prinzip sich überlappende Kreise). Im Mobilmachungsfall graben sich die Infanterie-Kampfwagen an vorgeplanten Stellen ein, so daß ein tiefgestaffeltes System von Feldunter-

ständen und Bunkern entsteht. Laut Hannig soll die Zivilbevölkerung zur gleichen Zeit aus den grenznahen Gefechtsgebieten evakuiert werden.

Hannigs Konzept zeichnet sich durch den völligen Verzicht auf Kampfpanzer, Jagdbomber und Bomber aus; die Luftverteidigung ist reduziert auf Boden-Luft-Abwehr, leichte Jagdflugzeuge sowie Aufklärung. In den neuesten Versionen des Konzeptes scheint Hannig auch auf jede Waffenwirkung in das gegnerische Hinterland hinein verzichten zu wollen, hierzu liegen allerdings widersprüchliche Aussagen vor.

6. „Technokommandos“ (Horst Afheldt)

Dieses in der öffentlichen Debatte wohl am häufigsten zitierte Konzept einer reaktiven und statischen Raumverteidigung beruht auf drei sich überlappenden Netzen von leichter Infanterie (Jägerkommando), Raketenartillerie kurzer und mittlerer Reichweite sowie von Informations- und Führungssystemen. Sie sind gleichmäßig über die gesamte Bundesrepublik verteilt, auf bewegliche und gepanzerte Verbände wird im Zielmodell Afheldts verzichtet. Das Netz der Jägerkommandos verfügt über Panzerabwehr- und einfache Artillerieraketen zum Verschießen von Minen, Sprenggeschossen, Mörsern, Sperrmaterial u. ä.. Die Jägerzüge (ca. 25 Mann) bewegen sich in einem Operationsgebiet von 10 bis 15 km² mit einer Verdichtung im grenznahen Raum. Sie sollen die angreifenden Verbände abnutzen. Das Netz der Raketenartillerie verfügt über Kurzstreckenraketen zum Verschießen von Minen und anderer Munition sowie über Präzisionsartillerieraketen mittlerer Reichweite (20 bis 80 km). Dieses Netz beginnt 20 km hinter der Grenze und soll vor allem gegnerische Kräftekonzentrationen bekämpfen.

Horst Afheldt verzichtet in seinem Konzept auf Luftstreitkräfte; deren Aufgaben werden von dem Netz der Raketenartillerie und dem Informations- und Führungsnetz übernommen. Neben diesem Zielmodell hat Afheldt ein „Übergangskonzept“ entwickelt, das demjenigen der SAS ähnelt.

III. Kriterien für konventionelle Stabilität

Die folgenden Kriterien stehen unter dem Primat der *Kriegsverhütung* und darüber hinaus der *Entmilitarisierung des Ost-West-Konfliktes*. Militärische Alternativstrategien — wie die zuvor kurz dargestellten — sind in erster Linie daraufhin zu beurteilen, inwieweit sie diesen Zielen entsprechen. Bemühungen, das militärische Ost-West-Verhältnis

durch Umrüstung zu entspannen, müssen deshalb von vornherein eingebettet werden in eine politisch-ökonomisch-militärische Gesamtstrategie zur Transformation des Ost-West-Konfliktes.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß es heute in Europa primär den Krieg zu verhindern gilt, der

aufgrund von Fehleinschätzungen und Eskalationsprozessen in der Krise entstehen könnte, obwohl alle Beteiligten aufgrund eher defensiver Motive handeln. Die Juli-Krise 1914 ist ein Beispiel für solche Prozesse, die ihre eigene Dynamik entwickeln und politisch außer Kontrolle geraten. Heute wird in diesem Zusammenhang häufig auf die Möglichkeit katalytischer Eskalation verwiesen, daß z. B. eine amerikanisch-sowjetische Konfrontation im Nahen und Mittleren Osten auf Europa übergreifen könnte. Wenn solche möglichen Entwicklungen aber das primäre Risiko einer Kriegsursache in Europa heute sind, dann gebührt den Stabilitätskriterien der Rüstungskontrolle — strategische und Krisenstabilität — der Vorrang vor Kriterien der Abhaltefähigkeit und Abschreckung. Streitkräftestrukturen sind also zunächst darauf hin zu beurteilen, ob sie eskalationshemmend wirken und erst in zweiter Linie danach, ob sie in der Lage sind, einen Angriff aus Gewinnabsicht abzuwehren. Wenn sich diese Umorientierung gegenüber den heute üblichen Bewertungskriterien in der NATO und WVO durchsetzen würde, bedeutete dies bereits einen Fortschritt in Richtung auf konventionelle Stabilisierung.

Im einzelnen lassen sich folgende Kriterien für die konventionelle Stabilität unterscheiden¹⁾:

1. Strategische Stabilität

Eine militärische Situation ist strategisch stabil, wenn keine Seite in der Lage ist, einen politischen oder militärischen Nutzen aus ihren militärischen Potentialen zu ziehen. Bei den konventionellen Streitkräften bedeutet dies, Strukturen zu schaffen, die die *Verteidigung begünstigen* und den *Angriff erschweren*. Es geht also um „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ in dem Sinne, daß keine Seite über Motiv und Fähigkeit zur Aggression verfügt, und zwar für den Gegner erkennbar. Strategische Stabilität bedeutet auch, daß die militärischen Potentiale für die andere Seite so wenig bedrohlich wie möglich strukturiert sein dürfen.

2. Krisenstabilität

Keine Seite darf sich ihre Position dadurch wesentlich verbessern können, daß sie in der Krise zuerst losschlägt. Es muß sich lohnen abzuwarten, ohne daß von den militärischen Mitteln her ein Druck auf ihren schnellen oder präemptiven Einsatz ausgeht. Die Streitkräftestruktur muß so beschaffen sein, daß Mobilisierungswettläufe in der Krise unterblei-

ben können. Auf der Seite des Verteidigers sollten darüber hinaus keine militärisch attraktiven Ziele vorhanden sein, die vom Gegner schnell und gegebenenfalls präemptiv ausgeschaltet werden können.

3. Stabilisierung der Rüstungsdynamik

Konventionelle Verteidigungsstrukturen sind dann einigermaßen stabil im Hinblick auf die Rüstungsdynamik, wenn die Kosten zusätzlicher Rüstung auf der an einer offensiven Strategie orientierten Seite deutlich höher sind als die entsprechenden Kompensationskosten bei der defensiv strukturierten Seite (Kosteneffektivitäts-Hypothese der Verteidigung). Darüber hinaus müssen die Streitkräftestrukturen rüstungskontrollverträglich sein im Sinne beiderseitiger militärischer Entspannung.

4. Abhaltefähigkeit

Ebenso wie der Krieg aufgrund von außer Kontrolle geratenden Eskalationsprozessen muß der Angriff aus Gewinnabsicht verhindert werden. Eine solche Aggression muß kalkuliert untragbar bleiben. Dabei müssen die konventionellen Streitkräfte in der Lage sein, die Erfolgsaussichten einer Aggression glaubwürdig zu verwehren. Dagegen ist die im engeren Sinne militärische Rolle von Nuklearwaffen zu reduzieren. Sie dürfen keine Funktion mehr in der Direktverteidigung haben. Ihre Aufgabe sollte es in Zukunft im wesentlichen sein, einen Nuklearwaffen-Einsatz des Gegners abzuschrecken (Kriterium: gesicherte Vergeltungsfähigkeit).

5. Bündnisverträglichkeit

An der multinationalen Struktur der vorne stationierten Verbände ist auf beiden Seiten festzuhalten. Alternativmodelle, die verbunden werden mit politischen Neutralisierungskonzepten — z. B. blockfreies Mitteleuropa —, bringen sich damit von vornherein um jede Realisierungschance. Das Kriterium der Bündnisverträglichkeit ergibt sich zuvorderst aus friedenspolitischen Überlegungen. Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in multilaterale sicherheitspolitische Strukturen bedeutet angesichts der Geschichte dieses Jahrhunderts einen Sicherheitsgewinn für alle europäischen Staaten und trägt somit zur politischen Stabilität in Europa bei. Die Forderung, die konventionelle Streitkräftestruktur müsse bündnisverträglich sein, ergibt sich auch aus Gründen der strategischen Stabilität — kein Staat kann allein angreifen — und der Abhaltefähigkeit — ein Angreifer hätte es von vornherein mit dem gesamten Bündnis zu tun. Daraus ergibt sich auch, daß die amerikanischen Truppen in Westeuropa erst dann drastisch reduziert werden können, wenn sich die sowjetischen Streitkräfte aus Osteuropa zurückziehen.

¹⁾ Zu den aus diesen Kriterien abgeleiteten rüstungskontrollpolitischen Optionen siehe Karsten D. Voigt, Von der nuklearen zur konventionellen Abrüstung — Kriterien konventioneller Stabilität und Möglichkeiten der Rüstungskontrolle, in: Europa-Archiv, (1987) 14, S. 409—418.

6. Schadensbegrenzung

Sollte ein Krieg trotz aller Anstrengungen nicht zu verhindern sein, muß das geschützt werden können, was verteidigt werden soll. Es darf weder einen Zwang zur schnellen Eskalation geben noch einen langen konventionellen Abnutzungskrieg. Da die beste Schadensbegrenzung die Verhinderung des Krieges ist, kommt der Schadensminimierung *im Krieg* eine nachrangige Bedeutung zu. Andererseits kann die Möglichkeit nicht völlig ausgeschlossen werden, daß die Kriegsverhütung scheitert.

7. Gesellschaftliche Verträglichkeit

Die Verteidigungsstruktur muß sich im Einklang mit den Normen einer demokratischen Gesellschaft befinden, weil nur das legitimerweise verteidigt werden kann, was auch schützenswert ist. Darüber hinaus ist darauf zu achten, daß die personellen und finanziellen Ressourcen nicht überproportional belastet werden, so daß die Durchführung weiterer Staatsaufgaben, die ebenfalls zur Sicherheit im weiteren Sinne beitragen, gewährleistet bleibt (Sozial-, Umwelt- und Bildungspolitik).

IV. Vergleich der Modelle alternativer Verteidigungskonzepte

Es werden nun die sechs Modelle, die für sich eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ reklamieren, anhand der genannten Kriterien miteinander verglichen:

- „raumgreifende Verteidigung“ (Jochen Löser);
- „integrierte Vorne-Verteidigung“ (Albrecht C. von Müller);
- „Bundeswehrstruktur der 90er Jahre“ (Andreas von Bülow);
- „Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik“ (SAS);
- „Verteidigungswall“ (Norbert Hannig);
- „Technokommandos“ (Horst Afheldt).

1. Strategische Stabilität

Das schwierigste Problem in diesem Zusammenhang ist die Bestimmung dessen, was eigentlich den defensiven Charakter eines Verteidigungskonzeptes ausmacht. Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, daß Defensivität oder Offensivität natürlich nicht Eigenschaften einzelner Waffensysteme sind, sondern sich aus der Gesamtstruktur eines Verteidigungskonzeptes ergeben, d. h. aus dem Zusammenwirken taktisch-operativer Grundsätze mit Optionen und vorhandenen Potentialen. Weiterhin ist so etwas wie „reine“ Defensivität kaum vorstellbar: Auch mit leichter Infanterie kann man notfalls bis Bonn bzw. auch bis Moskau vordringen, wenn der Gegner sich nur unzureichend verteidigt. Deshalb sollte besser von „eher defensiven“ oder „eher offensiven“ Verteidigungskonzepten gesprochen werden.

Damit sind die Schwierigkeiten aber noch nicht aus dem Weg geräumt. Zwar ist der Begriff „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ inzwischen fast in aller Munde, aber es wird kaum deutlich, was er eigentlich meint. Faßt man ihn sehr eng und versteht ihn als die Unfähigkeit zu jeder Form militärischer Aggression unabhängig von den Potentialen und Optionen des Gegners, dann ist keines der hier vorgestellten Modelle strukturell nichtangriffsfähig. Selbst die (eingegrabenen) Infanterie-Kampfwagen Hannigs könnten gegebenenfalls vorrücken (hätten u. U. allerdings logistische Probleme). Faßt man den Begriff dagegen sehr weit und versteht ihn als die Unfähigkeit zur dauerhaften Besetzung gegnerischen Territoriums, dann wären unter den gegenwärtigen Bedingungen beide Seiten dazu nicht in der Lage, da weder NATO noch WVO sich heute einen schnellen militärischen Erfolg ausrechnen können.

Nun ist diese Art der extremen Begriffsbestimmung absurd. Denn natürlich unterscheidet sich eine Streitkräftestruktur, die auf schnelle Angriffe gegen das Territorium des Gegners hin optimiert ist, drastisch von einem Konzept, bei dem die Waffen und/oder die Soldaten ortsfest bzw. nahezu unbeweglich disloziert sind und das Territorium der anderen Seite nicht erreichen können. Aber auch eine seriöse Debatte um „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ muß eine Reihe von Fragen klären: Heißt eindeutige Defensivität Verzicht auf bewegliche Verbände? Verzicht auf schwer gepanzerte Verbände? Verzicht auf Waffenwirkung in das gegnerische Hinterland? Diese Fragen können nicht abstrakt beantwortet werden. Ob ein Verteidigungskonzept als defensiv und nicht-bedrohlich gelten kann, hängt auch von der Wahrnehmung des Gegners ab. Was „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“

bedeutet, kann daher nicht einseitig, sondern nur im Einvernehmen mit der WVO festgelegt werden. Kriterien für Defensivität müssen deshalb gemeinsam im Ost-West-Dialog erarbeitet werden.

Statt eine abstrakte Debatte um „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ zu führen, wird hier ein anderer Weg beschritten und zunächst gefragt, unter welchen Bedingungen strategische Stabilität in Europa gewährleistet ist. Die strategische Lage kann dann als besonders instabil gelten, wenn beide Seiten über eine an raumgreifender Offensive orientierten Strategie und über die entsprechenden Optionen und Potentiale verfügen würden. Die defensiven Absichten hinter den offensiven Optionen wären nicht glaubwürdig zu erkennen. Beide Seiten hätten erhebliche Präemptionsanreize in der Krise. Ein permanenter Rüstungswettlauf wäre die Folge, um den Gegner die offensiven Optionen zu nehmen und die eigenen Angriffsfähigkeiten zu erhalten.

Diese Situation ist zum Glück z. Z. in Europa nicht gegeben. Nur die WVO verfügt über eine solche Offensivstrategie. Allerdings ist auch die NATO dabei, ihre gegen-offensiven Fähigkeiten im Rahmen von „Follow-On Forces Attack“ (FOFA) und anderen Plänen zu erweitern und ihre Optionen zur Bekämpfung militärischer Ziele im Hinterland der WVO zu konventionalisieren. Dieser Trend zur „Sowjetisierung“ der westlichen Militärstrategie entspricht nicht den Anforderungen an strategische Stabilität.

Auf der anderen Seite wäre strategische Stabilität in Europa am ehesten gewährleistet, wenn beide Seiten über rein reaktive Verteidigungsstrukturen verfügen. Dabei ist allerdings auch zu bedenken, daß ein Gegenmittel gegen leichte Infanterie z. B. im Sinne der Afheldtschen Jägerkommandos ebenfalls leichte Infanterie ist. Das heißt: Wenn *beide Seiten* lediglich noch über sogenannte „defensive“ Verbände und nicht mehr über Panzer verfügten, veränderten sich zugleich auch die Anforderungen an die Offensive. Diese Einschränkung sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der weitgehende Verzicht auf Bewegung und gepanzerte Verbände auf beiden Seiten in der Tat strategischer Stabilität förderlich wäre. Es geht nur darum, vor der Illusion zu warnen, daß sich politische Probleme rein militärisch lösen ließen.

Würde ein *einseitiger* Verzicht der NATO auf bewegliche und gepanzerte Verbände und eine einseitige Umrüstung in Richtung auf eher reaktive Strukturen die gesamtstrategische Stabilität in Europa erhöhen, auch wenn die östliche Seite ihre Vorwärtsstrategie beibehielte? Die Frage ist nur schwer zu beantworten. Einerseits würde ein solcher Schritt eine Zunahme politischer Stabilität be-

deuten, weil der nicht-bedrohliche Charakter der NATO deutlicher zum Ausdruck käme. Außerdem kann man plausibel argumentieren, daß strategische Stabilität im Sinne von „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ umso eher erreicht wird, je mehr auf bewegliche und gepanzerte Verbände verzichtet wird, die zum Einsatz auf gegnerischem Territorium besonders gut geeignet sind. Hier schneiden die Vorschläge Afheldts und Hannigs noch am besten ab.

Andererseits wäre die gesamtstrategische Lage in Europa nur dann stabilisiert, wenn die „Effizienz-Hypothese der Verteidigung“ in vollem Umfang zuträfe. Sie besagt, daß reaktive und eher statische Einheiten beweglichen Verbänden gegenüber im Vorteil sind. Es müßte also gezeigt werden, daß reaktive Konzepte wie diejenigen Afheldts und Hannigs auf der konventionellen Ebene der jetzigen NATO-Struktur an militärischer Wirksamkeit überlegen sind. Darin bestehen aber selbst bei den Befürwortern von Alternativ-Modellen Zweifel. Das zeigt sich schon daran, daß die meisten der hier untersuchten Konzepte Mischformen aus statischen und beweglichen Elementen darstellen.

Aber diese Mischkonzepte haben ihre eigenen Probleme im Hinblick auf strategische Stabilität. Denn es ist sehr fraglich, ob Mischkonzepte mit einem hohen Anteil beweglicher und gepanzelter Verbände überhaupt zur Vertrauensbildung beitragen können. Zumindest Jochen Lösers Konzept kann wohl kaum besondere Defensivität zugesprochen werden. Diese Reformvorschläge orientieren sich nicht vorrangig am Ziel der strategischen Stabilität. Aber auch die Konzepte von Bülow und von Müllers lassen Zweifel an ihrem nicht-bedrohlichen Charakter aufkommen, und zwar gerade dann, wenn sie ihre eigenen Effizienzpostulate erfüllen. Unter Umständen könnte der Gegner sie sogar als besonders bedrohlich wahrnehmen: Die Einheiten der leichten Infanterie mit hoher Feuerkraft bringen einen WVO-Angriff zum Stehen, die dahinter stationierten schweren Verbände holen dann zum Gegenangriff gegen einen geschwächten Aggressor und sein Territorium aus. Von Bülow und von Müller sehen diese Möglichkeit aus Abschreckungsgründen ausdrücklich vor. Sie argumentieren aber, daß die WVO solche Gegenangriffe nur nach *erfolgter* Aggression zu fürchten habe. Ein NATO-Angriff sei dagegen mit diesen Einheiten nicht durchzuführen.

Damit aber wird das Kriterium „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ auf die Unfähigkeit zur Aggression gegen einen vollgerüsteten Gegner reduziert. Gilt dies aber nicht schon heute für NATO und WVO gleichermaßen? Und wie sieht es mit der

Nicht-Bedrohlichkeit solcher Mischkonzepte aus, wenn ein Angriff nicht aus Gewinnabsichten erfolgt, sondern als Resultat außer Kontrolle geratener politischer Eskalationsprozesse? Als Fazit muß zumindest festgehalten werden, daß der defensive Charakter von Mischkonzepten, die sowohl aus eher statischen als auch aus herkömmlichen Verbänden bestehen (bei von Bülow sind immerhin noch 56 mechanisierte Brigaden vorhanden, wenn auch personell verkleinert), für den Gegner undeutlich werden kann. Ob diese Konzepte deshalb das Kriterium strategischer Stabilität erfüllen, erscheint fraglich. Lediglich das SAS-Modell, bei dem der „Feuerwehr“-Charakter der gepanzerten Verbände deutlicher zum Ausdruck kommt, scheint diesem Kriterium besser zu genügen.

Das Problem, daß eine Mischung aus eher offensiven und eher defensiven Elementen Zweifel am nicht-bedrohlichen Charakter der Verteidigungsstruktur weckt, stellt sich aber auch bei rein reaktiven Modellen wie demjenigen Horst Afheldts, und zwar hier während der Phase des Übergangs von der herkömmlichen zur alternativen Verteidigung. Wenn einseitig umgerüstet werden soll, dann steht man in der Übergangsperiode vor folgendem Dilemma: Entweder nimmt man einen starken Verlust an Abhaltefähigkeit gegenüber dem jetzigen Zustand in Kauf, weil man aus Stabilitätsgründen die beweglichen und gepanzerten Verbände abbaut, ohne daß die reaktiven Verbände der Infanterie und der Raketenantillerie bereits voll funktionsfähig wären. Führt man letztere dagegen *zusätzlich* zu den herkömmlichen Panzerbrigaden ein, dann erhöht man u. U. vorübergehend die eigene Offensivfähigkeit, statt sie abzubauen. Strategische Stabilität bliebe auf der Strecke. Auch die sektorale Einführung eher defensiv strukturierter Verbände in einzelnen Verteidigungsabschnitten der NATO löst das Dilemma nur teilweise. Als Mindestbedingung für strategische Stabilität ergibt sich die Forderung, in der Übergangsphase schwer gepanzerte Verbände in den rückwärtigen Raum zu verlagern. Aber auch dann ergeben sich Zweifel am nicht-bedrohlichen Charakter der Verteidigungsstruktur, wie sie etwa bezogen auf die Konzepte von Bülows und von Müllers bestehen.

Hier zeigt sich, daß der Versuch, die gesamtstrategische Lage einseitig zu stabilisieren, Grenzen hat. Einmal abgesehen davon, daß das Kriterium selbst wechselseitig operationalisiert werden muß, würden nur die Modelle Afheldts, Hannigs und wohl auch der SAS die strategische Stabilität erhöhen. Der nicht-bedrohliche Charakter läßt sich eindeutig erkennen. Aber auch sie können nicht von heute auf morgen verwirklicht werden. In der Übergangsphase aber tragen *alle* Alternativstrategien den

Charakter von offensiv-defensiven Mischkonzepten, die u. U. gerade dann als besonders bedrohlich wahrgenommen werden können, wenn ihre militärische Effizienz außer Frage steht. Um kooperative Lösungen in der Übergangsphase wird man daher kaum herkommen, wenn man die strategische Stabilität wirklich erhöhen will. Dann aber kann man auch gleich auf beiden Seiten defensiv umrüsten.

2. Krisenstabilität

Einer der wichtigsten Ausgangspunkte der meisten Alternativ-Konzepte ist die Kritik am kriseninstabilen Charakter der „flexible response“. Die gegenwärtige Verteidigungsstruktur erfordere eine schnelle Mobilmachung, um einen Angriff nach kurzer militärischer Vorwarnzeit abwehren zu können. Darüber hinaus biete die NATO attraktive Ziele für den Gegner, die schnell ausgeschaltet werden müßten, um militärische Vorteile zu erzielen. Schließlich müßten viele Waffensysteme der NATO ebenfalls schnell und möglicherweise sogar präemptiv eingesetzt werden, weil sie sonst Gefahr liefen, überrollt oder frühzeitig zerstört zu werden.

Alle hier diskutierten Konzepte beanspruchen — durch den Verzicht auf landgestützte Nuklearwaffen, auf eine große Zahl schwerer Panzerverbände und auf zentralisierte Kommando- und Führungseinrichtungen — dem Gegner weniger ‚attraktive‘ Ziele zu bieten und damit die Präemptionsrisiken in der Krise zu vermindern. In der Tat dürften sie das Kriterium Krisenstabilität insgesamt besser erfüllen als die gegenwärtige „flexible response“. Dabei kommt das Modell Horst Afheldts einer auf Krisenstabilität optimierten Struktur noch am nächsten, während in den Konzepten, wie sie von Bülow und von Müller vorgelegt haben (ganz zu schweigen von Jochen Löser) nach wie vor ‚attraktive‘ Ziele dadurch vorhanden sind, daß stark gepanzerte Verbände und eine umfangreiche Luftwaffe beibehalten werden. Norbert Hannigs „Verteidigungswall“ dagegen dürfte nur dann die Krisenstabilität erhöhen, wenn sichergestellt ist, daß die eingegrabenen Kampfwagen, die Artillerie- bzw. Raketenstellungen sowie die Aufklärungs- und Führungssysteme nicht frühzeitig vom Gegner aufgeklärt werden können (z. B. anhand der notwendigerweise ortsfesten Radars, sobald diese angeschaltet sind).

3. Abrüstungsverträglichkeit

Neben der Verbesserung der Krisenstabilität beanspruchen die Alternativkonzepte, den (zumeist einseitigen) Ausstieg aus der konventionellen Rüstungsdynamik in Europa zu ermöglichen. Dagegen

sei die „flexible response“ in einen Rüstungswettlauf ohne Ende eingebunden, da die eigene Verteidigung sich an den gegnerischen Optionen orientiere und auf diese reagieren müsse, um sie verwehren zu können. Zudem wird die Rüstungskontrollverträglichkeit der geltenden NATO-Strategie bezweifelt, weil in Folge der unterstellten konventionellen Überlegenheit der WVO in Europa der Spielraum für westliche Reduzierungen als äußerst gering angesehen wird.

Wenn man Abrüstungsverträglichkeit im konventionellen Bereich so definiert, daß eine Umrüstung auf eher defensive Strukturen begünstigt wird, dann sind alle hier analysierten Konzepte rüstungskontrollfreundlicher als die geltende NATO-Strategie. Die meisten beanspruchen sogar, die Stabilisierung der konventionellen Lage einseitig und ohne detaillierte Vereinbarungen mit der WVO zu ermöglichen. Allenfalls seien Informationsgespräche mit der östlichen Seite notwendig, um Mißverständnisse auszuräumen.

Die Annahme, einseitig aus der konventionellen Rüstungsdynamik in Europa aussteigen zu können, gilt allerdings nur dann, wenn die „Kosteneffektivitäts-Hypothese“ der Verteidigung gilt, die wiederum eng mit der „Effizienz-Hypothese“ zusammenhängt: Zusätzliche Rüstungsmaßnahmen auf seiten des sich eher reaktiv Verteidigenden müssen billiger durchführbar sein als die entsprechenden Maßnahmen der offensiv orientierten Seite. Der Verteidiger hätte es leichter, mit Gegenmaßnahmen der Offensive fertig zu werden; deren Versuche, das reaktive Konzept zu überwinden, liefen ins Leere.

Ob diese Hypothese gilt, ist bisher nur unzureichend geklärt. Die Beurteilung ähnelt einer Glaubensfrage. Die Befürworter der Alternativkonzepte neigen dazu, die Kosten ihrer Verwirklichung und ihre Immunität gegen Reaktionen der offensiv rüstenden Seite zu unter-, die militärische Leistungsfähigkeit „statischer“ Verteidigung aber zu überschätzen. Dies ist besonders eklatant bei Hanig, der einseitig auf die Feuerkraft von Raketen und Artillerie setzt. Selbst wenn die „Kosteneffektivitäts-Hypothese“ gilt, ist ein völliger Ausstieg aus der konventionellen Rüstungsdynamik einseitig allianzpolitisch und innenpolitisch nicht durchsetzbar und sicherheitspolitisch nicht verantwortbar. Sollte die WVO an ihrer offensiven Strategie auch nach einer Umrüstung der NATO festhalten, so wird sie versuchen, gegen die neue Struktur der westlichen Verteidigung anzurüsten. Die NATO wird dann mithalten müssen, wenn auch zu geringeren Kosten.

Sollte die Effizienz-Hypothese der Verteidigung aber nicht stichhaltig sein, dann wäre der Ausstieg aus dem Wettüsten nur dann möglich, wenn die östliche Seite ausschließlich deshalb rüstet, weil sie sich vom Westen bedroht fühlt. Eine westliche Umrüstung auf reaktive Verteidigung würde den nicht-bedrohlichen Charakter der NATO deutlich machen und könnte im Sinne einer gradualistischen Strategie an die WVO appellieren, auf ihre Offensivstrategie zu verzichten. In diesem Fall käme es darauf an, den nicht-bedrohlichen Charakter der Struktur zu maximieren, d. h. z. B. in Richtung auf die Afheldtschen Vorschläge umzurüsten. Nun ist es aber fraglich, ob die östliche Vorwärtsstrategie tatsächlich allein auf die Bedrohung der WVO durch die NATO zurückgeführt werden kann. Man braucht der östlichen Seite keine aggressiven Motive zu unterstellen, um zu dem Schluß zu gelangen, daß ihre Offensivstrategie auch auf historischen Erfahrungen, bündnispolitischen Erwägungen sowie traditionellem militärischen Denken beruht — also auf Faktoren, die mit der westlichen Rüstung nur am Rande zu tun haben. Eine gradualistische Strategie einseitiger Initiativen kann auf diese Gründe östlicher Rüstung kaum einwirken.

Zusammengefaßt bedeutet dies, daß die dargestellten Alternativ-Konzepte einerseits um so rüstungskontrollfreundlicher sind, je eindeutiger sie auf die östliche Seite defensiv wirken. Ob ihre einseitige Realisierung darüber hinaus den konventionellen Rüstungswettlauf beenden kann, hängt davon ab, ob reaktive, auf Feuerkraft statt auf Bewegung setzende Verteidigungsstrukturen herkömmlichen gepanzerten Verbänden tatsächlich an Kosten und Wirksamkeit überlegen sind. Die Gültigkeit dieser Hypothese kann bisher mangels eingehender, vergleichender Untersuchungen nicht als gesichert gelten. Noch ungesicherter und zumindest für die Vergangenheit unzutreffend ist die Hypothese, daß die WVO auf eine einseitige defensive Umrüstung der NATO entsprechend reagiert. Schon deshalb bleibt man auf kooperative Rüstungssteuerung angewiesen, wenn man den konventionellen Rüstungswettlauf in Europa zähmen will.

4. Abhaltefähigkeit

Die Kontroverse zwischen Gegnern und Befürwortern der „flexible response“ bzw. der Alternativkonzepte ist teilweise in geradezu grotesker Weise auf die Frage konzentriert, wie militärisch effizient die einzelnen Strukturen gegenüber einer Aggression sind. Viele Anhänger der eher defensiven Modelle preisen ihre Vorschläge oft lediglich als Beitrag zu einer wirksameren NATO-Verteidigung an, so daß stabilitätspolitische Vorzüge manchmal unterschlagen werden. Die Auseinandersetzung hat

Züge eines Glaubenskrieges an sich, bei der mit Vere vorgetragene Überzeugungen den Mangel an Wissen über die militärische Leistungsfähigkeit der Konzepte verdecken. Die Ehrlichkeit gebietet es zuzugeben, daß die militärische Effizienz der Alternativ-Modelle im Vergleich zur „flexible response“ noch weitgehend ungeprüft ist. Dies ist weniger deren Befürwortern als vielmehr den offiziellen Stellen in der NATO und im Bundesverteidigungsministerium anzulasten, die sich bisher kaum ernsthaft mit den Defensivkonzepten auseinandergesetzt haben. Die folgenden Überlegungen haben daher allenfalls vorläufigen Charakter.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Abschreckungswirkung der „flexible response“ vergleichsweise hoch ist, was in erster Linie mit denjenigen Komponenten der geltenden NATO-Struktur zusammenhängt, die unter Stabilitätsgesichtspunkten bedenklich stimmen. Selbst wenn man annimmt, daß der nukleare Ersteinsatz der NATO nur geringe Glaubwürdigkeit besitzt, so ist die Abschreckungswirkung der Drohung mit nuklearer Eskalation gegenüber einem Angreifer, der allein aus Gewinnmotiven handelt, als hoch anzusetzen. Hinzu kommen das Risiko schneller konventioneller und nuklearer Eskalation infolge der Integration der NATO-Nuklearwaffen in das Gefechtsfeld, die konventionelle und nukleare Schadensandrohung gegen das Hinterland der WVO sowie schließlich die Fähigkeit der schwer gepanzerten NATO-Verbände, verlorengegangenes Territorium zurückzuerobern.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß das nukleare Eskalationsrisiko bei allen hier vorgestellten Konzepten gegenüber der „flexible response“ reduziert, wenn auch nicht beseitigt ist. Eine solch geringere Abschreckungswirkung wäre dann zu verschmerzen, wenn die *konventionelle Abhaltefähigkeit* im Vergleich zur geltenden NATO-Strategie verbessert oder wenigstens nicht vermindert würde. Wie viel Abhaltefähigkeit aber notwendig ist, hängt ab von Vermutungen über die Intentionen des Gegners sowie über seine Optionen und Potentiale.

In diesem Zusammenhang fällt auf, daß die meisten Alternativkonzepte auf ein Szenario hin optimiert sind, nämlich den mit Großverbänden durchgeführten Angriff nach kurzer militärischer Vorbereitungszeit mit dem Versuch, die Abwehrstellungen des Verteidigers schnell zu durchbrechen. Es mag durchaus sein, daß die Alternativkonzepte die konventionelle Abhaltefähigkeit der NATO gegenüber diesem Szenario erhöhen würden. Denn heute bliebe dem Westen nur die nukleare Eskalation, wenn die Vorneverteidigung einmal durchbrochen worden ist. Dagegen setzen vor allem Afheldt und

Hannig auf einen länger dauernden konventionellen Abnutzungskrieg und hoffen darauf, daß sich ein Angreifer mit der Zeit in den Netzen der Verteidigung verfangt. Nach John Mearsheimer ist die Aussicht auf einen langdauernden Abnutzungskrieg besonders wirksam zur Abschreckung eines konventionellen Angriffs geeignet. Afheldts Konzept der raumdeckenden Verteidigungsnetze, bei denen ein schneller Durchbruch nicht möglich zu sein scheint, könnte unter dem Aspekt der Abhaltewirkung besonders leistungsfähig sein. Wie sieht es aber mit anderen Szenarien aus, z. B. bei Angriffen mit eng begrenzter Zielsetzung, wie sie etwa dann wahrscheinlich werden, wenn es nicht um einen Krieg aus Gewinnabsicht geht? Je stärker die Strukturen auf eine statische Verteidigung hin optimiert sind, desto weniger Flexibilität haben sie, um sich auf veränderte Lagen einzustellen.

Aber auch im Fall eines Großangriffs steht und fällt die Abhaltefähigkeit der alternativen Modelle mit der Gültigkeit der „Effizienz-Hypothese“ der Verteidigung. Der Vorteil des Verteidigers, in bekanntem und vorbereitetem Gelände kämpfen zu können, soll eher reaktiv orientierten Verbänden, die auf Feuerkraft optimiert sind, stärker zugute kommen als beweglichen Einheiten, die für alle Gefechtsarten einschließlich des Angriffs gerüstet sind. Wie erwähnt, ist ein gültiges Urteil über diese Hypothese derzeit nicht möglich. Erste, allerdings unzureichende Untersuchungen bezweifeln, daß eine reaktive Struktur wie die von Afheldt vorgeschlagene „flexible response“ in der frühen Vorneverteidigung angesichts der gegenwärtigen WVO-Strategie gleichwertig ist. Nicht umsonst verzichten nur Afheldt und Hannig auf bewegliche Elemente; alle anderen Alternativvertreter setzen dagegen auf Mischkonzepte.

Mit der Effizienz-Frage hängt die „Feuer-versus-Bewegung“-Kontroverse eng zusammen. Die Befürworter von eher statischen Verteidigungsstrukturen argumentieren, daß die Entwicklung moderner Technik (Sensoren, Optronik, Informationstechnologie, Munitions- und Zündertechnologie) zu einer enormen Steigerung der Feuerkraft geführt habe. Demgegenüber könnten Verbesserungen bei der Panzerung nicht mithalten. Auch diejenigen, die nicht (z. B. Hannig und Löser) einem Technikfetischismus anhängen, argumentieren daher, Feuer könne Bewegung insofern ersetzen, als ortsfest installierte Raketen- und Artilleriestellungen in der Lage seien, Feuer auch über weite Entfernungen hinweg auf Ziele zu konzentrieren bzw. die Gebiete der Feuerabdeckung zu wechseln. Daß das Element Feuerkraft an Bedeutung zugenommen hat, ist nicht zu bestreiten. Schließlich argumentieren ja auch diejenigen damit, die die *offensiven*

Komponenten der NATO-Strategie konventionell ausbauen wollen (FOFA).

Es ist aber keineswegs ausgemacht, daß Verbesserungen der Feuerkraft allein der sich eher defensiv orientierenden Seite zugute kommen. Genauso gut kann eine offensiv operierende Strategie sich diese technologischen Errungenschaften zunutze machen. Schließlich lassen sich ins Gelände eingegrabene Raketen- und Artilleriestellungen auch mit Feuerkraft bekämpfen, so bald sie ausgemacht worden sind. Sobald der erste Schuß gefallen ist, dürfte dies einem Gegner, der über moderne Aufklärungsmittel verfügt, nicht allzu schwer fallen. Obwohl dieser Einwand zuallererst gegen die Abhaltefähigkeit des Hannigschen Verteidigungswalls spricht, gilt er zum Teil auch für andere Konzepte.

Ein weiteres Argument gegen eher statische Modelle lautet, daß der Verzicht auf bewegliche und gepanzerte Verbände dazu führe, daß einmal verlorengewonnenes Territorium nicht zurückgewonnen werden kann. Ein Angreifer hätte zwar einen hohen Eintrittspreis zu zahlen und müßte mit einer starken Abnutzungsrate rechnen. Das Risiko, zurückgeschlagen zu werden, ginge er aber nicht ein. Diese Debatte hat ebenfalls dazu geführt, daß SAS, von Bülow, von Müller und Löser gepanzerte Verbände — mindestens als „Feuerwehr“ — in ihre Konzepte aufgenommen haben. Der Mehrheitskonsens auch unter den Anhängern von Alternativ-Modellen lautet heute, daß auf bewegliche und gepanzerte Verbände bei einer einseitigen Umrüstung nicht völlig verzichtet werden kann.

Schließlich sehen sich die Defensiv-Konzepte der Kritik ausgesetzt, daß sie auf Schadenswirkung gegen das gegnerische Hinterland verzichten. Die Abhaltefähigkeit reduziere sich, wenn das Territorium des Angreifers zum Sanktuarium werde. Er gehe allenfalls das Risiko ein, im Netz der Verteidigung steckenzubleiben, d. h. seine offensiven Ziele nicht realisieren zu können. Dagegen brauche er keine Vergeltung zu befürchten. Zerstörungen gebe es nur auf dem Gebiet des Verteidigers. Außerdem könne ein Angreifer in aller Ruhe Verstärkungsverbände aufmarschieren lassen und Kräfte konzentrieren.

Nun trifft diese Kritik nicht die Vorschläge Löser, von Müllers und von Bülows, die alle beschränkte „deep strike“-Optionen ins Hinterland der WVO vorsehen (in Hannigs Konzept wären solche Fähigkeiten ohne weiteres denkbar; die schweren Raketenwerfer müßten nur nicht, wie vorgesehen, 200 km hinter der Grenze, sondern etwas weiter vorne disloziert werden). Lediglich Afheldt und die SAS verzichten aus Gründen der Defensivität völlig auf Schadensandrohung des östlichen Territoriums.

Hier deutet sich ein Zielkonflikt zwischen Stabilität und Abhaltefähigkeit an. Zu berücksichtigen ist aber, daß alle Konzepte nach wie vor auf seegestützte Nuklearwaffen zurückgreifen. Ein Angreifer könnte nicht ausschließen, daß diese im Falle einer drohenden konventionellen Niederlage der NATO gegen sein eigenes Land eingesetzt würden.

Festzuhalten bleibt, daß ein gesichertes Urteil über die Abhaltefähigkeit der Alternativ-Konzepte nicht möglich ist. Eine vorsichtige und vorläufige Bewertung ergibt jedoch, daß *alle* Modelle einen Abschreckungsverlust gegenüber der „flexible response“ bedeuten würden. Dies könnte einseitig dann hingenommen werden, wenn auf bewegliche und gepanzerte Verbände nicht völlig verzichtet und nach wie vor Schaden für das gegnerische Territorium in beschränktem Maße angedroht wird, um gegnerische Kräftekonzentrationen zu verhindern. Unter dem Kriterium der Abhaltefähigkeit wären dann die Konzepte von Bülows und von Müllers denjenigen Afheldts und der SAS vorzuziehen, obwohl jene bei den Stabilitätskriterien schlechter abschneiden als diese. (Das Konzept Hannigs scheint wegen der einseitigen Optimierung auf Raketen weder Stabilitäts- noch Abschreckungskriterien zu genügen). Damit aber entsteht bei einseitiger Umrüstung ein echter Zielkonflikt zwischen Stabilität und Abhaltefähigkeit. Es ist unwahrscheinlich, daß beide Kriterien gleichzeitig und zufriedenstellend erfüllt werden können.

5. Bündnisverträglichkeit

Viele Befürworter von Alternativkonzepten argumentieren, eine Umrüstung könne unilateral auf westlicher Seite vollzogen werden und erfordere zunächst auch nicht, daß alle Bündnispartner sofort mitziehen. Diese Argumentation übersieht, daß „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ nur dann ihren nicht-bedrohlichen Charakter entfalten kann, wenn sie nicht nur taktisch-operatives Konzept der Bundeswehr, sondern Militärstrategie des gesamten Bündnisses wird. Das gebietet schon das „Schichttorten-Prinzip“ der westlichen Verteidigung. Man stelle sich z. B. vor, die Bundeswehr rüste auf eher defensive Verbände um, während die USA, die das zweitgrößte Kontingent konventioneller Einheiten in Westeuropa stellen, nicht nur an ihren bisherigen Konzept festhielten, sondern im Sinne der „Air-Land-Battle“-Doktrin sogar noch ihre offensiven Fähigkeiten verstärken würden. Im Ergebnis könnte die WVO dies als Verbesserung der Angriffsfähigkeit der NATO wahrnehmen, insofern die Verteidigungsfähigkeit optimiert und gleichzeitig offensiv fähige Verbände ausgebaut würden. Es entstünde tendenziell das gleiche Pro-

blem, daß oben im Zusammenhang mit Mischkonzepten und der Übergangsphase diskutiert wurde, wenn auch in geringerem Ausmaß.

Wenn man mehr Stabilität in Europa erreichen will, muß die Umrüstung im gesamten Bündnis abgeprochen und durchgesetzt werden. Zumindest müssen sich diejenigen NATO-Partner, die das Gros der konventionellen Landstreitkräfte in Zentraleuropa stellen, von vornherein an der Umrüstung beteiligen. Das betrifft auch die USA. Ohne den Konsens mit der wichtigsten Macht im Bündnis sind die Alternativkonzepte kaum umzusetzen; dies ist zugleich auch das größte praktische Problem bei der Durchsetzbarkeit. Denn im Prinzip sind alle hier vorgestellten Modelle bündnisverträglich, insofern sie auf der taktisch-operativen Ebene von allen Streitkräften der Bündnispartner übernommen werden können. Das politisch-praktische Problem besteht aber darin, daß das operative Konzept etwa der US-Armee z. Z. in die entgegengesetzte Richtung entwickelt wird. Obwohl „Air-Land-Battle“ aus technischen und finanziellen Gründen in vollem Umfang nicht durchführbar ist, geht der Trend eindeutig in Richtung höhere Beweglichkeit, Stärkung offensiver Fähigkeiten usw., also weg von der gewünschten Richtung.

Nun könnte man eine Umwegstrategie beschreiten und zunächst die operativen Konzepte der Bundeswehr und der Armeen der kleineren Bündnispartner wie Belgien, Niederlande und Dänemark angleichen in Richtung auf größere Defensivität. Dies kann aber eine deutsch-amerikanische Einigung nicht ersetzen. Kontraproduktiv sind auch Argumentationen, im Zuge der Durchsetzung von Defensivmodellen könne auf die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Westeuropa langfristig verzichtet werden. Aus übergeordneten friedens- wie sicherheitspolitischen Gründen bleibt Westeuropa auf die Präsenz der USA angewiesen, solange auch die Sowjetunion Truppen in Osteuropa stationiert hält. Mehr als jede in Europa stationierte Nuklearwaffe sorgen ca. 300 000 US-Soldaten dafür, daß jede militärische Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa unmittelbar Krieg zwischen den Supermächten bedeutet — mit allen damit verbundenen Eskalationsrisiken.

Problematisch sind auch Vorschläge, im Bündnis arbeitsteilig vorzugehen, z. B. der Bundeswehr die Verteidigung zu Lande zu überlassen, während andere, wie z. B. die Niederlande und Dänemark, sich auf maritime Aufgaben konzentrieren. Dies ist sicherlich in Grenzen möglich, sollte aber nicht das Prinzip gefährden, an der multinationalen Struktur der in der Vorverteidigung engagierten Verbände festzuhalten.

Als Fazit ergibt sich, daß die Durchsetzung alternativer Konzepte in der NATO vor erheblichen praktischen Problemen steht. Vor allem müßten die USA davon überzeugt werden, daß eine Umrüstung auf eher reaktive Verteidigungsstrukturen keine Risikoverlagerung zu ihren Ungunsten bedeutet. Insgesamt dürften unter dem Kriterium der Bündnisverträglichkeit Modelle, wie z. B. von Bülow „Bundeswehrstruktur“, besser abschneiden als die Konzepte, die sich allzuweit von der „flexible response“ entfernen.

6. Schadensbegrenzung

Die geltende NATO-Strategie bezahlt ihre hohe Abschreckungswirkung mit einem weitgehenden Verzicht auf die Möglichkeit zur Schadensbegrenzung im Kriegsfall. Sollte die Abschreckung scheitern, wird die Zerstörung dessen wahrscheinlich, was verteidigt werden soll (Verteidigungsdilemma). Auch dieses Risiko der „flexible response“ war eines der Ausgangspunkte bei der Entwicklung von Alternativkonzepten. Was die Schadensbegrenzung im Kriegsfall angeht, so dürften die hier diskutierten Alternativkonzepte tatsächlich allemal besser abschneiden als die „flexible response“, da die eher defensiven Verteidigungsstrukturen weniger attraktive konventionelle und nukleare Ziele bieten. Allerdings gibt es bei einigen Konzepten auch hier Probleme. So wird das Kriterium, keine attraktiven Ziele zu bieten, von den Modellen Löwers, von Bülow und von Müllers nur unzureichend erfüllt. Dazu ist bei ihnen die Zahl der weiter hinten dislozierten, schwer gepanzerten Verbände zu groß. Bei Hannigs Konzept steht und fällt die Möglichkeit zur Schadensminimierung schließlich damit, daß es einem Gegner nicht gelingt, die ortsfest verbunkerten Raketenstellungen aufzuklären. Sobald sie ihren ersten Schuß abgefeuert haben, ist es jedoch spätestens damit vorbei. Mit konzentriertem Gegenfeuer wäre dann zu rechnen.

Eine rein reaktive Verteidigungsstruktur — wie die von Afheldt vorgeschlagene — steht schließlich vor dem Problem, daß ihr die Möglichkeit zur schnellen Kriegsbeendigung fehlt. Wahrscheinlich käme es zu einem lang dauernden konventionellen Abnutzungskrieg. Die Aussicht darauf mag zwar unter dem Gesichtspunkt der Abhaltefähigkeit erwünscht sein. Ob dies aber der Schadensbegrenzung förderlich ist, bleibt zweifelhaft. Hier deutet sich auch im konventionellen Bereich ein Zielkonflikt zwischen Abhaltefähigkeit und Schadensbegrenzung an. Wer die konventionelle Abschreckung stärken will, muß den Erfolg von Blitzkrieg-Operationen und schnellen Durchbrüchen des Gegners verwehren. Wenn die Abschreckung aber scheitert, wird ein Abnut-

zungskrieg wahrscheinlich, der fast zwangsläufig auf Kosten der Schadensbegrenzung geht.

Diese Überlegungen machen noch einmal deutlich, daß die beste Schadensminimierung die Kriegsverhütung ist. Für die Kriegsverhinderung aber sind politische Strategien wie Entspannung und Vertrauensbildung, die Strukturen gemeinsamer Sicherheit in Europa schaffen, allemal bedeutsamer als militärische Umrüstungsmaßnahmen.

7. Gesellschaftliche Verträglichkeit

Es ist inzwischen eine Binsenweisheit, daß der Status quo der „flexible response“ mit den heute und in Zukunft zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen nicht aufrechtzuerhalten ist. Die Bundeswehr-Planung der neunziger Jahre steht mehr oder weniger vor dem Bankrott. Demgegenüber beanspruchen alle Alternativ-Konzepte, sowohl kostengünstiger zu sein als auch mit einem geringeren Personalumfang auskommen zu können als die gegenwärtige Bundeswehrstruktur. Dabei wird insbesondere hervorgehoben, daß auf teure Großwaffensysteme verzichtet werden kann. Nun liegen vergleichende Kostenberechnungen für die einzelnen Modelle außer den Angaben der Autoren nicht vor. Eine Beurteilung ist also nur schwer möglich. Es scheint aber, daß die Kosten moderner Raketen- und Aufklärungstechnologie z. T. erheblich unterschätzt werden. Das wirkt sich vor allem auf Modelle aus, die besonders stark von High Tech abhängig sind (z. B. Hannig). Sollten sich die optimistischen Prognosen der Befürworter von Defensivkonzepten bestätigen lassen, wären diese Modelle allerdings in der Tat gesellschaftlich verträglicher als die „flexible response“.

Ein häufiger Vorwurf gegen die Defensiv-Modelle lautet, sie würden zu einer Militarisierung der Gesellschaft führen wegen ihrer Ähnlichkeit mit einer Milizstruktur und wegen des hohen Reservistenanteils. Dagegen argumentieren die Befürworter, es handele sich nicht um die Militarisierung der Gesellschaft, sondern um eine Zivilisierung der Armee. Auf diesem Polemik-Niveau ist die Frage nicht zu beantworten. Auch die empirischen Beispiele von Ländern mit milizähnlicher Wehrstruktur helfen nicht viel weiter. Sicherlich ist die Schweiz eine militarisiertere Gesellschaft im Vergleich zur Bundesrepublik. Ein Gegenbeispiel wäre Österreich.

Klar ist, daß alle Konzepte, die auf milizähnliche Strukturen hinauslaufen, eine größere Durchdringung des zivilen und militärischen Sektors bedeuten würden, als dies heute der Fall ist. In welche Richtung sich dies auswirken würde, kann allerdings theoretisch nicht vorentschieden werden, sondern hängt von politischen Rahmenbedingungen ab. Wenn die Umrüstung z. B. in Entspannungspolitik und die Schaffung blockübergreifender Sicherheitsstrukturen eingebettet ist, dürfte die Militarisierungsgefahr gering zu veranschlagen sein. Zu berücksichtigen ist aber, daß die meisten auf infantenrische Strukturen setzenden Konzepte vorsehen, die einzelnen Verbände bereits in Friedenszeiten in den Gebieten zu stationieren, die sie später verteidigen sollen. Auf diese Weise soll die Kenntnis des Geländes erhöht und somit der Verteidiger-Vorteil besser genutzt werden. Damit würde sich aber die militärische Belastung der Bundesrepublik, die bisher vor allem in grenznahen Gebieten besonders spürbar ist, auf das gesamte Bundesgebiet gleichmäßig verteilen. Sie könnte insgesamt sogar zunehmen.

V. Zusammenfassende Bewertung

Der Vergleich der verschiedenen Alternativkonzepte hat zunächst gezeigt, daß der Begriff „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ inhaltlich bisher nicht genügend ausgeführt ist. Eine Streitkräftestruktur, die unter völliger Absehung der geostrategischen Asymmetrien sowie der Potentiale und Fähigkeiten der anderen Seite „eindeutig defensiv“ wäre, gibt es nicht. Würde die WVO vollständig einseitig abrüsten, dann wäre der Westen selbst mit einer dem Afheldtschen Konzept entsprechenden Verteidigungsstruktur zur raumgreifenden Offensive in der Lage. Umgekehrt gilt, daß die NATO schon heute unter den Bedingungen der „flexible

response“ nicht angriffsfähig ist, solange die WVO an ihrem jetzigen Konzept festhält. Nun sollte man allerdings nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Der Vergleich hat nämlich auch deutlich gemacht, daß sich sehr wohl die konventionelle Stabilität in Europa durch Umrüstung grundlegend verbessern läßt. Ceteris paribus sind schwer gepanzerte Verbände mit hoher Beweglichkeit eher offensivfähig als die Jägerkommandos und Raketenartillerietrupps in den Vorschlägen Afheldts und der SAS. Nur sollte man bedenken, daß es einerseits vollkommen nicht-bedrohliche Militärkonzepte nicht gibt und andererseits Stabilität mehr

meint als die Konzentration auf den Faktor Beweglichkeit qua Offensivität.

Unter stabilitätspolitischem Gesichtspunkt schneiden die Vorschläge *Horst Afheldts* von allen hier untersuchten Konzepten am besten ab. Sein Konzept ist auf strategische und Krisenstabilität hin optimiert. Ob es auch rüstungswettlaufstabil ist, muß offenbleiben. Dagegen bestehen infolge der Rigidität des Afheldtschen Modells erhebliche Zweifel an dessen Abhaltefähigkeit. Die „Techno-kommandos“ sind nicht zur Wiedergewinnung verlorengegangenen Territoriums in der Lage; das Konzept verzichtet außerdem auf jede Schadensandrohung gegen das Territorium des Gegners. Zwar mag der einem Angreifer in Aussicht gestellte Abnutzungskrieg die Abhaltefähigkeit erhöhen. Ob dies aber mit dem Kriterium der Schadensbegrenzung vereinbar ist, erscheint zweifelhaft. Das ändert nichts daran, daß Afheldts Vorschläge das anzustrebende Zielmodell darstellen, wenn *beide Seiten* auf stabilitätsorientierte Strukturen umrüsten sollten.

Norbert Hannigs eingegrabene Artilleriestellungen dagegen dürften nicht einmal stabilitätspolitisch zufriedenstellend abschneiden, ganz abgesehen von ihrer Abhaltefähigkeit. Das Modell ist derart einseitig auf eine Form des Abwehrkampfes hin optimiert, daß es für einen Gegner leicht kalkulierbar sein dürfte. Da die Raketenstellungen wahrscheinlich leicht aufklärbar sind, dürfte das Konzept auch alles andere als krisenstabil sein.

Aufgrund der genannten Überlegungen ebenfalls auszuschließen sind *Jochen Lösers* Vorstellungen. Es handelt sich um ein Modell, daß völlig gegensätzliche Konzepte von FOFA bis zur Raumverteidigung zu integrieren versucht. Was daran „strukturell nichtangriffsfähig“ sein soll, bleibt unerfindlich.

Ernster zu nehmen sind hingegen die Vorschläge *Andreas von Bülow*s und *Albrecht von Müller*s. Gemessen an den herkömmlichen Kriterien von Abhaltefähigkeit dürfte ihre militärische Effizienz außer Frage stehen. Wahrscheinlich schneiden sie hier sogar besser ab als der Status quo, da beide Konzepte stärker auf Schadensbegrenzung hin ausgerichtet sind als die „flexible response“. Andererseits bestehen erhebliche Zweifel, ob die Modelle von Bülow und von Müller stabilitätspolitischen Anforderungen genügen. Es handelt sich um Mischkonzepte aus herkömmlichen gepanzerten Verbänden und leichter Infanterie mit hoher Feuerkraft. Solche Strukturen könnten u. U. sogar vom Gegner als besonders angriffsfähig wahrgenommen werden, und zwar gerade dann, wenn sie das Kriterium der Abhaltefähigkeit optimal erfül-

len. Die WVO könnte von Bülow und von Müller Modelle als Versuche perzipieren, mit den auf Abwehr spezialisierten Verbänden den Angriff des Gegners aufzuhalten, während die schwer gepanzerten Einheiten zur Gegenoffensive ansetzen. Insofern dürfte der stabilitätspolitische Gewinn dieser Konzepte gegenüber dem Status quo gering sein.

Zwischen den Konzepten Afheldts einerseits und von Bülow bzw. von Müller andererseits ist der Vorschlag der „*Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik*“ anzusiedeln. Das Modell dürfte im wesentlichen die stabilitätspolitischen Anforderungen erfüllen, da es nur wenige hochbewegliche und schwer gepanzerte Verbände enthält („Feuerwehr“), die zudem logistisch in das eher statische Netz der „Module“ eingebunden sind. Die Abhaltefähigkeit des Konzepts dürfte größer sein als die der Afheldtschen Vorschläge. Sie ist allerdings wohl geringer als in den Konzepten von Bülow und von Müller, da die SAS auf jede Schadensandrohung gegen das Territorium der WVO verzichtet und damit auf die Möglichkeit, gegnerische Kräftekonzentrationen zu verhindern. Ein Modell „SAS Plus“ im Sinne von begrenzter Feuerwirkung in das gegnerische Hinterland würde dieses Problem vermeiden. Allerdings müßten dann wieder Abstriche am nicht-bedrohlichen Charakter des Modells gemacht werden.

Wie man es auch dreht und wendet: Unter der Prämisse einseitiger Umrüstung handelt man sich einen kaum aufzulösenden Zielkonflikt ein. Entweder optimiert man das Verteidigungskonzept im Hinblick auf konventionelle Stabilität. In diesem Fall sind Einbußen bei der Abhaltefähigkeit fast unausweichlich. Oder man kümmert sich in erster Linie um die Aufrechterhaltung militärischer Wirksamkeit. Dann aber wird man stabilitätspolitischen Kriterien kaum hinreichend genügen können und u. U. sogar die Lage verschlimmern.

Wie gravierend der angedeutete Zielkonflikt einzuschätzen ist, hängt einerseits von der Bewertung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa ab und andererseits davon, welche Kriegsursache für besonders wahrscheinlich gehalten wird. Aber auch diejenigen, die den Zielkonflikt zwischen Stabilität und militärischer Wirksamkeit für weniger bedeutsam halten, müssen sich dem Problem stellen, wie mit der *Übergangsphase* umzugehen ist, wenn eher reaktive und eher offensivfähige Strukturen nebeneinander stehen. Werden die eher statischen Elemente der Verteidigung *zusätzlich* zu den herkömmlichen Verbänden eingeführt, so wird die militärische Lage insgesamt wahrscheinlich instabiler. Oder aber die gepanzerten und hochbeweglichen Einheiten werden abgebaut in einer Situation, in

der die eher defensiven Strukturen noch nicht tragfähig genug im Hinblick auf ihre militärische Effizienz sind.

Dieser Zielkonflikt läßt sich bei einseitiger Umrüstung wohl nicht vermeiden. Wem es wirklich um die Verbesserung konventioneller Stabilität in Europa geht, ohne daß die westliche Abwehrfähigkeit gravierend leidet, der kommt um kooperative Rüstungssteuerung im Zusammenhang mit der Umrüstung nicht herum. Die Forderung nach verhandelter Rüstungskontrolle ergibt sich also nicht aus Gründen politischer Taktik oder innen- wie bündnispolitischer Durchsetzbarkeit, sondern *aus der Struktur der militärischen und stabilitätspolitischen Probleme*, die bei der Umrüstung auf alternative Verteidigungskonzepte entstehen. Ohne die Kooperation mit dem potentiellen Gegner, ohne die Einbindung der Veränderung der militärischen Strukturen in ein entspannungspolitisches Gesamtkonzept ist konventionelle Stabilität in Europa nicht zu haben. Das gilt schon deshalb, weil ohne Verhandlungen mit der WVO kaum herausgefunden werden kann, was nicht-bedrohliche und vertrauensbildende Sicherheitsstrukturen in Europa eigentlich sind.

Die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern verhandelter Rüstungskontrolle und Anhängern einer einseitigen Umrüstung kann überwunden werden, wenn beide Vorstellungen in ein Konzept konventioneller Stabilisierung in Europa eingebunden werden. Weder darf die Umrüstung ausschließlich auf defensive Strukturen von Rüstungskontrollern abhängig gemacht werden, noch sollte man sich der Illusion hingeben, ohne kooperative Rüstungssteuerung könnten wirksame, stabilitätskonforme Strukturen auf Dauer in Europa geschaffen werden.

Verhandelte Rüstungskontrolle und einseitige Stabilisierung durch Umrüstung können sich gegenseitig ergänzen und befördern. Aufgabe der Rüstungskontrolle mit der WVO wäre es, die besonders zur Offensive geeigneten Verbände auf beiden Seiten

zu reduzieren. Verhandlungen über konventionelle Rüstungsminderung in Europa müssen mit dem Ziel begonnen werden, schwer gepanzerte und hochbewegliche Verbände auf beiden Seiten abzubauen. Darüber hinaus dienen diese Gespräche mit der WVO dem Zweck, einvernehmlich Kriterien der Stabilisierung zu definieren, sich über die jeweiligen Bedrohtheitsvorstellungen zu verständigen, sie gegebenenfalls zu verändern sowie schließlich gemeinsam festzulegen, was hinlängliche Verteidigungsfähigkeit bedeutet. Kurz, es handelt sich darum, konventionelle Stabilisierung als gegenseitigen Lernprozeß zu organisieren.

Verteidigungspolitik dagegen hätte die Aufgabe, die Umrüstung auf eher defensive Strukturen zu bewerkstelligen. Mit dieser Stabilisierung kann zunächst unabhängig von Rüstungskontrollergebnissen begonnen werden, soweit hierdurch eine hinlängliche Verteidigungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Dabei müßte die Grenze definiert werden, jenseits derer Abhaltefähigkeit nicht mehr gewährleistet werden kann. Aufgrund ihrer zahlreichen grenznah stationierten Potentiale hat die Sowjetunion gegenwärtig einen größeren Spielraum für einseitige Schritte in Zentraleuropa als die NATO. Ein wirklich einschneidender Schritt wäre die Veränderung der WVO-Strategie von einer Vorwärts- in eine Vorverteidigung. Dies setzt eine Veränderung der Doktrin und Struktur der WVO-Streitkräfte voraus, die dann allerdings auch den Spielraum der NATO für einseitige Schritte vergrößern würde.

Die Erfolgsaussichten für eine solche integrierte reformerische Strategie zur Stabilisierung der militärischen Lage in Europa sind besser geworden. Die Anzeichen mehren sich, daß im Zuge des „neuen Denkens“ unter Gorbatschow ein Umdenkungsprozeß in der WVO begonnen hat. Die Chancen, die sich daraus ergeben, müssen entschlossen durch entsprechende westliche Initiativen getestet werden.

Der europäische Pfeiler der westlichen Allianz

„Europa kann heute, da es politisch im Schatten der Supermächte steht und sich von der zur Selbständigkeit erwachten ‚Dritten Welt‘ unter Druck gesetzt sieht, seine Zukunft nur sichern, wenn es zu wachsender wirtschaftlicher und politischer Zusam-

menarbeit bereit ist und wenn sich seine Völker ihrer gemeinsamen Interessen und der Errungenschaften einer gemeinsamen europäischen Vergangenheit bewußt sind.“¹⁾

I. Die sicherheitspolitische Szene im Wandel

Das westliche militärische Bündnis versteht sich als eine Verteidigungsallianz. Seine Streitkräfte sind nach diesem Anspruch disloziert, gegliedert und bewaffnet. Die einzelnen Mitglieder haben sich zur gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit im Nordatlantik-Vertrag vom 4. April 1949 verpflichtet.

Diese angemessene und kluge militärische Defensivhaltung und -einstellung hat bei allen Vorteilen offenbar auch mißliche Auswirkungen. Sie scheint gleichzeitig die politische Aktivität der westlichen Allianz gewissermaßen zu lähmen. Die Notwendigkeit, politischen Handlungsspielraum zu planen und zu erweitern, wird nicht immer ausreichend erkannt oder nicht gewollt. Insbesondere die Westeuropäer lassen durchgreifende Initiativen vermissen. Chancen zur Einflußnahme auf den Ost-West-Dialog verkümmern. Vielmehr feiern, so steht zu vermuten, nationale Interessen und nationalistische Egoismen fröhliche Urstände. Von einer gemeinsamen Sprachregelung oder gar von einer einheitlichen Aktivität kann nur entfernt gesprochen werden. Darüber täuschen auch nicht die Kommuniqués von NATO-Ratstagen hinweg. Sie sind nur Spiegelbild eines Bemühens, die Divergenzen zu übertünchen.

Was beim Abbau von Lebensmittelbergen oder beim Austrocknen von Milch- oder Weinseen der Europäischen Gemeinschaft offenbar nicht oder nur teilweise gelingt, nämlich einen Konsens zur Bewältigung der Probleme zu erzielen, war bisher in der übergeordneten und wichtigeren Frage der äußeren Sicherheit noch viel weniger von effizienter gemeinsamer Koordination und gemeinschaftlicher Handlungsabsicht und -fähigkeit geprägt.

Wie gering gerade auf westeuropäischer Seite die Sprachfähigkeit und die Handlungsbereitschaft in

Sachen eigener und atlantischer Sicherheit sind, wurde während des Treffens von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik vom 11. – 12. Oktober 1986²⁾ überdeutlich erkennbar. Hektik folgte auf Sprachlosigkeit, da man aus einem Dornröschenschlaf geweckt wurde, als die Großmächte geradezu dramatische Einschnitte in ihre nuklearen Rüstungspotentiale in Aussicht stellten. Plötzlich erkannten die Westeuropäer, daß ihre eigenen Interessen und Belange unmittelbar betroffen waren – und sie nicht am Verhandlungstisch saßen und nicht einmal die Spur eines Mitspracherechtes eingeräumt bekommen hatten.

Erst nach dieser Erfahrung und dann folgend in den Diskussionen um das Für und Wider, um die Vor- und Nachteile eines INF-Abkommens zum Abbau und zur Verringerung der landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5 000 km wurden und sind westeuropäische Positionen vorgestellt worden. So wie sie aber aus einer gleichsam zwangsweisen Situation entstanden sind, so vielfältig und auch phasenweise gegensätzlich muten sie an. Es scheint aber auch, Westeuropa neigt inzwischen zu einer, wenn auch nicht euphorischen, doch einsichtigen Politik eines engeren Zusammenstehens. Schlicht der Not gehorchend, um im sicherheitspolitischen Konzert nicht abseits zu stehen. Erkennend, daß die eigenen Interessen nicht durch Abstinenz gewahrt werden können. Des weiteren die „Gefahr“ begreifend, daß die Vormacht des eigenen Bündnisses möglicherweise ihre globalen Sicherheitsinteressen in anderen Regionen stärker wahren und durchsetzen könnte oder dort elementarer schützen zu müssen glaubt. Westeuropa möchte und kann es sich aber nicht leisten, von den USA abgekoppelt zu werden.

²⁾ Siehe ausführlich dazu: Das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Reykjavik am 11. und 12. Oktober 1986, in: Europa-Archiv (EA), (1986) 24, S. D 667–D 698.

¹⁾ John Bowle, Geschichte Europas, München 1985, S. 5.

So winkt für viele die Chance, der westeuropäischen Eigenständigkeit durch Gewinnung einer selbständigeren politischen Handlungsfähigkeit und eines entsprechenden Durchsetzungsvermögens mehr Gewicht zu verschaffen. Denn kaum bestritten ist, daß, sollten alle Ressourcen zusammengefügt werden können, die wirtschaftliche Kapazität, das militärische Potential und die gesellschaftliche Stärke allemal ausreichen, um zu einer anerkannten politischen Kraft von Format werden zu können.

Dessenungeachtet bleiben folgende Fragen offen: Ist dieses Vermögen zur Einigung und gleichzeitiger politischer, ökonomischer und militärischer Kapazitätssteigerung und -bündelung tatsächlich vorhan-

den? Ist diese Konzentration auf die eine geschlossene westeuropäische — und später vielleicht das gesamte Europa umfassende — Fähigkeit und Option von den westeuropäischen Regierungen überhaupt gewollt? Ist sie überhaupt von den beiden Supermächten gewünscht?

Festzuhalten bleibt zunächst: Westeuropa — und in ähnlicher, wenn auch nicht so direkter Weise Osteuropa — ist nach dem INF-Abkommen vor eine neue sicherheitspolitische Situation gestellt. Diese verlangt von den europäischen Regierungen Umdenken und Handeln, um den anstehenden Herausforderungen gerecht zu werden. Ein „Weiterwursteln“ schwächt die westeuropäische Position ebenso wie die der einzelnen Staaten.

II. Das europäische Konzert

Die in Bewegung geratene westeuropäische Gemeinschaft hat zumindestens eines erkannt: Gleichgültig in welchem Tempo auch immer sich größere Selbständigkeit entwickelt, die Reformation der Bündnispolitik und die Reorganisation der Beziehungen zueinander und der militärischen Struktur scheinen die dringendsten Aufgaben zu sein.

Aber auch die osteuropäischen Nachbarn erkennen die Notwendigkeit und die wachsende Möglichkeit, den eigenen Stellenwert in ihrem Bündnis, die Beziehungen zueinander und zur Sowjetunion sowie die Kontakte zu den Westeuropäern neu zu gewichten. Dabei fällt auf, daß der ökonomische Transfer das bisher einzige Vehikel zur Verbindung zwischen Ost und West ist. Über seinen Ausbau und seine Intensivierung können stärkere Impulse zur Annäherung hier wie da gelingen. In seinem Schlepptau sind auch Weiterungen auf den übrigen sicherheitspolitisch relevanten Feldern denkbar und auch machbar. Diese müssen allerdings vorsichtig und rücksichtsvoll, die jeweilige Geschichte und die übrigen Bindungen beachtend, gestaltet und umgesetzt werden. Der Dialog zwischen Ost und West und zwischen den einzelnen Staaten über sicherheitspolitische und militärische Probleme ist auf beiden Seiten unverändert von einigem Mißtrauen geleitet. Dieses gilt es schichtweise abzubauen. Abhängigkeiten innerhalb der Verteidigungsorganisationen und die überlagernden Absichten der eigenen Vormächte hemmen überdies selbständigere Bewegungsfreiheiten. Im Westen wie im Osten wirken außerdem auch Vorbehalte gegenüber deutsch-deutschen Aktivitäten.

1. Die drei „Großen“ in Westeuropa

Westeuropa erfährt seine politischen Anstöße im wesentlichen durch die nationale Politik ihrer drei „Großen“: Frankreich, Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland. Die Impulse dieser Politik und ihre Durchsetzungsfähigkeit nehmen über die Maßen zu, wenn diese Länder eine abgestimmte und einheitliche Intention leitet, wenn sie gemeinsam etwas verwirklichen wollen. Dieser Tatbestand ist aber nicht eben häufig zu erkennen. Die Auseinandersetzungen in der Europäischen Gemeinschaft (Kopenhagen 1987/Brüssel 1988), die wechselnden Koalitionen, die unterschiedlichen nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen und -bedingungen sowie die teilweise überregional ausgerichteten nationalen Absichten und Verpflichtungen verhindern einen Chor der Gemeinsamkeit. Zudem fallen die zeitgeschichtlich begründeten unterschiedlichen Statusbedingungen auf. Sie bestimmten unter anderem auch den Besitz von nuklearen Waffenpotentialen.

Frankreich ist militärisch nicht in die NATO eingebunden und besitzt nukleare Waffen für den Bereich des Gefechtsfeldes bis hin zur Fähigkeit im strategischen Wirkungsfeld. Und es hat überdies Aufgaben, Interessen und Verpflichtungen außerhalb Europas wahrzunehmen. Wie Frankreich ist Großbritannien Siegermacht des Zweiten Weltkrieges und steht ebenfalls in Verbindung zu seinen ehemaligen Kolonialgebieten. Der Nuklearmacht-Status und die traditionelle Verbindung zu den USA (beim Einsatz von US-Streitkräften gegen Libyen 1986 einmal mehr bewiesen) sind weitere eigentümliche Merkmale. Im Gegensatz dazu über-

wiegt in der Bundesrepublik Deutschland die wirtschaftliche Überlegenheit. Die konventionelle militärische Kapazität und die Einsatzgrundsätze der Bundeswehr sind auf das Gefechtsfeld Bundesrepublik beschränkt. Die unmittelbare Grenze zum Warschauer Pakt und die geographische Lage in der Mitte Europas bestimmen die Zentrierung der Sicherheitspolitik und deren militärische Instrumente auf dieses Terrain. Nukleare Waffen sind zwar für den Gefechtsfeldeinsatz vorgesehen und hier in übergroßer Stückzahl (ca. 4 000) gelagert. Sie unterliegen aber der Verfügungsgewalt der ehemaligen Siegermächte und heutigen Sicherheitspartner.

Trotz all dieser Gegensätzlichkeiten und auch der Konkurrenz sind Kooperation und Partnerschaft geboten und gewollt. Sie finden ihren Niederschlag in der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit und in einer Bündnispartnerschaft. Die Europäische Gemeinschaft (EG), der Nordatlantik-Vertrag (NATO), die Westeuropäische Union (WEU) und die Europäische politische Zusammenarbeit (EPZ) sind die genutzten Ebenen und Mittel. Daneben bestehen vielerlei bi- und trilaterale Einrichtungen und Wege für den kulturellen und gesellschaftlichen Austausch.

Doch wäre es mehr als verfehlt, von einem sicherheitspolitischen Dreieck London-Bonn-Paris zu sprechen. Zu oft werden Koalitionen zwei gegen einen oder mit Hilfe der sogenannten Kleinen gebildet, um eine vermeintlich notwendige Vorherrschaft eines Staates zu verhindern. Großbritannien scheint immer noch der kontinentalen „balance of power“ anzuhängen. Frankreich wirkt sorgenvoll ob der innenpolitischen und deutsch-deutschen Entwicklungen seines östlichen Vorfeldes, und die Bundesrepublik befürchtet trotz aller wirtschaftlichen Kraft sicherheitspolitisch nachgeordnet zu sein und auf die Funktion „Germans to the front“ reduziert zu werden. Die deutsche Haltung wird immer dann verständlich, wenn durchdacht wird, für welches Gebiet und mit welchen Mitteln ein mögliches Kriegsszenario für Europa gedacht wird.

2. Die sogenannten Kleinen

Die NATO wird in Europa an ihrer Nord- und an ihrer Südflanke durch Länder gesichert, die nicht zur Gruppe der „Großen“ gezählt werden. Unabhängig davon tragen diese Staaten wichtige und große Lasten im Verteidigungsbündnis. Norwegen und Dänemark sichern — verstärkt durch Streitkräfte der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik (bis vor kurzem auch noch durch Kana-

dier) — die Nordflanke zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Die Südflanke wird im wesentlichen „gehalten“ durch Italien, Griechenland und die Türkei. Die genannten Staaten plus Spanien, Portugal und Benelux haben dessen ungeachtet im Bündnis nur einen minderen Status. Ihre Beiträge haben einen nachgeordneteren Stellenwert. Wahrgenommen werden sie allenfalls, wenn sie in einer Koalition mit einem „Großen“ gegen einen anderen „antreten“.

Es stimmt nachdenklich, daß die sogenannten kleinen Staaten weder in der Lage sind, gemeinsam zu agieren, noch daß die „Großen“ deren Interessen wahrnehmen und zusammenfügen oder mit ihnen enger koalieren. Ihre Bündnispartnerschaft ist nur von Bedeutung, wenn Singularität wie z. B. bei der Stationierung der INF-Systeme Pershing II und Cruise Missiles vermieden werden soll, um eine westeuropäische Gemeinsamkeit zu dokumentieren. Bündnispartnerschaft in der NATO wird vorrangig immer nur als Abstimmung zwischen den „Großen“ verstanden, Rücksichtnahme auf die übrigen oder Interessenvertretung von Gleichberechtigten ist dagegen nur zweitrangig.

3. Angst vor einem deutschen Alleingang?

Wie kurz angedeutet, genießen die beiden deutschen Staaten und deren Verhältnis zueinander in der Wahrnehmung ihrer östlichen und westlichen Nachbarn eine herausragende und skeptische Aufmerksamkeit. War die von der sozial-liberalen Regierung initiierte Entspannungspolitik noch von großer Erleichterung begleitet, da die verkrusteten europäischen Verhältnisse aufplatzten, sind die jüngsten deutsch-deutschen Initiativen eher von Argwohn begleitet. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Der Abbau von INF bewirkt im Westen eine Neuorientierung im Hinblick auf die Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit. Andere nukleare und zusätzliche konventionelle Waffen scheinen notwendig. Noch wichtiger: Die Bundesrepublik fühlt sich bei all diesen Anforderungen allein gelassen. Die ins Auge gefaßten verteidigungspolitischen und waffentechnischen Änderungen konzentrieren sich auf ihr Gebiet. Parallel erhält die DDR immer größeren politischen Handlungsspielraum. Eventuell mit der Absicht, durch deutsch-deutsche Angebote die Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis zu locken? Viele vermuten eine größer angelegte sowjetische Strategie.

Nimmt man hingegen beide Entwicklungen zusammen, wollen viele Beobachter die Anzeichen für einen Trend zu einem deutschen Neutralismus erkennen können. Insbesondere die direkten westlichen Nachbarländer interpretieren eine Qualitäts-

änderung ihrer sicherheitspolitischen Gefährdung. Nicht von ungefähr häufen sich kritische Zeitungskommentare über die bekanntermaßen unberechenbare deutsche Außenpolitik. Gesteigert wird dieser Eindruck dadurch, daß eine konservative Regierung die Annäherung an Ostberlin steuert. Das Bild von Generalsekretär Honecker und Bundeskanzler Kohl vor einer Ehrenformation der Bundeswehr und der auf dem Kanzleramt wehenden DDR-Flagge wurde und wird vielerorts als erstes und ernstes Anzeichen des Neubeginns einer gesamtdeutschen Einigungsbemühung interpretiert³⁾. Auch wenn derzeit nichts weiter entfernt ist als eine wie auch immer geartete deutsch-deutsche Verbindung. Nüchtern betrachtet heißt es jedoch wohl eher: Die Teilung ist auf absehbare Zeit nicht aufzuheben, aber die Trennung kann gemildert werden.

4. Osteuropäische Interessen

Wird, wie anzunehmen ist, der deutsch-deutsche Dialog im Osten Europas mit ähnlichem Mißvergnügen wie im Westen beobachtet, dürften dennoch nationale Ideen und andere Interessen im Vordergrund stehen. Bei der größtenteils noch immer herrschenden Schwierigkeit, bündnisinterne und innerstaatliche Absichten und Prozesse zu erkennen und richtig zu analysieren, kann für die meisten osteuropäischen Staaten folgendes resümiert werden: Das „neue Denken“ der sowjetischen Führung ermutigt die Staaten ihres Glacis zu mehr Selbständigkeit. Rückschritte oder gar Verhärtungen sind wie im Mutterland von Perestrojka und Glasnost nicht auszuschließen. Gehemmt wird der

demokratischer angelegte innenpolitische Fortschritt auch durch die Angst der herrschenden Regime, ausgehebelt zu werden. So gedeiht das Projekt der systeminternen und bündnisumfassenden Öffnung nur langsam. Jedoch scheint die generelle Entwicklung hin zu mehr wirtschaftlicher Flexibilität, sicherheitspolitischem Ausgleich und auch zu der einen oder anderen gesellschaftlichen Liberalisierung nicht mehr aufzuhalten zu sein.

Die Einsicht in die Notwendigkeit wird zudem gestärkt durch die Knappheit oder bisherige einseitige Nutzung eigener Ressourcen, die Abhängigkeit von westlichem „Know-how“ und die Suche nach Anschluß an die allgemeinen ökonomischen Entwicklungen. Nur so ist langfristig der Standard der Lebensqualität zu erhöhen. Schließlich wird in der allgemeinen Bereitschaft zu einer gemeinsamen Ost-West-Sicherheit auch die Chance erblickt, die sowjetische Vormundschaft zu lockern und deren militärische Aufpasser-Präsenz im jeweilig eigenen Land schrittweise abbauen zu können. Nicht zuletzt scheint in Osteuropa mehr als im Westen die alte geschichtliche und kulturelle Klammer Europas unvermindert nachzuwirken.

Aus all diesen Forderungen, Bedingungen und Absichten ergeben sich nicht nur neue Ansprüche und Folgerungen für die innersystemare Konstellation. In gleichem Sinne bieten sich dank dieser Entwicklungen auch mehr und mehr Chancen für einen europäischen Dialog und gemeinsame Anstrengungen hin zu einer Verbesserung und Stabilisierung der Sicherheit.

III. Die deutsch-französische Zusammenarbeit⁴⁾

In Westeuropa ist als Folge des Wandels der sicherheitspolitischen Verhältnisse eine überaus enge Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland entstanden. Sie steht zwar nicht mehr am Anfang, erfährt derzeit aber eine Renaissance und eine bislang unbekannte Dynamik. Waren die Aktionen der deutsch-französischen Zusammenarbeit bis dato für Westeuropa schon vergleichsweise einmalig, werden sie nun speziell im

sicherheitspolitischen Bereich ausgeweitet. Die beiderseitigen militärischen Anstrengungen gipfeln in gemeinsamen Manövern wie der Übung „Kecker Spatz“ 1987, in der noch aufzustellenden deutsch-französischen Brigade (unter zunächst französischem Kommando) und in der Belegung eines Verteidigungsrates, die in diesem Jahr beschlossen wurde. Selbst wenn man bedenkt, daß Frankreich und die Bundesrepublik 1988 das 25jährige Bestehen des von Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer 1963 geschlossenen Élysée-Vertrages feiern konnten, verliert diese Zusammenarbeit nicht den herausragenden Charakter. Genausowenig ihre Bedeutung für den westeuropäischen Zusammenhalt. Dieses um so mehr, als beide Länder über Jahrhunderte als Gegner und über mehr als 100 Jahre als „Erzfeinde“ galten.

³⁾ Siehe hierzu auch: Die innerdeutschen Beziehungen: Der Besuch von SED-Generalsekretär Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland im September 1987, in: EA, (1987) 19, S. D 521—D 552.

⁴⁾ Zu diesem Thema sind zwei Beiträge herauszuheben: Helmut Schmidt, Deutsch-deutsche Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, in: EA, (1987) 11, S. 303—312, und Karl Kaiser/Pierre Lellouche, Deutsch-französische Sicherheitspolitik, Bonn 1986.

Wie bereits angemerkt, gewinnt die deutsch-französi- schen Kooperation in der Sicherheitspolitik in zweierlei Hinsicht zunehmend Gewicht. Zunächst bildet die deutsch-französische Klammer das Mittelstück der westeuropäischen Gemeinschaft. Übertragen formuliert: Ohne die Abstimmung und Übereinstimmung zwischen Bonn und Paris „läuft nichts“. Außerdem können und werden weiterfüh- rende sicherheitspolitische Projekte und Maßnah- men der militärischen Kooperation und Standardi- sierung in Westeuropa im wesentlichen nur noch über die deutsch-französische Schiene angescho- ben. In diesem Zusammenwirken sehen viele Ex- perten zugleich das Modell einer Verbesserung und Verdichtung gemeinsamer und zugleich selbständi- ger Sicherheitspolitik in und für Westeuropa. Der dadurch entstehende Sog sei so stark, daß es die übrigen Partner wie Großbritannien und auch Ita- lien fast zwangsläufig an diesen zukunftsträchtigen Prozeß knüpfe. Den sogenannten Kleinen komme die Zentrierung zudem sehr recht, entbinde sie sie doch einer notwendigerweise variiierenden Koali- tionspolitik — und außerdem seien die unverändert „suspekten“ Deutschen (ob sozial- oder christde- mokratisch regiert) durch eben diese Achse in das westliche Lager „eingeschweißt“.

Aber inzwischen wird das langjährige französisch- deutsche Projekt von beiden Seiten offenbar mit zusätzlichen Interessen und Wünschen befrachtet. Diese sind wiederum wechselseitig mit den oben genannten Sonderheiten der beiden Partner im Zusammenhang zu sehen und veranlassen bei nüchter- ner Betrachtung doch auch zu skeptischen Einwür- fen.

Frankreich hat starke Interessen, seine sicherheits- politische Souveränität weitestgehend zu bewah- ren. Nach der INF-Vereinbarung ist durch den Wandel des militärstrategischen Szenarios Westeu- ropas nicht nur die Modernisierung und der Ausbau des eigenen nuklearen Potentials und der damit ver- bundenen Optionen angebracht. Die konventio- nelle Komponente und das Zusammenspiel mit der östlich vorgelagerten Bundeswehr sind nicht min- der von Bedeutung und demnach im Sinne einer wechselseitigen Funktionssteigerung zu reformie- ren. Wenngleich die deutsch-französische Übung „Kecker Spatz“ und die im Aufbau befindliche ge- meinsame Brigade zunächst nur Symbolcharakter haben, zeigen sie aber die Linie zukünftiger Bestre- bungen vor. Zielrichtung ist jedenfalls, in dem für die französische Sicherheit wichtigen Vorfeld Bun- desrepublik mitzubestimmen. Um so mehr, als der Nachbar durch das INF-Abkommen und die nach- folgende sicherheitspolitische Diskussion um wei- tere Abrüstung verunsichert wirkt. Denn dessen Polemik über die Angst der Singularisierung in der

bis dahin auf mehrere Schultern verteilten Gefähr- dungsgemeinschaft beweist offenbar einmal mehr: Bei fehlender Anbindung ist die Bundesrepublik anfälliger für deutsch-deutsche Annäherungen — verbunden mit sowjetischen Offerten für bessere Zusammenarbeit —, oder sie droht, in das Fahr- wasser neutralistischer Ideen zu geraten. Schließ- lich bietet eine prononciertere französisch-deutsche Kooperation die alleinige Gewähr, die Vormacht Frankreich im westeuropäischen Konzert zu instal- lieren und zu stärken.

Die deutschen Wünsche treffen mit den französi- schen Interessen in einem Punkt überein. Anschei- nend ist die Garantie der USA für Westeuropa ihrem eigenen globalen Sicherheitsinteresse stärker als man gemeinhin wahrhaben wollte untergeord- net und wird — wenn notwendig und als sinnvoll erachtet — ohne große Rücksichtnahme sowje- tisch-amerikanischen Übereinkommen geopfert. Folglich sind neue Partner, sicherere Freunde zu suchen. Dazu bietet ein ausbaufähiges 25 Jahre al- tes Übereinkommen die besten Chancen. Außer- dem lassen sich auf diesem Wege ökonomische Pro- jekte besser verwirklichen und wirtschaftliche Um- sätze leichter erzielen. Auch gelingt das zur techno- logischen Weiterentwicklung unumgängliche Mit- spracherecht bei der Raketen- und Weltraumtech- nik dank der bundesdeutschen finanziellen Kapazi- tät leichter. Für dieses Geschäft kann ohne weiteres auf politischen und militärischen Vorrang verzich- tet werden. Zudem würde ein Streben nach politi- scher Führungskraft der Bundesrepublik nur weite- res Mißtrauen einbringen.

Die unterstellten Interpretationen fehlen selbstver- ständlich in den politischen Absichtserklärungen der beiden Staaten. Dennoch müssen sie nicht falsch sein. In der Annahme, daß sie annähernd die Intentionen hier wie da treffen, sind einige kritische Anmerkungen unumgänglich.

Effektive Sicherheitspolitik kann sich nicht auf Symbole beschränken. Gemeinsame Manöver und Brigaden sind von marginaler Bedeutung und erset- zen nicht ein gemeinsames Verteidigungskonzept. Dazu sind weitergehende Absprachen und Verbin- dungen erforderlich. Diesen müssen Abstimmun- gen über die Konsultationsverfahren, das gemein- same Agieren und Reagieren bei den überaus wich- tigen Zukunftsaufgaben der Abrüstung und Rüs- tungskontrolle sowie die Zielbestimmung aller mi- litärischen Fähigkeiten, Optionen und Strukturen vorangehen. Davon ist noch nicht sehr viel zu er- kennen. Zu beachten ist hierbei, daß die Streit- kräfte der Bundesrepublik dem Oberbefehl der NATO unterstehen, während die französische Ar- mee ausschließlich nationalem Kommando ge-

horcht. Weder ist ein Herauslösen der Bundeswehr aus der NATO denkbar — und auch nicht sinnvoll —, noch sind Anstrengungen zu erkennen, die französischen Streitkräfte zu reintegrieren — was im Sinne einer eigenständigeren, westeuropäischen Sicherheitspolitik und zur Durchsetzung ihrer militärstrategischen Vorstellungen durchaus wünschenswert wäre.

Zu diesem Komplex gehört auch die Erörterung der nuklearen Garantie für Westeuropa durch eine Großmacht. Frankreich kann diese mit der *force de frappe* nicht leisten, wie es die USA mit ihrem Potential vermögen. Folgt man andererseits dem Argument, die Bundesrepublik wolle sich befreien von einer Bedrohungs- und Vernichtungsgefahr durch nukleare Waffen auf eigenem Boden, wird nicht unbedingt verständlich, wie sich dieser Zustand bei einer engeren Anlehnung an Frankreich ändern sollte. Weder wäre ein Mitspracherecht vor einem möglichen Einsatz französischer Nuklearwaffen zu erzielen, ebensowenig wäre dieser wünschenswert. Die Bundesrepublik käme dadurch zu schnell in den Geruch, den Finger an dem nuklearen Abzug haben zu wollen. Eine Qualitätsänderung von der Abhängigkeit von amerikanischen Garantien zu französischen Zusagen ist nur insofern zu verzeichnen, als daß Frankreich aufgrund geringerer Waffenzahl und eingeschränkter Fähigkeit zu einer nuklearen Verteidigung der Bundesrepublik viel weniger in der Lage wäre.

Ein weiteres Handicap bildet das Duopol Paris-Bonn für die westliche Allianz dadurch, daß neben seiner allgemeinen Struktur und dem Subelement

Eurogroup eine weitere Unterstruktur entsteht. Eine Entwicklung, die bei den übrigen westeuropäischen Mitgliedern zusätzlich Skepsis und Ablehnung erzeugen wird und auch schon jetzt hervorruft⁵⁾. Die Warnung der englischen Premierministerin Thatcher vom November 1987 ist ein Beleg dafür⁶⁾. Sie befürchtet Substrukturen, die die NATO schwächen und die Bundesrepublik von der NATO-Politik und -strategie trennen könnte. Frau Thatchers Kritik ist so falsch nicht. Zumal für eine Europäisierung der Sicherheitspolitik und Militärstrategie überdies die Westeuropäische Union (WEU) allemal eine geeignetere Bühne bieten würde.

Als Zwischenfazit bleibt: Die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik ist ein wichtiges und fernerhin notwendiges Instrument zur Belebung und Dynamisierung westeuropäisch eigenständigerer Sicherheitspartnerschaft. Nukleare Garantien der USA kann und darf sie nicht ersetzen. Zum Aufbau neuer oder zusätzlicher Strukturen besteht kein politischer und militärischer Anlaß. Die vorhandenen reichen aus, müssen aber allseits engagierter genutzt oder revitalisiert werden. Ein derartiger Ansatz hätte überdies viel mehr Chancen, wenn er von den sogenannten Großen in Westeuropa getragen würde, wenn die Basis ein sicherheitspolitisches Dreieck London-Bonn-Paris bilden würde. Identitäts- und/oder Koalitionsprobleme der sogenannten Kleinen würden außerdem vermieden. Im übrigen bleibt die Aussicht auf die in diesem Sinne anstehenden Aufgaben des westeuropäischen Zusammenwirkens verknüpft mit der Frage der Verbindung zu den USA.

IV. Aufgaben der westeuropäischen Kooperation

Eine Politik der Bündelung von Bündnisvorhaben muß sich an zwei aktuellen Hauptzielen orientieren: zum einen an Reformation und Reorganisation des westeuropäischen Parts in der Allianz, um die eigenen Interessen zusammenzufügen und sie besser einbringen und durchsetzen zu können. Zum anderen kann es nicht nur darum gehen, der eigenen Struktur und Durchsetzungsfähigkeit neue Impulse zu verschaffen. Vielmehr bedarf der Dialog mit den östlichen Nachbarn eines neuen Antriebs. Dieses aus mehrererlei Gründen: Die westeuropäi-

sche Mitbestimmung bei der eigenen Sicherheit und der Sicherheit Europas ist doch wohl Grundvoraussetzung einer Selbstbestimmung der sicherheitspolitischen Zukunft. Außerdem wird durch die Dialogfähigkeit der Anspruch erfüllt, die beiden Teile Europas zueinander zu bringen. Vorerst sind lediglich Zwischenziele erreichbar wie z. B. gesteigerter wirtschaftlicher Austausch, Stärkung der kulturellen Beziehungen, Diskussion der unterschiedlichen politischen Grundvoraussetzungen.

Im sicherheitspolitischen und militärstrategischen Bereich sind die Kontakte ebenfalls intensiver geworden. Die beiderseitigen Gespräche konzentrieren sich nicht mehr allein auf den Austausch von Zahlen, Doktrinen, Absichten, Optionen und Fähigkeiten der jeweiligen Streitkräfte und besonders rüstungskontrollpolitische Fortschritte sowie Über-

⁵⁾ Vgl. Hans-Georg Ehrhart, Frankreichs Politik der „Europäisierung der Verteidigung“ aus amerikanischer und westeuropäischer Sicht, Kurzpapier der Abteilung Außenpolitik und DDR-Forschung, Nr. 20, Studiengruppe „Sicherheit und Abrüstung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Januar 1988.

⁶⁾ Siehe: Frau Thatcher mißtraut der Achse Bonn-Paris, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. November 1987.

einkünfte zu gegenseitiger Verifikation bestimmen den Dialog.

Aus dieser Fülle von Aufgaben und Bedingungen sollen im folgenden drei Aspekte herausgegriffen werden, die im sicherheitspolitischen Beziehungsgeflecht zwischen West und Ost sowie bei der Standortbestimmung der Westeuropäer derzeit und sicher auch in absehbarer Zeit herausragende Rollen spielen dürften. Sie konzentrieren sich auf die Frage der Präsenz nuklearer Waffensysteme im Westen wie im Osten. Mit diesem Problem eng verbunden ist die Regelung des Kräfteverhältnisses und der Struktur der konventionellen Streitkräfte in West- und Osteuropa. Beide Problemfelder sind nicht separat nach westeuropäischen Maßstäben zu beurteilen; die Verbindung mit den USA ist in jedem Fall von Wichtigkeit, wenn nicht gar ausschlaggebend. Im gesamten Komplex stecken zugleich Gefahren und Chancen für eine Sicherheitspolitik Westeuropas.

1. Nukleare Enthaltbarkeit?

Vor der Zielbestimmung einer geschlossenen und weitestgehend eigenständigen Sicherheitspolitik sind nach den INF-Verhandlungen und den anschließenden bis heute andauernden bündnisinternen Auseinandersetzungen um den Abbau, die mögliche Verlagerung oder die angeblich dringende Modernisierung von Nuklearwaffen folgende Fragen zu stellen: Welcher Status soll atomaren Systemen zukünftig eingeräumt werden? Sind sie so obsolet, daß sie als politische Instrumente nicht mehr taugen? Sind sie als militärische Mittel für eine Abschreckungsdoktrin unverzichtbar? Ist einschneidende Reduktion sinnvoll, aber nur unter der Bedingung, daß Reste als Drohpotential bleiben, um konventionelle Kriege zu vermeiden?

Auf östlicher Seite besitzt die UdSSR nukleare Waffen bei den Teilstreitkräften Luftwaffe, Marine und Heer für das Gefechtsfeld bis hin zur strategischen Option. Im Westen verfügen für die gleichen Einsatzbereiche die USA, Großbritannien und Frankreich über atomare Einsatzmittel. Die beiden Supermächte haben sich auf den Abbau der bodengestützten Mittelstreckenraketen geeinigt. Sie sind fortgesetzt in Verhandlungen, um die strategischen land-, luft- und seegestützten Interkontinentalraketen auf möglicherweise die Hälfte des derzeitigen Bestandes zu reduzieren. Großbritannien und Frankreich bringen ihre Bestände nicht in die Verhandlungen ein. Zur Disposition können — so die Forderung vieler Sicherheitsexperten in West und Ost — auch die sogenannten nuklearbestückten Waffen kürzester Reichweite (150 bis 500 km) und die nuklearen Gefechtsfeldwaffen (unter 150 km)

stehen. Allerdings bestehen in diesem Falle gewisse westliche Widerstände, da die NATO diese Positionen zunächst ablehnt und „demgemäß Vorschläge, die eine Aushöhlung der nuklearen Abschreckungskapazität des Bündnisses zur Folge hätten, weder unterbreiten noch annehmen“⁷⁾ kann.

Beide Positionen lassen unklar, wie die nukleare Palette zukünftig und durch beiderseitige Übereinkommen geregelt aussehen soll. Abgesehen von den Maximalpositionen (Bestandswahrung der nuklearen Waffen in Westeuropa plus Modernisierung plus Verlagerung der bisherigen landgestützten Mittel auf see- oder auf luftgestützte Träger einerseits oder totaler Abbau aller Nuklearwaffen und der Stationierung der Restpotentiale in den Verfügungsländern andererseits), scheint einmal mehr im Mittelweg die Lösung zu liegen.

Der Abbau der Waffen mit kürzester Reichweite trägt zweifelsfrei zur weiteren Beseitigung einer die NATO benachteiligenden Asymmetrie bei. Aber bei diesen Systemen müssen bereits die Verbindungen zu den Kräfteverhältnissen auf der konventionellen Ebene zwischen Warschauer Pakt und NATO berücksichtigt werden. In noch stärkerem Maße gilt dies bei der Reduzierung sogenannter atomarer Gefechtsfeldwaffen. Möglicherweise bevorstehende Veränderungen müssen nach diesem Gesichtspunkt vereinbart werden. Eine getrennte Sicht- und Vorgehensweise bei nuklearer Abrüstung und gleichzeitiger konventioneller Reduktion verbietet sich demnach aus zwei Gründen. Ein genereller Abbau atomarer Waffen verengt die notwendige politische Reaktionsfähigkeit für mögliche Konfliktfälle auf eine konventionelle Option und Fähigkeit. Besteht nur letztere, können Kriege wieder als führbar erwägt, gedacht und geplant werden, da beiden Seiten das nukleare Damoklesschwert fehlt und als letztes politisches Drohpotential zur Abhaltung ausscheidet. Die Handlungsfähigkeit beschränkt sich auf den bekannten veralteten und auch als untauglich erwiesenen massiven Gegenschlag. Sein Unterlaufen mit konventioneller Kriegsführung wird wieder ermöglicht, es wird sogar dazu eingeladen. Sinnvoll und politisch angebracht wäre folglich ein nukleares Rest-Droh-Potential — ausgestattet mit einem Bruchteil heutiger Zahl und Vernichtungskraft — auf beiden Seiten. Die NATO könnte sich für Westeuropa z. B. auf eine Anzahl von 500 see- und landgestützten Systemen (Raketen mit kürzester Reichweite und Gefechtsfeldwaffen) unter dem Kommando des

⁷⁾ Erklärung der Staats- und Regierungschefs nach der Sitzung des Nordatlantik Rates zur konventionellen Rüstungskontrolle: Dialog nach vorn, in: Bulletin, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 34 vom 7. März 1988, S. 288.

NATO-Oberbefehlshabers (SACEUR) beschränken, um von Kriegsführungsdenken und -planung mit konventionellen Mitteln abzuhalten und auch abzuschrecken.

Des weiteren scheint ein paralleles und ein aneinandergesetztes Vorgehen der Abrüstungsbemühungen für nukleare und konventionelle Waffen sinnvoll, um bestehende Ungleichgewichte in Doktrinen, Fähigkeiten und Mengen im Zusammenhang und unter beiderseitiger Beachtung und Bewertung aufzuheben. Andererseits darf nicht unerwähnt bleiben, daß diesem Verhandlungsmuster auch die Gefahr innewohnt, durch fast unüberschaubare Komplexität eine umfassende Lösung zu erschweren oder vielleicht zu verhindern. Hier ist politische Flexibilität gefordert, die fern von gestanzten Vorgehensmustern in den Verhandlungen Fortschritte ermöglicht. Wenig hilfreich ist es aber auf jeden Fall, zunächst einseitige Vorleistungen zu fordern, um erst nach Gleichstand der Bedingungen und Waffenzahlen eine weitere Verminderung einzuleiten. Die politischen Verhältnisse sind nicht so.

2. Beiderseitige Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (StNA)

Für den Fortgang auf konventioneller Ebene bietet sich in diesem Zusammenhang das Modell einer beiderseitigen Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit an. Sie würde den Weg ebnen, aus der dicht bewaffneten und seitens der UdSSR mit Offensivoptionen versehenen Konfrontationsstruktur auszubrechen und zu einer beiderseitig gesicherten abschließlichen Verteidigungsfähigkeit ohne Überraschungs- und Angriffsabsicht sowie -fähigkeit zu gelangen.

Beiderseitige StNA wird als ein verteidigungspolitisches Programm für eine Weiterentwicklung der Militärstrategie der Bündnisse verstanden⁸⁾. Ein Programm StNA hat militärische Forderungen zu formulieren, gesellschaftliche Ansprüche zu berücksichtigen und sicherheitspolitische Bedingungen zu enthalten.

Für Westeuropa müßten die folgenden Rahmenbedingungen gelten:

- Vorneverteidigung in der Bündnispartnerschaft und Verbesserung der Abhaltefunktion der NATO-Strategie;
- kollektive Aktionsfähigkeit der Streitkräfte;

⁸⁾ Siehe dazu meine Beiträge: Kriterien für einen militärischen Strategie- und Strukturwandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 43/86, S. 15–24; Strukturwandel im Einklang mit dem Bündnis, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, (1987) 5, S. 448–451; Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit, in: *ebda.*, (1987) 11, S. 988–992.

— gesellschaftliche Verträglichkeit der Verteidigungspolitik;

— defensive Verteidigung ohne Bedrohung als Doktrin und als Beitrag zur Konflikt- und Kriegsverhütung;

— Ausgestaltung eines europäischen Krisenmanagements.

Parallel und als sicherheitspolitische Ergänzungen mit vertrauensbildendem Charakter sind — nach entsprechenden Verhandlungen und Abkommen zur Abrüstung und Rüstungssteuerung mit der Warschauer Vertragsorganisation — ein atomwaffenfreier Korridor und eine chemiewaffenfreie Zone für die Mitte Europas zu bilden.

Zur Entwicklung einer StNA für den Bereich der Bundesrepublik und für das Bündnis ist über die Rahmenrichtlinien hinaus ein Wandel der Verteidigungsdoktrin erforderlich. Deren Schwerpunkte heißen:

— Abkehr von nuklear gestützter Abschreckung hin zu Fähigkeit glaubwürdiger konventioneller Abhaltung. Verbleibende Kernwaffen haben allein politischen Charakter.

— Gliederung, Art und Einsatzbereiche der Streitkräfte des Bündnisses dürfen weder Prämien noch Ziele für gegnerische Planungen und Waffen bieten.

— Militärische Mittel sind grundsätzlich erst nach einem festgestellten Angriff und nach Ausschöpfung aller Mittel eines politischen Krisenmanagements anzudrohen und nötigenfalls einzusetzen.

Verbunden mit weiteren begleitenden politischen und militärischen Maßnahmen kann eine Strategie- und Streitkräftereform im Rahmen einer Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit wesentlich zu einer glaubwürdigeren Konflikt- und Kriegsverhütung beitragen. Sie kann auch vom Warschauer Pakt nicht ohne weiteres als bedrohlich verstanden werden. Vielmehr läßt sie darüber hinaus zu einem gleichartig angelegten Wandel der Strategie und Struktur der Streitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation ein.

Insgesamt: StNA verbessert die Verteidigungsfähigkeit durch zeitgemäße personelle und waffentechnische Programme. Sie wird dadurch der derzeitigen wie auch der auf absehbare Zeit zu erwartenden Bedrohung gerecht. Gleichzeitig trägt StNA durch ihren Defensivcharakter dazu bei, Bedrohungswahrnehmungen der anderen Seite zu verringern, und sie erlaubt dem Warschauer Pakt, die eigenen übermäßigen militärischen Anstrengungen

auf das eine für Verteidigung notwendige Maß zu verringern⁹⁾).

Ziel ist es, für Europa eine konventionelle Stabilität zu erzielen. Von daher ist nicht gefragt, wer derzeit wieviele Waffen besitzt. Sondern es sind nach gegenseitiger Abstimmung Vorgaben für defensiv orientierte Konzepte und Verteidigungsdoktrinen für beide Seiten einzuführen. Dadurch können Bedrohungen abgebaut und die Streitkräfte der Bündnisse drastisch auf eine zur hinlänglichen Abwehrtauglichen, Inferiorität vermeidenden, von beiden Bündnissen anzuerkennenden sowie von diesen überprüfbareren Stärke umstrukturiert und verringert werden. Für diesen Prozeß ist nicht nur Geduld vonnöten. Wichtiger ist das Umdenken. Nicht die Durchsetzung politischer Interessen mittels militärischer Schlagkraft und nicht das Beharren auf Blockdenken sind länger gefragt. Abrüstung, kooperative Rüstungssteuerung und Rüstungskontrolle müssen die wesentlichen Instrumente der jeweiligen Sicherheitspolitik werden.

Insofern ist Flexibilität gefordert, die ein starres Festhalten an bisherigen Einsatzgrundsätzen und ein Aufrechterhalten der überproportionalen und über den Bedarf hinausgehenden nuklearen und konventionellen Waffenkammern auf beiden Seiten ablöst. Da Europa unter dieser Belastung der latenten Konfrontation am stärksten zu leiden hat, sind in erster Linie seine Staaten und besonders die souveränen Westeuropäer nach Beiträgen zur Beseitigung dieses Zustandes und nach einem Modell für die Zukunft gefragt.

3. Die Verbindung zu den Vereinigten Staaten

Indessen sind die Verhältnisse nicht so einfach. Beiden militärischen Blöcken steht eine Großmacht vor. Nicht nur die militärische Kraft der USA weist sie als Führungsmacht der NATO aus. Ebenso wirksam ist ihre wirtschaftliche Kapazität und ihre Omnipräsenz. Zur Sicherheit Westeuropas werden aber im wesentlichen die militärischen Beistandsgarantien und der atomare Schirm als unabdingbar angesehen. Würden sich die USA von Europa abwenden, wäre Westeuropa unzureichend geschützt. Die kleineren europäischen Nuklearmächte könnten die Lücke nicht füllen.

Aber nicht nur die Befürchtung, ohne die Vereinigten Staaten schutzlos zu sein, reicht als Grund zur Kopplung zwischen den beiden Bündnispartnern aus. Zum einen sind die USA die unmittelbaren Gesprächspartner der UdSSR bei Rüstungskontrollverhandlungen über nukleare Waffen, da sie

die Verfügungsgewalt über die zu verhandelnden Potentiale besitzen. Zum anderen sind sie durch die Präsenz von konventionellen Streitkräften in allen besonders gefährdeten oder krisenanfälligen Regionen direkt involviert. Die Inpflichtnahme der USA ist obendrein dadurch erhöht, daß es Westeuropa bisher nicht gelungen ist, selbstbewußter und eigenständiger die eigenen Sicherheitsmaßnahmen und -aufgaben anzugehen und zu übernehmen. Vielmehr haben sie — unter anderem auch durch die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg daran gewöhnt und dieses als bequem empfindend — eine Fülle der Pflichten schlicht auf die Vormacht abgewälzt. Nicht zuletzt dadurch haben Problemlösungsansätze und Weiterentwicklungen der Sicherheitspolitik und der Militärstrategie immer ihren Ursprung in den USA gehabt. Die Diskussion wird auch heute wieder angeführt durch Überlegungen wie z. B. die zu einer „selektiven Abschreckung“ (Discriminate Deterrence)¹⁰⁾. Allerdings hinkt die westeuropäische Sprachlosigkeit in der militärstrategischen Diskussion heute nicht mehr ganz so weit hinterher. Dieses wird auch an den vielfältigen westeuropäischen Antworten auf das genannte nicht offizielle amerikanische Denkmodell sichtbar¹¹⁾. Auch die Überlegungen zur Neuorganisation der konventionellen Verteidigung in Form einer Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, die in Europa begonnen wurden, beweisen das. Dennoch, von einem einheitlichen Auftreten ist Westeuropa weit entfernt. Es braucht aber, wie ausgeführt, eine geschlossene Vorgehensweise, will es nicht, daß seine sicherheitspolitische Zukunft zwischen den Großmächten geregelt wird. Folglich muß es sich aufraffen, zukünftige Verhandlungen auch und gerade über nukleare Waffen in seinem Sinne zu bestimmen. Dieses gelingt durch besagte Geschlossenheit und durch indirekte und direkte Teilnahme an den Verhandlungen.

Unabhängig davon sollten — und ein Widerspruch zu dieser Position ist es keinesfalls — die USA unverändert als wichtigster Träger des atlantischen Bündnisses in der Pflicht für die Sicherheit Europas bleiben. Es ist allemal sicherer, US-Streitkräfte in Westeuropa zu stationieren, als sich als dritte „Weltmacht“ aufzublähen. Die Stabilität der atlantischen Brücke ruht unverändert auf zwei Pfeilern:

¹⁰⁾ Vgl. Discriminate Deterrence, Report of the Commission of Integrated Long-Term Strategy, hrsg. v. Fred C. Iclé/Albert Wohlstetter, Washington 1988.

¹¹⁾ Siehe u. a.: Lothar Rühl, Eine solche Strategie hätte fatale Konsequenzen für die Sicherheit Westeuropas, in: Die Welt vom 19. Januar 1988; Christoph Bertram, Jähres Erwachen in Bonn, in: Die Zeit vom 19. Januar 1988, S. 7; Michael Howard/Karl Kaiser/Francoise de Rose, Differenzierende Abschreckung, in: Frankfurter Allgemeine vom 4. Februar 1988.

⁹⁾ F.H.U. Borkenhausen, Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (Ann. 8), S. 988 f.

den USA und Westeuropa. Allerdings bedarf der westeuropäische Pfeiler noch dringend der kitternden Verbindung. Zu wackelig ist er nämlich so lange, wie die einzelnen Bausteine nur aufeinandergeschichtet die Brücke stützen. Um im Bild zu bleiben: Bei einer Schwächung oder Verrückung des Pfeilers USA würde zwangsläufig der westeuropäische Teil durch Überbelastung an Tragkapazität

verlieren und die gesamte Statik der Verbindung gefährden. Im Verhältnis zu einer notwendigen Erweiterung der Dialogfähigkeit mit der Sowjetunion hieße dieses vor allem eins: steigende Unberechenbarkeit des Bündnisses wie seiner Träger für den Gesprächspartner und Rückorientierung aus Schwäche auf Abschottungsanstrengungen.

V. Auf dem Weg zur Gemeinsamen Sicherheit

Westeuropa unterliegt sicherheitspolitischen Ansprüchen und Verpflichtungen zugleich, die in zwei miteinander verwobenen Dimensionen ihren Ausdruck finden. Es muß sich selber durch Bindung und Gemeinsamkeit stärken, und es muß sich gegenüber seinen östlichen Nachbarn öffnen.

Das Trachten nach Durchsetzung nationaler Interessen und ein Verkrampfen in der Abschreckungs-ideologie behindern die gewünschte effizientere Bündnispartnerschaft in der NATO und eine überlebenswichtige und effektive Gemeinsame Sicherheit zwischen West und Ost.

Die vielfältigen und vielschichtigen Probleme des heutigen politischen Zusammenlebens erwarten eine gemeinsame Antwort. Militärische Herausforderungen stehen dabei nicht mehr an erster Stelle. Die Anhäufung von Waffen aller Art, um mit gegenseitiger Overkill-Kapazität den Gegenüber in seinen Schranken zu halten, ist nicht nur obsolet, sie ist verantwortungslos. Wirtschaftliche Ansprüche, technologische Entwicklungsmöglichkeiten, ökologische Probleme, gesellschaftliche Veränderungen und kulturelle Prozesse verlangen von West und Ost gleichermaßen höchste Anstrengungen. Sie können weder allein noch unter Bevorteilung oder Bevormundung des anderen gelöst werden.

Zur Einleitung dieses erforderlichen Entkrampfungsprozesses kommt der Sicherheitspolitik allerdings eine Schlüsselrolle zu, zumal in ihrem Wirkungsfeld der Antagonismus am ausgeprägtesten ist. Sollten also gerade hier Aufweichungen und Entzerrungen gelingen, erhielten alle übrigen politischen, wirtschaftlichen und vor allem gesellschaftlichen Programme die notwendigen Impulse hin zu einer gesamteuropäischen Annäherung.

Wenn die bisher gängigen politischen Muster dazu nicht mehr ausreichen, sind systemübergreifende Öffnungen anzustreben. In der Sicherheitspolitik

heißt dazu die Formel Gemeinsame Sicherheit¹²⁾. Ausgehend von der Erkenntnis, daß heute weder der Westen noch der Osten seine Sicherheit allein organisieren und garantieren kann, gelingt der Einstieg in die Gestaltung eines neuen Beziehungsverständnisses und darüber hinaus in ein geändertes Kooperationskonzept.

Gemeinsame Sicherheit will und soll konfrontativ angelegte militärische Strukturen und Doktrinen abbauen und langfristig ablösen. Planungen, den möglichen Krieg im Hinterland des Gegners austragen und gewinnen zu wollen, müssen aufgehoben werden. Immer neue Technologieangebote, die militärische Instrumente noch wirksamer und todbringender als Vernichtungsmaschinerie auszustatten, müssen — wenn überhaupt — zur defensiven Nutzbarkeit umgeleitet werden. Besser noch: Durch fehlenden oder geringeren Verbrauch werden Ressourcen gesellschaftlich verträglicher und nutzbringender umgewandelt. Der Wille und die Bereitschaft, diese Schritte zu gehen, müssen auf beiden Seiten vorhanden sein. Ein einseitiger Einstieg wäre nur von begrenzter Wirksamkeit sowie Dauer und liefe sich ohne Resonanz und Mitwirkung der anderen Seite ziemlich schnell fest. Fernerhin würden unvermittelt die alten Ressentiments hervorbrechen und zu einem Rückfall in die alte und gewohnte Starrheit führen. Indessen dürfen Forderungen nach Gemeinsamer Sicherheit einseitige Impulse dafür nicht verhindern.

Und genau an dieser Stelle ist Westeuropa gefordert. Politisches System, offene Gesellschaft, wirtschaftliche Kapazität und technologisches „Know-how“ prädestinieren es geradezu, selbstbewußt die notwendigen Anstöße für eine Gemeinsame Sicherheit zum eigenen, zum gegenseitigen wie auch zum Nutzen des Gegenüber zu leisten. Die eingangs ge-

¹²⁾ Ausführliche Ausarbeitungen zu diesem Thema: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Gemeinsame Sicherheit — Idee und Konzept*, Band I, Baden-Baden 1986; dies., *Gemeinsame Sicherheit — Dimensionen und Disziplinen*, Band II, Baden-Baden 1987. Ein dritter Band zu diesem Thema ist in Vorbereitung.

schilderten Divergenzen sind überwindbar. Und das um so leichter, wenn die Vorteile eines solchen Handelns erkannt werden. Europa gerät im übrigen auch nicht zwischen Skylla und Charybdis, zwischen Selbstaufgabe und Ausverkauf, wie überkommene Denkungsart als Einwand gegen ein solches Programm nur zu gern vorschreibt.

Außerdem scheint in Osteuropa und in der UdSSR die Chance zu gemeinsamer Sicherheitsbildung nie so gut und vielversprechend gewesen zu sein wie derzeit. Gleichzeitig bilden westliche Initiativen auch Entlastung für den Fortschrittsgedanken in der Sowjetunion gegenüber deren orthodoxen Bremsern. Allemaal ausreichend Gründe, Angebote zu unterbreiten, die die eigene militärische Bedrohungsfähigkeit abbauen und zu gleichen Kooperationsbemühungen auf der anderen Seite ermuntern.

Derzeit scheinen die Signale zunehmend auf grün gestellt zu werden. Gleichwohl kann nicht nur hinsichtlich des Ost-West-Verhältnisses von einem fragilen Gebilde gesprochen werden. Auch und gerade die westeuropäische Geschlossenheit ist anerkanntermaßen noch längst nicht Gewißheit. Zu hoffen ist jedoch, daß die abschließende sehr treffende

Analyse der jetzigen wie zukünftigen mittelfristigen Aufgaben mit dem leicht optimistischen Ausblick zutreffen:

„Westeuropa wird zur Bewahrung seiner Sicherheit künftig Antworten benötigen, die viel politische Führungskraft erfordern und die nur gefunden werden können, wenn die Bündnispartner die beiden Elemente der westlichen Sicherheitspolitik zusammenhalten: Sicherheit durch Stärkung der Verteidigung im atlantischen Bündnis und Sicherheit durch Verbesserung der Chancen für den Interessenausgleich mit dem Osten. Die Frage ist, ob Westeuropa beiden Aufgaben gewachsen ist. Das fortdauernde Interesse der Vereinigten Staaten und Westeuropas an der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa – und der Freiheit in Westeuropa – rechtfertigt begrenzten Optimismus, was die Antwort betrifft.“¹³⁾

¹³⁾ Klaus-Dieter Schwarz, Probleme und Chancen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Westeuropa: Gibt es einen politischen und militärischen Handlungsbedarf?, in: Lothar Brock/Matthias Jopp (Hrsg.), Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft in Westeuropa, Baden-Baden 1986, S. 55.

Christoph Bertram: Aufgaben und Perspektiven der Sicherheitspolitik Westeuropas in den neunziger Jahren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/88, S. 3—11

Im Vergleich zu den sechziger Jahren ist der Frieden sicherer geworden; anders als in den sechziger Jahren bestehen aber heute Unsicherheiten und Diskrepanzen über die künftigen Wege der Sicherheitspolitik. Trotz politischer Wandlungen im Ostblock und der jüngsten Abrüstungserfolge wird sich die Sicherheitspolitik auch in den neunziger Jahren der Gefährdung Europas durch die sowjetische Supermacht zu stellen haben: Angesichts der Krisen und Wandlungsprozesse in den osteuropäischen Regimen ist immer noch die Gefahr gegeben, daß Europa und die Welt in einen Krieg „hineinschlittern“.

Die Dritte Welt wird in den neunziger Jahren ein wichtiges Feld einer aktiven westeuropäischen Sicherheitspolitik sein müssen. Westeuropa wird aufgrund seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts und aufgrund der sinkenden Bereitschaft der USA zu militärischen Interventionen in Dritte-Welt-Krisen hineingezogen werden.

Angesichts dieser Perspektiven bleibt die atomare Abschreckung ohne Alternative. Zugleich ist weiterhin auf Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Osten hinzuwirken. Zudem müssen erhöhte Anstrengungen unternommen werden, um den Zusammenhalt des Westens zu gewährleisten. Westeuropa wird dazu gegenüber den USA selbständiger werden, seine Verteidigungsbereitschaft finanziell und personell glaubwürdig bekräftigen und die öffentliche Meinung für einen nüchternen Konsens in der Sicherheitspolitik zurückgewinnen müssen.

Karl Lamers: Konventionelle Abrüstung in Europa

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/88, S. 12—20

In Europa stehen sich die Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes unmittelbar gegenüber. Wenn überhaupt, dann besteht hier die Gefahr eines unmittelbaren gewaltsamen Konfliktaustrages; er würde mit konventionellen Waffen beginnen. In der Wahrnehmung des Westens ist der Osten in Europa vor allem konventionell weit überlegen; seine eigentliche Bedrohung geht von dieser Überlegenheit aus. Diese Situation des Ungleichgewichts in der konventionellen Bewaffnung bestimmt im Kern die Struktur und die Zahl der atomaren Waffen des Westens in Europa. Deswegen geht es bei der konventionellen Abrüstung indirekt auch um die atomaren Waffen.

Wenn konventionelle Stabilität in Europa das Kriterium für Verzichtbarkeit atomarer Waffen ist, dann müßte es von der Logik her und aus praktischen Gründen für ganz Europa und nicht nur für einen beschränkten Raum, sondern bei näherem Hinsehen weltweit gelten. Aber konventionelle Stabilität ist weder auf der Basis von Gleichheit noch auf der Basis von „struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit“ ein Grund für den Verzicht auf atomare Abschreckung. Wohl aber würden Zahl, Struktur und Strategie der atomaren Waffen durch einen Erfolg der konventionellen Abrüstungsverhandlungen verändert werden. Ein solcher Erfolg setzt sowohl Veränderungen der sowjetischen Streitkräftestruktur als auch ihrer Strategie und ihrer generellen Politik voraus. Ob das eintritt, hängt nicht zuletzt vom Westen ab.

Karsten D. Voigt: Konventionelle Stabilisierung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Ein systematischer Vergleich verschiedener Konzepte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/88, S. 21–34

Ein Vergleich verschiedener Alternativkonzepte zeigt, daß der Begriff „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ inhaltlich bisher nicht genügend ausgeführt ist. Eine Streitkräftestruktur, die unter völliger Absehung der geostrategischen Asymmetrien sowie der Potentiale und Fähigkeiten der anderen Seite „eindeutig defensiv“ wäre, gibt es nicht. Würde die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) vollständig einseitig abrüsten, dann wäre der Westen selbst mit einer dem Afheldtschen Konzept entsprechenden Verteidigungsstruktur zu einer raumgreifenden Offensive in der Lage. Umgekehrt gilt, daß die NATO schon heute unter den Bedingungen der „flexible response“ nicht angriffsfähig ist, solange die WVO an ihrem jetzigen Konzept festhält. Der Vergleich macht deutlich, daß sich sehr wohl die konventionelle Stabilität in Europa durch Umrüstung grundlegend verbessern läßt. Schwer gepanzerte Verbände mit hoher Beweglichkeit sind eher offensivfähig als die Jägerkommandos und Raketenartillerietrupps in den Vorschlägen Afheldts und der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik. Allerdings gibt es einerseits keine vollkommen nichtbedrohliche Militärkonzepte, und andererseits meint Stabilität mehr als die Konzentration auf den Faktor Beweglichkeit qua Offensivität. Auch diejenigen, die den Zielkonflikt zwischen Stabilität und militärischer Wirksamkeit für weniger bedeutsam halten, müssen sich dem Problem stellen, wie mit der Übergangsphase umzugehen ist, wenn eher reaktive und eher offensivfähige Strukturen nebeneinander stehen.

Dieser Zielkonflikt läßt sich bei einseitiger Umrüstung wohl nicht vermeiden. Wem es wirklich um die Verbesserung konventioneller Stabilität in Europa geht, ohne daß die westliche Abwehrfähigkeit gravierend leidet, der kommt um kooperative Rüstungssteuerung im Zusammenhang mit der Umrüstung nicht herum. Die Forderung nach verhandelter Rüstungskontrolle ergibt sich aus der Struktur der militärischen und stabilitätspolitischen Probleme, die bei der Umrüstung auf alternative Verteidigungskonzepte entstehen. Ohne die Kooperation mit dem potentiellen Gegner, ohne die Einbindung der Veränderung der militärischen Strukturen in ein entspannungspolitisches Gesamtkonzept ist konventionelle Stabilität in Europa nicht zu erreichen.

Verhandelte Rüstungskontrolle und einseitige Stabilisierung durch Umrüstung können sich gegenseitig ergänzen und befördern. Aufgabe der Rüstungskontrollvereinbarungen mit der WVO wäre es, die besonders zur Offensive geeigneten Verbände auf beiden Seiten zu reduzieren. Darüber hinaus dienen Gespräche mit der WVO dem Zweck, einvernehmlich Kriterien der Stabilisierung zu definieren, sich über die jeweiligen Bedrohtheitsvorstellungen zu verständigen, sie gegebenenfalls zu verändern sowie gemeinsam festzulegen, was hinlängliche Verteidigungsfähigkeit bedeutet. Verteidigungspolitik dagegen hätte die Aufgabe, die Umrüstung auf eher defensive Strukturen zu bewerkstelligen. Mit dieser Stabilisierung kann zunächst unabhängig von Rüstungskontrollergebnissen begonnen werden, soweit hierdurch eine hinlängliche Verteidigungsfähigkeit nicht gefährdet wird.

Franz H. U. Borkenhagen: Der europäische Pfeiler der westlichen Allianz

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/88, S. 35–45

Ganz Europa steht vor neuen sicherheitspolitischen Aufgaben. Das erste Abrüstungsabkommen in der Menschheitsgeschichte, die INF-Vereinbarung zwischen den USA und der UdSSR, verlangt ein grundlegendes Umdenken. Insbesondere die westeuropäischen Mitglieder der NATO sehen sich vor neuen Herausforderungen, die mehr Bündnispartnerschaft und stärkere Gemeinsamkeit — über alle nationalen Egoismen hinaus — erfordern.

Dazu müssen die sogenannten Großen in Westeuropa — Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich — zu einem sicherheitspolitischen Dreieck finden und zusammen mit den übrigen „kleinen“ Mitgliedern ein einheitliches Handlungskonzept herausarbeiten. In diesem Komplex spielt die deutsch-französische Zusammenarbeit eine besondere und belebende Rolle. Auch die oftmals von Skepsis begleiteten deutsch-deutschen Ausgleichsbemühungen sind nicht ohne Auswirkung auf westeuropäische Einigungsbestrebungen. Gelingt diese, kann nicht nur der europäische Pfeiler der atlantischen Brücke zu dem anderen Träger, den USA, gefestigt werden. Überdies gelänge auch mehr Eigenständigkeit. Eigene sicherheitspolitische Interessen könnten mit mehr Nachdruck in das Bündnis eingebracht und auch durchgesetzt werden. Dadurch würden in erster Linie Reorganisationsbemühungen für die Verteidigungsstruktur bis hin zur Umsetzung einer beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und der Aufbau einer konventionellen Stabilität gelingen.

Die Bündelung der gemeinschaftlichen Anstrengungen sollte in eine Politik der Gemeinsamen Sicherheit münden. Alte und untaugliche Konfrontationsmechanismen der auf Antagonismus angelegten Politik und Doktrin im Osten und im Westen können damit abgelöst werden. Die Gestaltung einer blockübergreifenden Sicherheitspolitik, die die eigene und die Sicherheit des Gegenüber in ihre Planung und Konzeption einbezieht, verhilft dem gesamten Europa zu mehr Vitalität und zur Gewinnung von mehr Selbständigkeit im Konzert des globalen und regionalen Machtgefüges.